Münster 1929 № 43 Phil. Diss

Pädagogik

# Wechselbeziehungen zwischen Pädagogik und Volkswirtschaft

dargestellt an dem Bildungswesen der Industriestadt Gelsenkirchen

Inaugural-Dissertation zur Erlangung der philosophischen Doktorwürde der Philosophischen und Naturwissenschaftlichen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität zu Münster in Westfalen.

vorgelegt von

**Else Sczesny**

aus Wartenburg, Ostpr.

**Tag der mündlichen Prüfung: 20. Juli 1928**

Dekan: Herr Prof. Dr. Ettlinger

Referent: Herr Prof. Dr. Kabitz

1929

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41555425_0049

# Inhaltsverzeichnis

## Einleitung.


Seite

Wechselwirkung zwischen Pädagogik und Volkswirtschaft 1


## I. Teil.


Die Entwicklung der Industriestadt Gelsenkirchen mit ihren speziellen pädagogischen Schwierigkeiten.

1. Die sprunghafte Zunahme der Bevölkerung . 14
2. Große Geburtenziffer und hoher Prozentsatz der Schulkinder im Vergleich zu der Einwohnerzahl 19
3. Fluktuation der Bevölkerung . . . . . 24
4. Bildungsscheue Elemente und Schulpolizei . 28
5. Das Fehlen einer Mittelschicht . . . . 31
6. Die Mischmundart . . . . . 34


## II. Teil.


Die Entwicklung des Bildungswesens.

1. Volksschulen . . . . . 41
   a) Schulen-, Klassen-, Lehrermangel und seine Behebung . . . . . 44
   b) Uebersicht über die Entwicklung des Volksschulwesens in den Jahren 1903 bis 1928 . 47
   c) Störungen im Schulleben der Kriegs- und Nachkriegszeit . . . . . 48
   d) Schuleinrichtungen: Werkstätten-, Haushaltungsunterricht, Schulgärten, Lehrkino . . 49
   e) Sammelschulen . . . . . 55
   f) Das Hilfsschulwesen . . . . . 57

Seite

2. Mittelschulen . . . . . 63
3. Höhere Schulen.
   a) Gymnasium . . . . . 64
   b) Oberrealschule . . . . . 66
   c) Realgymnasium . . . . . 67
   d) Oberlyzeum . . . . . 70
   e) Aloisianum . . . . . 72
   f) Die soziale Herkunft der Schüler höherer Lehranstalten und das Verhältnis der Besuchsziffern zu denen der Volksschule . . 72
4. Handelsschule . . . . . 76
5. Gewerbeschule . . . . . 78
6. Erwachsenenbildung . . . . . 87
   a) Volkshochschule . . . . . 88
   b) Abendgymnasium . . . . . 92

III. Teil.

Schulhygiene und Sport . . . . . 94

IV. Teil.

Die Schulunterhaltungskosten für das gesamte Schulwesen 100

**Literaturverzeichnis** . . . . . 107

R. UNIV. BIBLIOTHEEK LEIDEN

# Einleitung

## Wechselwirkung zwischen Pädagogik und Volkswirtschaft

Die Pädagogik der Gegenwart setzt sich zwei Grundaufgaben: Allgemeinbildung und Fachbildung, Bildung des Menschlichen im Menschen einerseits und besondere Berufsausbildung andererseits. Die Volkswirtschaft, gekennzeichnet durch Industrialisierung und Rationalisierung, ist bestrebt, eine Verbesserung und Verbilligung der Produktion in ihren gesamten Einzelwirtschaften herbeizuführen und stellt an die Pädagogik die Forderung, ihr eine Jugend bereitzustellen, die befähigt ist, in ihren Produktionsprozessen erfolgreich mitzuarbeiten.

Diese beiderseitigen Interessen decken sich am ersten in der Fachausbildung. Was aber die Allgemeinbildung anlangt, so war, abgesehen von den unentbehrlichen Grundlagen, die Volkswirtschaft, besonders wenn es sich um hohe Ausgaben für Schulzwecke handelte, leicht geneigt, die Bedeutung der Allgemeinbildung zu unterschätzen und die Schule als eine nicht werbende Anlage zu erklären. Diese Anschauungen sind jedoch in einer weitgehenden Umbildung begriffen, und gerade typische Industriegemeinden, Brennpunkte volkswirtschaftlicher Interessen, haben schon früh durch eine besonders weitsichtige und einsichtige Kulturpolitik eine andere Einstellung bewiesen. Immer mehr zeigen auch einzelne industrielle Werke allgemeines pädagogisches Interesse, aus der Erkenntnis, daß Qualität und Quantität jeder wirtschaftlichen Tätigkeit abhängig ist von der Entwicklung aller Fähigkeiten im Menschen. So entstehen Kindergärten für die Arbeiterkinder, Erholungsstätten für die Schuljugend, pflegerische Fürsorge für die schulentlassene Arbeiterjugend. Die Schule wird also als werbende Anlage anerkannt, indem man ihre Arbeit unterstützt. T. Meyer sagt: Die „Ausbildung aller menschlichen Kräfte muß in den Schulen jeder Art einsetzen, denn jede wirtschaftliche Erkenntnis und jede bessere sachliche

Ausbildung ist ein wirtschaftliches Kapital, das für ein Volk die Wirkung einer dauernden Millionenspende hat". [1]) Die Industrie von heute braucht in den wenigsten Fällen noch die einfache körperliche Kraft, sondern sie braucht Einzelführer und Einzelintelligenz an zahllosen Stellen ihres weitverzweigten und komplizierten Organismus. Das immer noch weiter fortschreitende Prinzip der Arbeitsteilung verlangt besonders gut ausgelesene und geförderte Sonderbegabungen, die aber nur auf der Grundlage einer guten Allgemeinbildung erwachsen können.

Die Pädagogik ihrerseits, und gerade besondere Strömungen der Gegenwartspädagogik, kommen diesen Einsichten und Wünschen der Volkswirtschaft weit entgegen und haben sie zweifellos auch beeinflußt. Sie verzichtet nicht darauf, durch das in der Schule erarbeitete Bildungsgut auch in die Gestaltung und Organisation der Volkswirtschaft bildend, klärend, sozial-ethisch fördernd einzugreifen. Wo weite Schichten des Volkes in Unbildung leben, kann die Volkswirtschaft nicht aufblühen. Ein gutes Bildungswesen schafft erst dem Wirtschaftsleben die Grundbedingungen für seine höchstmögliche Entfaltung. „Der Reichtum eines Volkes besteht nicht in der Fülle von Sachgütern und Bodenschätzen, sondern in der Wirkung des Gebrauchs, den die Menschen davon zu machen verstehen". [2]) Sie müssen lernen, das auf die rationellste Weise zu tun und mit dem kleinsten Einsatz den höchsten Erfolg zu erzielen. Vermittelnd und verbindend steht zwischen Volkswirtschaft und Pädagogik das Wort Kerschensteiners: „Die Berufsbildung steht an der Pforte der Menschenbildung". — Weiter hat die Schule das Grundprinzip der Volkswirtschaft, die Arbeit im weiteren Sinne, auch zum Grundprinzip ihrer Tätigkeit in den Arbeitsschulen gemacht. Dieses Prinzip wirkt sich nicht nur rein pädagogisch aus, sondern kommt auch dem volkswirtschaftlichen Organismus zugute, indem es ihm selbstschaffende und im arbeitsethischen Sinne entwickelte Persönlichkeiten zuführt und auch der Mechanisierung des Geistes, wo sie durch Beruf und Maschine droht, entgegenarbeitet. Es gibt sogar pädagogische Strömungen, die insbesondere die industrielle Arbeit soweit zum Organisations- und Bildungszentrum der Schule machen wollen, daß sie die

[1]) „Volksbildung", 3. Jahrg., Wien 1922, S. 11.
[2]) Meyer: a. a. O., S. 11.

Schule direkt als kleine Industriesiedlung auffassen, die sich aus der Tätigkeit der Schüler selbst erhalten soll. Im gewissen Sinne scheint in Rußland nach den Mitteilungen des Reichsministeriums des Inneren[1]) diese wirtschaftliche Einstellung des Bildungswesens schon in der Praxis weitgehend verwirklicht zu sein. In Rußland ist eine 9jährige sogenannte Einheitsarbeitsschule für das 8. bis 17. Lebensjahr eingeführt, in welcher „die Arbeit den Hauptteil und das eigentliche Prinzip der Ausbildung bildet, und die allgemeinen und elementaren theoretischen Belehrungen werden, soweit wie irgend möglich, an sie angeknüpft und mit ihr verbunden. Jede Schule soll ein Stück Land für landwirtschaftliche und Gartenarbeit und soviele Lehrwerkstätten haben, als möglich und als in Verbindung mit dem Arbeitsleben und der Volkswirtschaft der Umgebung zweckmäßig erscheint. Obgleich die Aufgabe der Schule noch nicht die eigentliche Berufsausbildung für irgendwelche bestimmten Produktionszweige sein soll, wird doch die Arbeit technisch sehr ernst genommen. Das Papierausschneiden und Modellieren der westlichen Schulsysteme wird als bloße Beschäftigung gering geschätzt. Es wird Gewicht darauf gelegt, daß die Arbeit der Kinder einen praktischen Zweck erfüllt, daß die Kinder selbst dabei ohne Selbstbetrug das Bewußtsein der Nützlichkeit haben können, und daß durch sie eine lebendige, innere Verbindung mit dem Arbeitsleben der Umgebung hergestellt wird. Die Schüler der oberen Klassen arbeiten in Werkstätten, landwirtschaftlichen Betrieben, Fabriken der Umgebung unmittelbar mit, sie führen in ihren eigenen Werkstätten Reparaturen aus und werden so auf jede Weise mit der wirklichen Produktion verbunden. Die Arbeit erscheint nicht nur im Sinne der Selbstbetätigung als wertvoller Faktor der individuellen Durchbildung, sondern das Kind soll durch sie für die Gesellschaft und seine künftige Bestimmung in ihr ernsthaft vorgebildet werden. Es soll jenes Pathos der Arbeit in sich aufnehmen, das die unerläßliche moralische Vorbedingung für Bestand und Erfolg des sozialistischen Staates darstellt"[2]). Es wird hier von den volkswirtschaftlichen Voraussetzungen an die Bildung der Jugend in den Schulen herangegangen, die

[1]) Europäische Unterrichtsformen nach dem Weltkriege. Eine Uebersicht über Neugestaltung des Bildungswesens in Frankreich, Italien, England und Rußland. Bearbeitet im Reichsministerium des Innern, Leipzig 1924.

[2]) a. a. O., S. 55.

typisch für die Struktur des Sowjet-Staates ist, nämlich: „Gebundenheit von Produktion und Konsumtion". Daraus ergibt sich zwangsläufig die enge Verbindung, die der Bericht weiterhin aufzeigt: „Wenn einerseits die Verbindung der Schüler mit dem Wirtschaftsleben ihrer Umgebung nachdrücklich angestrebt wird, so wird auch andererseits auf jede Weise versucht, die im Wirtschaftsleben stehenden Arbeiter für die Schule zu interessieren und mit ihr zu verknüpfen. Man zieht sie heran zu Arbeiten für die Schule, zur Mitgestaltung der Feste, zur Herstellung von Einrichtungsgegenständen. Durch Ausstellungen, Feiern und ähnliche Veranstaltungen wird die Bevölkerung an dem Leben der Schule beteiligt. Die Schule umgekehrt nimmt korporativ an dem politischen und gewerkschaftlichen Leben der Erwachsenen teil. Alle Wege zur Herstellung einer lebendigen Verbindung werden gesucht"[1]). Die eigentliche technische Fachbildung erfolgt erst nach Absolvierung der Einheitsschule. Auch die „Statuten der Einheits-Arbeitsschule des deutschen Wolga-Gebietes" in Rußland zeigen eine ähnliche pädagogische Einstellung. Es heißt nach dem Bericht des Reichsministeriums in diesen Statuten u. a.: „Fundament der Arbeit in der Schule ist das allseitige Studium der menschlichen Arbeit und deren Organisationen. Ihre Programme tragen also einen polytechnischen Charakter. Die Arbeit in der Schule muß sich auf die umliegende Wirklichkeit stützen. In Uebereinstimmung damit ist es die Aufgabe des Schulrats, den Lehrplan so aufzubauen, daß er in unmittelbarer Verbindung mit der örtlichen Produktion steht. Der erzeugenden Arbeit (der Landwirtschaft usw.), die mit dem Unterricht in der Schule organisch verbunden ist, muß eine ganz besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden"[2]).

Was hier in der russischen Schule angestrebt ist, ist eine Art Produktionsschule, eine Schulform, die wohl die denkbar e n g s t e Verbindung von Pädagogik und Wirtschaft darstellt. Die Produktionsschule will die Schule auf der Grundlage wirtschaftlich produktiver Arbeit aufbauen. Man verlangt eine volle Eingliederung der Schule in den wirtschaftlichen und sozialen Gesamtorganismus. Der bekannteste Theoretiker der Produktionsschule ist der Russe P. Blonskij, dessen Schrift

---

[1]) a. a. O. S. 57.

[2]) a. a. O. S. 81.

„Die Arbeitsschule"[1]) auch in deutscher Uebersetzung erschienen ist. Blonskij nennt seine Schrift Arbeitsschule, es handelt sich aber ganz unzweifelhaft um eine Produktionsschule, wie auch der deutsche Herausgeber der Schrift M. Baege in seinem Vorwort mit Recht betont. In der Arbeitsschule dient alle Arbeit nur pädagogischen Aufgaben, sie kann deshalb auch wirtschaftlich wertlose Arbeit sein, wenn sie die geistige oder körperliche Entwicklung des Schülers fördert. Für die Produktionsschule ist aber neben dem pädagogischen Gesichtspunkte der wirtschaftliche in entschiedener Weise maßgebend; die Schule soll in den wirtschaftlichen Produktionsprozeß hineingestellt werden. Daß es sich bei Blonskij um eine solche Produktionsschule handelt, geht schon aus einer Definition der Arbeitserziehung hervor. Arbeitserziehung ist nach Blonskij[2]), daß sich das Kind planmäßig und organisiert in einer zweckmäßigen Tätigkeit übt, durch welche aus gegebenen Gegenständen Gegenstände geschaffen werden, die für die Menschheit nützlich sind, d. h. Gebrauchswert besitzen. Indem das Kind eine Arbeitserziehung genießt, entwickelt es sich als ein Wesen, das die Natur in den Dienst der Bedürfnisse des Menschen zu zwingen versteht. Es kommt Blonskij also auf die ökonomische Zweckmäßigkeit der Kinderbeschäftigung an. Gerade das aber macht den typischen Charakter der Produktionsschule aus. Besonders für die Industrie will Blonskij seine Arbeitsbildung verwerten; er sagt hierüber: „Indem die Maschinen die Muskelarbeit überflüssig machen, ermöglichen sie die Verwendung Halbarbeitsfähiger, und die Kinderarbeit erweist sich bei der Methode der maschinellen Produktion als technisch sehr gut durchführbar. Ja, weit mehr, nur in der Industrie kann die Arbeit für die Halbwüchsigen zur Quelle intensiver und umfassender Bildung werden. Nirgends ist der Zusammenhang zwischen Arbeit und Wissenschaft ein so deutlicher und augenscheinlicher, wie gerade in der Industrie. Die Philosophie der industriellen Technik, die technischen Verallgemeinerungen führen geradenwegs in das Reich der Wissenschaft, in der Industrie sind technische und wissenschaftliche Bildung eng verbunden.

Die höchste Arbeitsbildung ist also die industrielle. Die industrielle Arbeit, technisch zugänglich für halbwüchsige Kin-

[1]) P. P. Blonskij: Die Arbeitsschule. Ins Deutsche übersetzt von Hans Ruoff, München, ersch. Berlin-Fichtenau 1921.

[2]) a. a. O. S. 9.

der und Jugendliche, gibt keine einseitig technische, sondern eine polytechnische Bildung. Die industrielle polytechnische Schule läßt aus sich den Arbeiterphilosophen hervorgehen und eröffnet ihm die weite perspektive integrale wissenschaftlich-technische Bildung. So ist die Industrie, die höchste Errungenschaft der Menschheit, in ihrer Herrschaft über die Natur, zugleich auch die erhabenste Lehrerin der Halbwüchsigen und der Jugendlichen für seine gesamte polytechnisch-wissenschaftlich-philosophische Bildung"[1]).

Der bekannteste Vertreter der Produktionsschule in Deutschland ist vielleicht der entschiedene Schulreformer Paul Oesterreich. Es liegen auch bei uns bereits vereinzelte praktische Versuche in dieser Richtung vor, wie z. B. die Heimschule von August E. Krohn[2]). Seine Heimschule ist jedoch nicht für alle Kinder gedacht, sondern für die Sitzengebliebenen der Normalschulen will sie ein Weg sein, wieder nach oben zu kommen, indem sie ihre Tüchtigkeit anerkennt. Das Mittel zur Ausbildung der Fähigkeiten dieser Untüchtigen ist die „rohe, d. h. praktische Arbeit". Der herkömmliche Unterricht fällt ganz aus. Aehnliches strebt die Produktionsschule von Heinrich Vogeler auf dem Berkenhoff an[3]). Ferner berichtet Paul Georg Münch[4]) von einem alten Lehrer im bayrischen Walde, der sich eine Produktionsschule eingerichtet hatte. Er gruppierte den gesamten Volksschulunterricht um das engbegrenzte Gebiet, auf dem er Meister war, um Gartenbau und Landwirtschaft. — In Amerika hat man ähnliche Gedanken bereits weit umfassender und systematischer in der Pädagogik in Angriff genommen. Man wartet hier nicht bis zum Sitzenbleiben auf den Normalschulen, sondern man versucht die mehr praktisch begabten Kinder auszulesen und durch eine entsprechende Schule der Praxis ihre Fähigkeiten zu entwickeln. Der wissenschaftliche Unterricht fällt hier nicht ganz, sondern nur zu Dreiviertel aus. Carl Brinkmann[5]) berichtet darüber folgendes in „Demokratie und Erziehung": „Aber der weise Relativismus der pädagogischen Forschung hat alsbald erkannt, wie vieldeutig der Begriff der Minderbegabung gerade im Hinblick auf die Berufsvorbereitung ist, und ist deshalb dazu übergegangen, in

[1]) a. a. O. S. 11 ff.
[2]) E. Krohn: Meine Heimschule. Entsch. Schulref. H. 26, Lpz. 1924.
[3]) Lebensstätten der Jugend. Hrsg. v. Max Kuckel, Kettwig 1923.
[4]) Freude ist alles! Leipzig 1923, S. 72 ff.
[5]) Demokratie und Erziehung, Berlin 1927, S. 94.

der Volksschule durch einen besonderen Wirtschaftsunterricht nicht nur auf Ausgleichung eines Minus, sondern auf richtige Ausnutzung eines Plus abzuheben. Ein solcher Unterricht wird jetzt zunehmend in den letzten drei Volksschuljahren auch denjenigen Kindern zuteil, die mit typisch-amerikanischer Bezeichnung die „concret-minded" oder „hand-minded" genannt werden, d. h. bei denen der Schein geistiger Minderbegabung nur die Kehrseite tatsächlicher Höherbegabung an Körpergeschicklichkeit und Sinnesfunktionen darstellt. In den Anfängen ist man fast überall zunächst darauf verfallen, solchen Kindern in der Betätigung für die eigene Schule, die Reparatur ihrer Gebäude, ihre Bewirtschaftung und Verwaltung eine praktische Uebungsmöglichkeit zu eröffnen, und auch das ist gewiß dem meisten europäischen „Handfertigkeitsunterricht" weit überlegen. In den Mittelpunkten der heutigen amerikanischen Vorberufspädagogik jedoch ist man dann genau zu dem gleichen Verfahren der Kooperation mit dem Ernstfall der wirklichen Wirtschaft gekommen, der in den Universitäten eine so große Rolle zu spielen begonnen hat. So läßt die Musterschule von Meeting House Hill in Boston oder das bekannte Ettinger-System der Stadt Neuyork die Kinder der genannten Volksschulklassen in wochenweise gruppierten Sonderkursen Bekanntschaft mit der Metall-, Maschinen- und Elektroindustrie, Holzarbeit und Druckerei, Zeichen- und Buchbinderwerkstätten machen, während ein Viertel der Unterrichtszeit dem sogenannten Kulturunterricht, d. h. wissenschaftlichen, staatsbürgerlichen und künstlerischen Gegenständen gewidmet bleibt."

Die Idee der Produktionsschule, deren enge Verbindung der Wirtschaft mit der Schule, entstammt bereits früheren Jahrhunderten. Schon Fichte hat den Gedanken[1]) zum Ausdruck gebracht und Pestalozzi hat versucht, ihn in die Praxis umzusetzen, aber in einer Art, die von Fichte zum Teil abgelehnt wurde. Pestalozzi hat aber zunächst nicht aus einem Bildungsideal heraus die Arbeit in Erziehung und Unterricht eingestellt, sondern er hat sie, ähnlich wie es in den frankischen Anstalten geschehen war, wirtschaftlichen Zwecken der Anstalt dienstbar gemacht. Ebenso begegnen wir auch bereits in der damaligen Zeit verschiedenen Versuchen, das handwerkliche Prinzip in der Jugendbildung zu begünstigen. U. a. hatte Salzmann

[1] Reden an die Deutsche Nation. Eingeleitet von Rudolf Eucken, Leipzig 1909, S. 182 ff.

in Schnepfenthal weitgehenden Handfertigkeitsunterricht eingeführt, auch A. H. Niemeyer, der „Oberinspicient und Direktor der Halleschen Pädagogien" stand diesem Gedanken freundlich gegenüber. So berichtet Joseph Röckl, Professor der Pädagogik in Dillingen, der auf seiner pädagogischen Studienreise durch Deutschland 1805 auch Niemeyers Anstalt eingehend besichtigte, daß die Schüler dort Gelegenheit hatten, sich im Drechseln, Glasschleifen und dergleichen zu üben, auch Anleitung zu Papparbeiten wurden gegeben. Röckl erklärt diese „mechanischen Beschäftigungen für ungemein nützlich"[1]).

Die Produktionsschule bedeutet aber eine Uebersteigerung des wirtschaftlichen Prinzips in der Pädagogik. In dieser muß sich stets der wirtschaftliche Gesichtspunkt dem pädagogischen unterordnen. Die Ueberspannung des Wirtschaftsprinzips würde in der Jugendbildung nicht nur für die Kinder, sondern auch für das Wirtschaftsleben selbst eine Gefahr bedeuten. Eine weitgehende Allgemeinbildung ist die notwendige Voraussetzung für eine Fachausbildung, die im Wirtschaftsleben zum Optimum des Erfolges führt. Ihr Wert ist zu tief begründet und allseitig zu anerkannt, als daß er durch radikale wirtschaftlich-pädagogische Strömungen abgeschwächt werden könnte. Die allgemeine Bildung gibt im materialen Sinne als „grundlegende Bildung" nicht nur Wissensstoffe, sondern auch das geistige Rüstzeug, sich über die engen Grenzen des Fachgebietes hinaus erheben zu können, eine Fähigkeit, die bei der schnell fortschreitenden Entwicklung unentbehrlich ist. Im formalen Sinne gewährt nur die allgemeine Bildung eine Entwicklung aller Fähigkeiten, eine geistige Beweglichkeit zum Zu- und Umlernen, die allein ein Fachgebiet leistungs- und konkurrenzfähig halten kann; deshalb gilt auch dem Menschen der Wirtschaft das Wort Schleiermachers: „Fehlt die Allgemeinheit in der Bildung, so fällt alles auseinander"[2]).

In dieser umfassenden und tiefgreifenden Bildung wird die Charaktererziehung in der pädagogischen Praxis der Gegenwart eine besondere Beachtung erfahren müssen. Sie ist von nicht zu unterschätzender Bedeutung für die Wirtschaft, die nicht nur in ihrem leitenden Zentrum Charaktere, sondern ihrer ebensosehr an den Peripherien ihrer Arbeitsprozesse bedarf. Die neue Charaktererziehung mit ihrer starken Betonung

[1]) Pädagogische Reise durch Deutschland, Dillingen 1808.
[2]) Pädagogische Schriften, Langensalza 1902, S. 181.

der Entwicklung des Gemeinschaftsgeistes kann für die Volkswirtschaft sehr fruchtbar werden. Durch gemeinschaftliches Leben und Schaffen wird die Fähigkeit der Zusammenarbeit an einem gemeinsamen Werk gefördert, Hingabe an dieses, Einordnung in eine produktive Gemeinschaft, Hilfsbereitschaft für alle Mitglieder. Unerläßliche Voraussetzung für diese Erziehung ist die Erkenntnis, daß der Betrieb eine Einheit ist, in der der Leiter sich mit seinen Arbeitern zum gemeinsamen Werke menschlich und nicht nur rein wirtschaftlich verbunden fühlen soll, wie auch der Arbeiter sich freudig mit seinen Mitarbeitern als Glied in diese Einheit zusammenschließen soll. Werk und Leistung werden auf diese Weise gesteigert, neben dem Gewinn am Menschentum, der sicherlich ebenso hoch wie der rein wirtschaftliche Gewinn zu veranschlagen ist. Wie hoch von Seiten der Industrie diese Charakterbildung bewertet wird, zeigt, daß das „Deutsche Institut für techn. Arbeitsschulung" in Düsseldorf regelmäßige Kurse zur Erziehung von Ingenieuren zu Menschenführern veranstaltet. Schon bei der Auswahl der Bewerber kommt es ihm nicht nur auf technische Fähigkeiten an, sondern auch darauf, ob Anlagen zur Wertentfaltung für die Gemeinschaft vorliegen. Gerade der Bergbau mit seiner Arbeit in besonderen Gefahrzonen ist auf Arbeitskräfte angewiesen, die erzogen sind „in, durch und für die Gemeinschaft" zu schaffen und die den Dualismus von sozialem und individuellem Bildungsideal durch ihr Wesen und ihre Leistung praktisch lösen. — Volkswirtschaftlich von großer Bedeutung ist auch die besonders in der neuen Pädagogik stark ausgeprägte Tendenz, Freude an der Arbeit und Freude überhaupt zu wecken. Diese Arbeitsfreudigkeit ist ein Werk zugleich von Erziehung und Unterricht. Münch glaubt sogar, daß selbst die Leiden der Industriearbeit durch diese Erziehung zur Freude überwunden und aus der Welt geschafft werden können. In dem Kapitel: „Hie Fron — hie Freude!" sagt Münch u. a.: „Wie stumpfsinnig hantieren viele Arbeiter um ihre Maschinen, es ist ihnen verflixt gleichgültig, ob die Maschine Seide oder Sackleinen webt, Seife oder Pralinen formt. Sie sind Räder der Maschine geworden, das Gefühl für die Würde der Arbeit ist ihnen verloren gegangen und mit dem Stolz haben sie die Freude eingebüßt. „Ja, das ist nun einmal das Schicksal des Proletariats!" Nein, das muß es durchaus nicht sein! Die neue Schule macht sich auch an dieses schwierigste aller

Berufsprobleme heran." — Auch dieses Problem Mensch und Maschine hat im pädagogischen Sinne die Industrie aufgenommen und strebt eine Lösung an. Der Organisator der Werkschulen der Industrie aller Produktionsrichtungen, Arnhold, fordert: „Nicht nur an die Arbeitsschulung, an das technisch-handmäßige Schaffen denken wir, nein, wir wollen ihm (dem Arbeiter) auch eine andere Einstellung zur Arbeit geben, die Arbeit soll ihn wieder sonnig und lebensfroh, sie soll ihm wieder Freude machen"[1]). Die Freude ist in ihrer Wirkung auf die Leistung ebenso hoch zu bewerten, wie die Pflichttreue, versagt doch bei den meisten Menschen die Pflichttreue oft viel eher als die Freudigkeit. Außerdem gibt die Arbeitsfreude einen bedeutend kräftigeren und nachhaltigeren Arbeitsantrieb, es wird qualitativ und quantitativ mehr geleistet. Freudig getane Arbeit hebt das Glücksgefühl und die innere Spannkraft des Menschen und macht ihn aktiv, eine Eigenschaft, die wirtschaftlich von günstigstem Einfluß ist. Kann so die Erziehung zur Freude zu einem Gewinn für die allgemeine Volkswirtschaft werden, so hat die Wirtschaftsführung auch wiederum eine m. E. grundlegende Vorbedingung zu erfüllen: Steigerung des individuellen Besitzes der niederen Schichten, Erhöhung des über dem Existenzminimum erworbenen Lohnes. — Zwischen der allgemeinen Bildung und der Fachausbildung ist heute vielfach die Berufsberatung eingeschaltet, die für die Volkswirtschaft ebenso wichtig ist, wie für die persönliche Entfaltung des Menschen. Je mehr der einzelne Mensch den Beruf erwählt, der seine besonderen Gaben zur Auswirkung kommen läßt, um so größer kann auch seine wirtschaftliche Leistung ausfallen Dieses wichtige Faktum rechtzeitiger Berufsberatung beachtet die Industrie dahin, daß sie Ingenieure in die oberen Volksschulklassen entsendet und die Jugendlichen beraten läßt, oder es geben die Vereinigten Stahlwerke z. B. Freiexemplare einer Lehrlingsnummer ihrer Hüttenzeitung an die zur Entlassung kommenden Volksschüler und bieten Führungen durch einzelne Spezialwerkstätten für dieselben an. — Die außerordentliche Bedeutung der Pädagogik für die Volkswirtschaft widerlegt auch die Ansicht von Adam Smith, als seien nur die unmittelbar erzeugenden Stände produktiv und die geistigen nicht. Wohl kein geistiger Stand steht in engerer Beziehung zum Wirt-

[1]) Die menschl. Arbeitskraft im Produktionsprozeß. Bielef. 1926, S. 8.

schaftsleben als der Lehrstand, und an seiner mittelbaren Anteilnahme an der wirtschaftlichen Produktion kann nicht gezweifelt werden. Leider ist die entscheidende Bedeutung der Pädagogik für die Volkswirtschaft heute noch viel zu wenig erkannt und anerkannt, anerkannt ist fast nur die Bedeutung der Fachschulen, die unmittelbar auf die Wirtschaft vorbereiten.

Umgekehrt beeinflußt auch die Volkswirtschaft das Bildungswesen in weitgehender Weise. Wenn man unter Wirtschaft die Gesamtheit aller schaffenden Kräfte in einem Volke bezeichnet, so ist auch sie der finanzielle Träger aller Bildungsanstalten. Kähler gibt in seinen sehr beachtenswerten Studien über das deutsche Unterrichtswesen [1]) eine klare Darstellung der verschiedenen Schularten und wertet sie wirtschaftlich aus. Im geschichtlichen Ablauf des Bildungswesens waren die primären Organisationen des Unterrichtswesens die Kirchen; in der Gegenwart findet solcher „widmungswirtschaftlicher" Unterricht kaum noch statt, oder kommt in den privatwirtschaftlichen Schulorganisationen zur Auswirkung. Diese sind in den Zeitraum von 1900—1925 wesentlich zurückgedrängt und sind in die große Zahl der Zwangsgemeinwirtschaften durch Staat und Gemeinde übergegangen. Nur auf dem Gebiete des höheren Mädchenbildungswesens findet sich noch ein zu hoher Prozentsatz von privaten Anstalten, in Westfalen z. B. 37,5 Prozent. Die Schulunterhaltungskosten der Volksschulen fanden ihre gesetzliche Regelung in dem Volksschulunterhaltungsgesetz vom 28. 7. 1906, nach dem den Eigenschulverbänden und Gesamtschulverbänden die Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen obliegen. Die Verteilung der persönlichen Lasten bestimmte das Gesetz vom 17. 12. 1920. — Dagegen ist die Mitbeteiligung der Gemeinden an dem höheren Schulwesen stark umstritten. Da eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts vom 7. 3. 1913 erklärt, daß eine gesetzliche Regelung, welche Stadtgemeinden verpflichtet, höhere Lehranstalten zu errichten oder zu unterhalten — nicht besteht und die Gemeinden mit hohen Schulunterhaltungskosten schwer belastet sind, so liegt ein berechtigtes Bestreben vor, vom Staat finanzielle Erleichterungen zu erlangen. Diese Frage fand schon 1917 ihre Darstellung durch eine Denkschrift des Deutschen Städtetages, in der auch eine Erweiterung der Rechte auf die Einrichtungen der höhe-

[1]) Festgaben für Adolf Wagner, Leipzig 1905.

ren Schulen angestrebt wird. Hüttermann[1]) weist an Hand der Reichsstatistiken von 1914 nach, daß die wirtschaftliche rasche Entwicklung Westfalens nicht nur seine Gemeinden in Stand setzte, das gesamte Bildungswesen der Bevölkerungszunahme entsprechend auszugestalten, sondern daß die Wirtschaft dieser Provinz durch das Minimum an erhaltenen Staatszuschüssen auch die Bildungsbestrebungen anderer preußischer Provinzen unterstützte, so z. B. Ostpreußen, das für seine Volksschulen 56 Prozent Staatszuschüsse, Westfalen dagegen nur 16 Prozent erhielt. — Diese Bildungsinteressen der Gemeinden, besonders für das höhere Schulwesen, haben vor allem aber auch rein wirtschaftliche Gründe. Städte mit höheren Schulen ziehen Berufsstände in ihre Grenzen, die als Erziehungsberechtigte diese Anstalten brauchen. Der Umsatz an Verbrauchsgütern erfährt eine Steigerung, die zur Erhöhung der Steuereinnahmen führt, sodaß auch hier die Wechselwirkung von Schule und Wirtschaftsleben deutlich erkennbar wird. Ein blühendes Wirtschaftsleben hat zumeist eine bessere Entlohnung und damit auch bessere Lebensbedingungen für die Arbeiter zur Folge. An guten Lebensbedingungen für die Arbeiterbevölkerung aber hat die Schule ein großes Interesse, da die geistige und körperliche Leistungsfähigkeit der Kinder von diesem Faktor stark beeinflußt wird. Auch die Kinderarbeit, welche der pädagogischen Arbeit der Schule in hohem Maße hinderlich ist, tritt bei günstiger Wirtschaftslage zurück, während sie bei ungünstigen Erwerbsmöglichkeiten z. B. bei der Heimindustrie des sächsischen Erzgebirges nicht entbehrt werden kann. — Es ist nun interessant, daß in dem bereits erwähnten Schultyp der Produktionsschule die Wechselbeziehung von Volkswirtschaft und Schule bis zur Einheit verschmolzen ist. Die Produktionsschule ist eine direkte Einordnung der Schule in den Wirtschaftsprozeß. Einerseits wirkt sie pädagogisch wie eine Art Vorschule der Wirtschaft, andererseits sucht sie der Wirtschaft die Unterhaltungskosten für die Schule abzunehmen oder zu verringern, indem sie durch ihre wirtschaftlich-produktive Arbeit sich selbst unterhält. Diese völlige Verschmelzung hat Fichte[2]) als das Ideal seiner Produktionsschule aufgestellt. Denn er schreibt: „Das Grundgesetz dieses kleinen Wirtschaftsstaates

[1]) „Die Vernachlässigung des westfälischen Bildungswesens durch den Staat", Coesfeld 1924.

[2]) a. a. O. S. 185.

sei dieses, daß in ihm kein Artikel zu Speise, Kleidung usw. noch, soweit dies möglich ist, irgendein Werkzeug gebraucht werden dürfe, das nicht in ihm selbst erzeugt und verfertigt sei. Bedarf diese Haushaltung einer Unterstützung von außen, so werden ihr die Gegenstände in Natur, aber keine andere Art, als die sie auch selbst hat, gereicht, und zwar ohne daß die Zöglinge erfahren, daß ihre eigene Ausbeute vermehrt werden, oder daß sie, wo das letztere zweckmäßig ist, es nur als Darlehn erhalten und es zu bestimmter Zeit wieder zurückerstatten. Für diese Selbständigkeit und Selbstgenügsamkeit des Ganzen arbeite nun jeder einzelne aus aller seiner Kraft."

In dieser Fichteschen Schule als kleinem Wirtschaftsstaat ist die Verbindung von Volkswirtschaft und Pädagogik in einer Weise übersteigert, die für beide ungünstig statt fördernd ist. Diesem Extrem einer zu starken Verbindung von Volkswirtschaft und Schule steht das andere gegenüber, das möglichst wenig oder gar keine Beziehung zwischen beiden pflegt, das ebenfalls als für beide nachteilig abgelehnt werden muß. Der größte Vorteil für beide liegt in der Mitte. Die Schule darf und soll wirtschaftliche Gesichtspunkte berücksichtigen, aber nur in Unterordnung unter pädagogische Ziele, die allein bestimmend sein dürfen. Die Volkswirtschaft hinwieder muß die Schule fördern, ohne Rücksicht auf ihren unmittelbaren Nutzen, dann wird ihr der mittelbare umso reicher zufallen.

Ich will nun in den folgenden Kapiteln die Wechselbeziehungen von Pädagogik und Volkswirtschaft an der Stadt Gelsenkirchen aufzeigen, die mir durch ihre wirtschaftliche Struktur besonders geeignet erschien.

# I. Teil

## Die Entwicklung der Industriestadt Gelsenkirchen mit ihren speziellen pädagogischen Schwierigkeiten.

### 1. Die sprunghafte Zunahme der Bevölkerung.

Vor 75 Jahren war das heutige Industriegebiet um Gelsenkirchen eine stille, rein agrarisch besiedelte Landschaft. Nördliche Teile der Provinz Westfalen bewahren in ihrem Grundcharakter diese Eigenart noch heute, kleinere Städte wie Bocholt, Coesfeld, Burgsteinfurt haben zwar durch Eisenbahnen und erste Anfänge industrieller Entwicklung eine gewisse Belebung erfahren, sind aber im wesentlichen Wohnstädte geblieben. Burgsteinfurt z. B. hatte 1890 4484 Einwohner, 1900 5200, 1925 6050. Dementsprechend entwickelt sich der Haushalt der Stadt; für Bildungszwecke entstehen infolge eines sehr langsamen Anwachsens der Schülerzahl keine wesentlich höheren Ausgaben.

Rund 60 km südlich von Burgsteinfurt liegt Gelsenkirchen. Um 1850 noch ein Dorf von etwa 600 Einwohnern, um 1900 eine Stadt von 37 000, 1925 das Zentrum eines Stadtgebietes von 250 803 Einwohnern. Eine unheimliche, echt amerikanische Entwicklung, die gerade aus dem Gegensatz zu einer benachbarten Landschaft der gleichen Provinz besonders deutlich wird. Gewaltige Umformungen aller Stoffe und Kräfte durch die Industrie, Verdrängung der Landwirtschaft, Zuzug von Menschen aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands und aller Länder Europas, hohe Steigerung der Anforderungen an den Etat der Stadt, deren sprunghaftes Wachsen ein Vorausprojizieren der Verwaltungsaufgaben auf lange Sicht kaum noch ermöglicht. Unabsehbare Scharen von Kindern verschiedenster Mundart und verschiedenster Herkunft verlangen Schulgebäude, Lehrer und Unterricht und sprengen jedes Jahr wieder die vorhandenen Einrichtungen. Dadurch entstehen sowohl für die Schulverwaltung wie für Unterricht und Erziehung ganz charakteristische pädagogische Probleme, die in ihrer Eigenart kaum in einer anderen Landschaft Deutschlands in diesem Umfange wiederkehren und daher eine besondere Behandlung verdienen.

Der Motor dieser gewaltigen Entwicklung ist die Kohle. Um das Jahr 1840 war man in Gelsenkirchen und seiner Umgebung auf Kohlen fündig geworden. [v. Wedelstaedt[1]]. 1847 wurde der Bahnhof Gelsenkirchen eröffnet und das Dorf in das deutsche Eisenbahnnetz einbezogen und in den Bereich des großen Verkehrs gebracht. Im gleichen Jahre gab Mulvany, den Wedelstaedt den Mitbegründer von Gelsenkirchen nennt, den vereinigten Mutungen den Namen „Hibernia". Als Geburtstag des neuen Gemeinwesens, das das alte Dorf Gelsenkirchen ablöste, bezeichnet Wedelstaedt den 17. März 1856, an welchem der erste feierliche Spatenstich zu dem Tiefbauschacht getan wurde. „Mit der Gründung der Zeche begann der Aufschwung, der zur heutigen Größe führt. Hier liegt der Schnitt, der die neue Zeit von der Vergangenheit scharf trennt." Auch Zurhorst[2]) sieht neben der Einschaltung Gelsenkirchens in die industrielle Verkehrslinie der Köln-Mindener Eisenbahn und in dem Uebergang des Kohlenbergbaus vom einfachen handwerkmäßigen Tagebau zum Tiefbau die Grundlage für das rasche Aufblühen dieser Stadt. War 1856 mit derAnlage des ersten Tiefbauschachtes begonnen worden, so begann 1861 die Kohlenförderung im Tiefbaubetriebe der Zeche Hibernia. Der erweiterte Bergbau zog eine starke Zuwanderung von Arbeitern nach sich. Er hatte aber auch zahlreiche Gründungen von Fabriken, besonders der Eisenindustrie, im Gefolge, und diese weitere industrielle Entwicklung vermehrte den Bevölkerungszuzug noch in erheblichem Maße. Die Einwohnerzahlen stiegen rapide. 1847, als die erste Wandlung Gelsenkirchens zur Industriestadt begann, hatte es kaum mehr als 600 Einwohner. 1902 zählte es 37 040 Bewohner. Seine Bevölkerung hatte sich also in der Zeit von 55 Jahren um mehr als das Sechzigfache vermehrt.

Wir wollen im folgenden die Bevölkerungszunahme der heutigen Stadt Gelsenkirchen seit dem Jahre 1860 etwas eingehender betrachten. Vorweg bemerkt sei, daß die Großstadt Gelsenkirchen im Jahre 1903 entstand, als die Stadt sich mit den sechs umliegenden Gemeinden Schalke, Heßler, Bismarck, Bulmke, Hüllen und Ueckendorf, die schon lange baulich ineinander gewachsen waren und eine wirtschaftliche Einheit miteinander bildeten, zusammenschloß. Die Einwohnerzahl stieg damit von 37 040 auf 138 040. 1923 fand die Eingemeindung von Rott-

[1]) „Gelsenkirchen", Berlin-Friedenau 1927, S. 14.
[2]) „Desgl.", S. 202.

hausen mit 27 018 Einwohnern statt. Nach der Personenstandsaufnahme von 1926 beträgt die Einwohnerzahl von Gelsenkirchen 211 461, sie ist damit die „größte Kohlenstadt des Festlandes". Auf das Gebiet der jetzigen Großstadt Gelsenkirchen entfielen (außer Rotthausen) 1860 4000 Einwohner (abgerundet), Rotthausen 1861 626 — 1871 16 000 — 1880 40 000 — 1890 76 000. Am stärksten war der Bevölkerungszuwachs in den 80er und 90er Jahren, die, nach Zurhorst, an eine Bevölkerungsvermehrung nach amerikanischem Muster erinnert. Für den Zeitraum von 1900 bis 1926 liegen Volkszählungen in kürzeren Abständen vor, sodaß sich über die Entwicklung der Bevölkerung in dieser Zeit ein noch besseres Bild gewinnen läßt. Diese Zählungsergebnisse habe ich wie folgt zusammengestellt und die zeichnerische Darstellung veranschaulicht das schnelle Wachstum der Bevölkerung.

**Entwickelung der Bevölkerung in Gelsenkirchen 1900 bis 1926.**

im Jahre 1900
36 935 Personen,

im Jahre 1903
138 048 Personen,

im Jahre 1906
151 195 Personen,

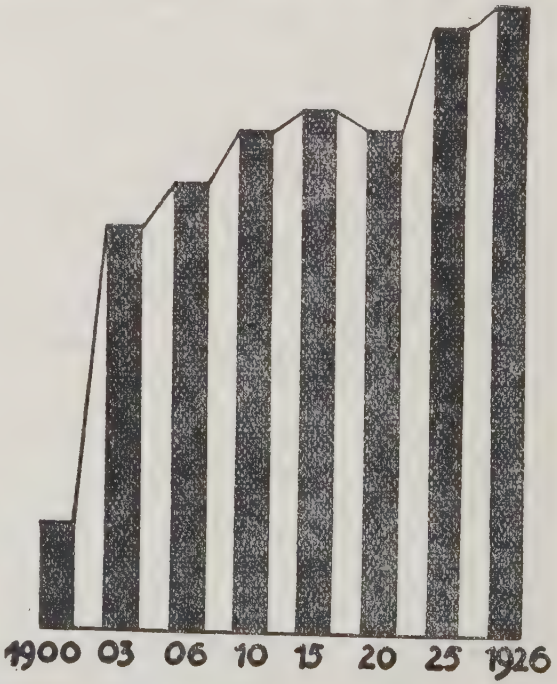
im Jahre 1910
169 425 Personen,

im Jahre 1915
176 093 Personen,

im Jahre 1920
173 703 Personen,

im Jahre 1925
205 803 Personen,

im Jahre 1926
211 461 Personen.




1903 Eingemeindung von Schalke, Heßler, Bismarck, Bulmke, Hüllen und Ueckendorf.
1923 Eingemeindung von Rotthausen.

Seit 1903, dem Geburtsjahr der Großstadt Gelsenkirchen, ist die Bevölkerungszunahme nicht so gewaltig gewesen, wie zumeist angenommen wird, worauf auch Zurhorst[1]) hinweist. Er zeigt, daß seit 1910 die Einwohnerzahl sogar weniger gestiegen ist als in den meisten anderen westlichen Großstädten. Er gibt dafür zum Beweise folgende Uebersicht:

| Städte | Zu- (+) oder Abnahme (—) von 1910—1925 in % |
|---|---|
| Essen | + 13,63 |
| Dortmund | + 25,54 |
| Duisburg | + 18,60 |
| Gelsenkirchen | + 7,40 |
| Bochum | + 13,96 |
| Mülheim-Ruhr | + 11,20 |
| Hamborn | + 20,53 |
| Münster | + 16,06 |

Gelsenkirchen steht hiernach an letzter Stelle unter den verzeichneten Städten mit über 100 000 Einwohnern. Der Rückgang auf 173 703 Einwohner im Jahre 1926 gegenüber 176 095 im Jahre 1913 hat seine Ursachen in dem großen Geburtenausfall und dem Wegzug von Arbeitern infolge Konjunkturveränderungen. — Zurhorst kann in der Verlangsamung der Bevölkerungsvermehrung keinen Nachteil erblicken. Er weist mit Recht darauf hin, daß es in langsam wachsenden Städten viel eher möglich ist, die für das Wohlbefinden der Bevölkerung notwendigen kulturellen Einrichtungen rechtzeitig mitwachsen zu lassen. Dies gilt im besonderen Maße für die Schule, da ihre Leistungsfähigkeit bei einer sprunghaften Zunahme der Bevölkerung, die zumeist auch mit einer ebensolchen Zunahme der Kinderzahl verbunden ist, in außerordentlicher Weise herabgesetzt wird. — Für den gleichen Zeitraum von 1900—1925 gebe ich nachstehend eine von mir ermittelte Uebersicht über die Bevölkerungsentwicklung nach dem Geschlecht.

[1]) „Gelsenkirchen", Berlin-Friedenau 1927, S. 203.

**Entwicklung der Bevölkerung nach Geschlecht 1900—1926.**

| | | | |
|---|---|---|---|
| im Jahre | 1900 | 19 433 männl. | 17 502 weibl. |
| im Jahre | 1903 | 72 975 männl. | 65 073 weibl. |
| im Jahre | 1906 | 78 959 männl. | 72 236 weibl. |
| im Jahre | 1910 | 88 506 männl. | 80 919 weibl. |
| im Jahre | 1915 | 89 347 männl. | 86 746 weibl. |
| im Jahre | 1920 | 88 863 männl. | 84 840 weibl. |
| im Jahre | 1925 | 104 007 männl. | 101 796 weibl. |
| im Jahre | 1926 | 106 916 männl. | 104 545 weibl. |
| im Jahre | 1927 | 108 015 männl. | 104 629 weibl. |

Gelsenkirchen gehört zu den heute besonders seltenen Städten mit Männerüberschuß. Kohlen- und Eisenindustrie zieht der Art der Arbeit entsprechend in erster Linie männliche Arbeitskräfte an. Es ist bemerkenswert, daß selbst in den Kriegsjahren der Männerüberschuß in Erscheinung tritt. Das hatte seinen Grund wiederum in der industriellen Eigenart von Gelsenkirchen. Denn der Kohlenbergbau und die Eisenwerke

[1]) a. a. O. S. 206.

brauchten ihre Arbeiter und konnten infolgedessen weniger wehrfähige Männer als Soldaten abgeben. Das zeigen auch die Sterbelisten. 1914 starben 80 Krieger, 1915 stieg die Zahl an auf 1828, um dann wieder schnell herabzusinken. 1916 waren es 1014, 1917 695, 1918 793 und 1919 noch 210.

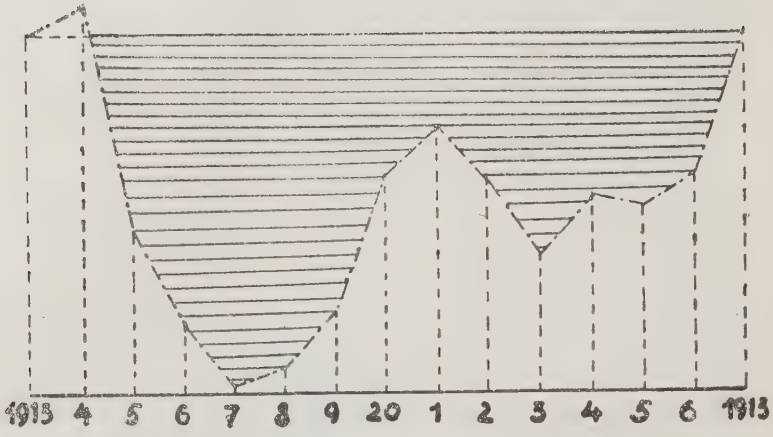
Gelsenkirchen steht aber mit seinem Männerüberschuß im Vergleich zu den übrigen westlichen Großstädten keineswegs an erster Stelle. Zurhorst[1]) gibt die vergleichenden Prozentsätze für 1925 mit folgenden Zahlen an: An erster Stelle stand Hamborn, dessen Männerüberschuß 11,68 Prozent betrug, dann folgte Duisburg mit 4,30 Prozent, Oberhausen mit 4,01 Prozent und erst an vierter Stelle stand Gelsenkirchen mit 3,44 Proz.

Die gewaltige Bevölkerungszunahme von Gelsenkirchen hat ihre Ursache in erster Linie in einer starken Zuwanderung. Dieses Moment ist p ä d a g o g i s c h von großer Wichtigkeit, wie wir im Laufe unserer Untersuchung noch verschiedentlich sehen werden. Die Bevölkerungszunahme war aber weiter auch durch hohe Geburtenzahlen bedingt, die wir jetzt kurz betrachten wollen.

## 2. Große Geburtenziffer und hoher Prozentsatz der Schulkinder im Vergleich zu der Einwohnerzahl.

Im Jahre 1910 hatte Gelsenkirchen, die „Stadt der statistischen Ueberraschungen", die höchste Geburtenziffer von allen deutschen Städten. Sie betrug 41,9 auf Tausend der Bevölkerung, während sie in anderen Städten 25 auf Tausend betrug. (Zurhorst.) — Eine besonders hohe Geburtenziffer hatte auch das wirtschaftliche Blütejahr 1908, wo die Zahl von 7731 erreicht wurde. Dann trat eine leichte Abschwächung ein bis auf 6609 im letzten Vorkriegsjahre. Im folgenden Jahre zeigte sich wieder eine leichte Steigerung auf 6848. Krieg und Inflation ergaben einen starken Geburtenrückgang. In nachfolgender Tabelle habe ich den G e b u r t e n a u s f a l l v o n 1913 b i s 1926 zusammengestellt.

[1]) a. a. O. S. 206.




**Geburtenzahl.**

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| 1913 | = | 6609 | 1920 | = | 5149 |
| 1914 | = | 6846 | 1921 | = | 5565 |
| 1915 | = | 4690 | 1922 | = | 5152 |
| 1916 | = | 3794 | 1923 | = | 4312 |
| 1917 | = | 3083 | 1924 | = | 4892 |
| 1918 | = | 3285 | 1925 | = | 4874 |
| 1919 | = | 3848 | 1926 | = | 4594 |

**1927 = 4469**

Erklärung:

- - - - - Geburten. ——— Geburtenausfall gegen 1913.

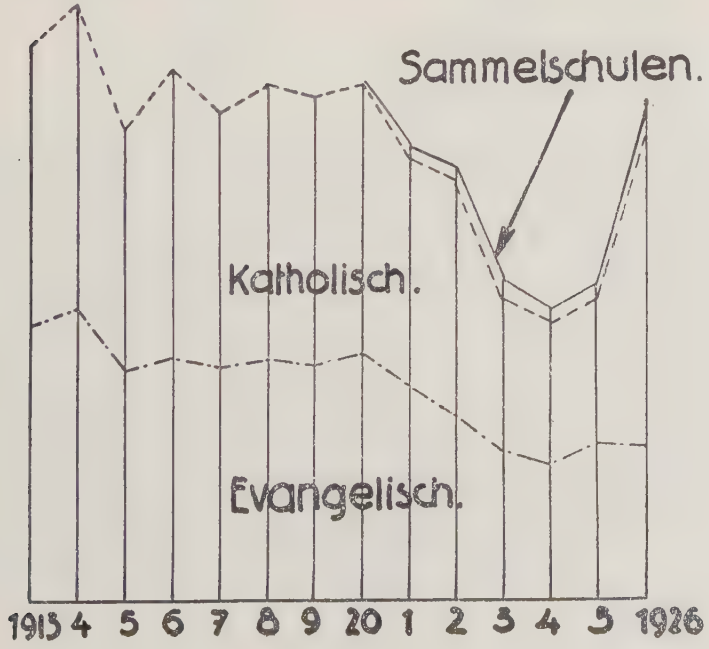
Der Geburtenrückgang gegenüber der Vorkriegszeit ist also auch heute noch erheblich. Gerade im Jahre 1926 hat wiederum ein erneuter Rückgang eingesetzt, der sich im Jahre 1927 aber mit 4369 Geburten noch weiter fortsetzt. Trotzdem steht Gelsenkirchen (nach der Volkszählung von 1925) mit 23,7 Proz. auf Tausend der Bevölkerung über dem Reichsdurchschnitt von 20,7 Prozent. Für die Schule ist nun nicht nur die Geburtenziffer wichtig, sondern auch die Frage, wieviele von diesen Kindern das Schulalter, also das 6. Lebensjahr, erreichten (s. Tabelle S. 21), und wieviele Kinder mit dem 14. Lebensjahr die Volksschule verließen. Leider konnte ich das Zahlenmaterial für die Schulentlassenen nur ab 1918 erhalten.

Die Zahl der aus den Volksschulen entlassenen Kinder war:

| | | | |
|---|---|---|---|
| Ostern 1918 | 4361 | Ostern 1923 | 4629 |
| Ostern 1919 | 4352 | Ostern 1924 | 4309 |
| Ostern 1920 | 4457 | Ostern 1925 | 4339 |
| Ostern 1921 | 4268 | Ostern 1926 | 4330 |
| Ostern 1922 | 4704 | Ostern 1927 | 4088 |
| | Ostern 1928 | 4154 | |

**Die eingeschulten Kinder in den Jahren 1913—1926.**

| | Evgl. | Kath. | Sammelschulen | | Evgl. | Kath. | Sammelschulen |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1913 | 2821 | 3002 | | 1920 | 2620 | 2815 | |
| 1914 | 3146 | 3348 | | 1921 | 2264 | 2357 | 58 |
| 1915 | 2454 | 2386 | | 1922 | 2006 | 2380 | 168 |
| 1916 | 2601 | 3166 | | 1923 | 1556 | 1553 | 164 |
| 1917 | 2459 | 2655 | | 1924 | 1368 | 1480 | 163 |
| 1918 | 2530 | 2912 | | 1925 | 1560 | 1567 | 160 |
| 1919 | 2448 | 2865 | | 1926 | 2579 | 2422 | 239 |



Für die wirtschaftliche Seite des Schulwesens ist noch eine weitere Frage von Wichtigkeit, nämlich der Prozentsatz der Schulkinder, welcher auf die Einwohnerzahl entfällt. Weitzmann[1]) nimmt an, daß dieses prozentuale Verhältnis der schulpflichtigen Kinder noch in der Mitte des vorigen Jahrhunderts in allen Orten ziemlich dasselbe war, während es jetzt wesentliche Verschiebungen aufweist. Er weist mit Recht darauf hin, daß hier nicht nur der Gegensatz von Stadt und Land, sondern auch bei den Städten selbst noch vielmehr der Unterschied zwischen Industriegemeinde und Wohngemeinde besteht. So bildeten im Jahre 1913 die Schulkinder in Berlin-Dahlem 2 Prozent der Bevölkerung, in Berlin 10,75 Prozent, Reinickendorf 14,61 Prozent. — Weit größere Prozentsätze aber weisen die Industriegemeinden auf. Weitzmann teilt eine Statistik von 1911 mit, nach welcher der Prozentsatz der Schulkinder in folgenden Städten des Ruhrkohlengebietes so aussah:

| | | |
|---|---|---|
| Hattingen | 15,96 | Prozent |
| Dortmund | 16,45 | „ |
| Duisburg | 16,79 | „ |
| Essen | 16,93 | „ |
| Bochum | 18,20 | „ |
| Gelsenkirchen | 20,34 | „ |
| Wattenscheid | 20,84 | „ |

Was also das Verhältnis der Zahl der Schulkinder zur Einwohnerzahl betrifft, stand Gelsenkirchen mit obenan. Das aber bedeutet, daß Gelsenkirchen im Verhältnis zu den Städten mit geringerer Schulkinderzahl, insbesondere im Verhältnis zu den Wohngemeinden, ganz erheblich höhere Schullasten zu tragen hatte, wenn es auf dem Gebiete des Schulwesens das gleiche leisten wollte, Gelsenkirchen war in dieser Hinsicht auch sogar noch ca. 25 Prozent ungünstiger gestellt, als seine Nachbarstädte Duisburg, Dortmund, Essen (Weitzmann). — Aus diesem Grunde sind die Leistungen der Stadt Gelsenkirchen auf dem Gebiete des Schulwesens noch besonders hoch zu veranschlagen. Die sprunghafte Zunahme der Schulkinderzahl stellt an die Stadtverwaltung in jeder Hinsicht hohe Anforderungen, sowohl an die finanziellen wie die organisatorischen Kräfte. In den ersten Jahrzehnten des plötzlichen gewaltigen Anwachsens der Schulkinderzahl versagten die Kräfte. Die

[1]) „Gelsenkirchen", a. a. O. S. 114.

Klassenfrequenzen in den zu jener Zeit von den Schulsozietäten unterhaltenen Volksschulen waren dementsprechend außerordentlich hoch. Die Durchschnittsbesetzung einer Klasse betrug nach meiner Berechnung in den Jahren 1885 90 Kinder, 1890 83 Kinder, 1895 73 Kinder, 1900 70 Kinder. 1913 59 Kinder, um 1925 die pädagogisch noch zulässige Durchschnittszahl von 42,31 zu erreichen. Bei derartigen Zahlen ist an einen geordneten Unterricht kaum zu denken, wie Paulsen treffend sagt: „Die überfüllten Schulen mit überfüllten Klassen sind nicht Bildungsanstalten, sondern Fabriken, wo jeder seine Spezialarbeit macht, so gut oder so schlecht es geht und um den Erfolg des Ganzen sich nicht kümmert"[1]). — Diese Zustände bildeten sich aber nicht etwa in Gelsenkirchen als Ausnahme heraus, sondern überall, wo plötzlich dieses schnelle Anwachsen der Schulkinderzahlen in Erscheinung trat, wie hauptsächlich in der Provinz Westfalen. Nach den Angaben der preußischen Statistik hatte 1901 Westfalen noch 11 Schulen mit durchschnittlich mehr als 100 Kindern in einer Klasse und auf eine Lehrkraft entfielen durchschnittlich:

| | | | |
|---|---|---|---|
| 1891 | 85,12 | 1901 | 70,6 |
| 1911 | 61,00 | 1921 | 49,00 |

Ein höheres Schulwesen war in Gelsenkirchen kaum vorhanden und wurde auch nur sehr langsam geschaffen. Die Verwaltung versagte aber in dieser Zeit nicht etwa nur allein auf dem Gebiete des Schulwesens. Der bisherige Oberbürgermeister von Gelsenkirchen, v. Wedelstaedt[2]), schreibt: „Der Verwaltungsapparat der Landgemeinden, der ganz gewiß nicht auf die Aufgaben zugeschnitten war, die sich aus der gewaltigen sich immer steigernden Zusammenballung von Menschen, Zechen und industriellen Werken ergaben, mußte dauernd den an sich geradezu mit amerikanischer Hast überstürzenden Veränderungen angepaßt werden. Doch war diese Anpassung nur kümmerlich. Die Verwaltung hinkte der mächtigen Entwicklung überall nach, statt sie vorausschauend zu leiten. Die Regierung versagte vollständig." Auch Zurhorst[3]) weist darauf hin, daß die kulturellen Belange in den ersten Jahrzehnten des modernen Bergbaubetriebes und der Schwereisenindustrie nur in geringem Umfange gepflegt wurden. Weit ältere Städte als Gelsenkirchen bilden dabei keine Ausnahme.

---

1) Geschichte des gelehrten Unterrichts, Leipzig 1925, S. 83.
2) a. a. O. S. 24.
3) a. a. O. S. 211.

### 3. Fluktuation der Bevölkerung.

Die rasche industrielle Entwicklung der Stadt Gelsenkirchen brachte nicht nur einen starken Zustrom von Arbeitskräften, sondern hatte auch eine starke Abwanderung im Gefolge. Eine große Zahl von Arbeitern wurde nicht seßhaft. Es scheint, daß auch die geborenen Gelsenkirchener an diesem Wechseln sich beteiligten, stellt doch Winkel [1]) fest, daß die Zahl der geborenen Gelsenkirchener über 35 Jahre in der Bevölkerung noch heute recht gering ist. — Die ungeheuer starke Fluktuation der Bevölkerung drückt sich in folgenden Zahlen aus, wie die untenstehende Tabelle ergibt.

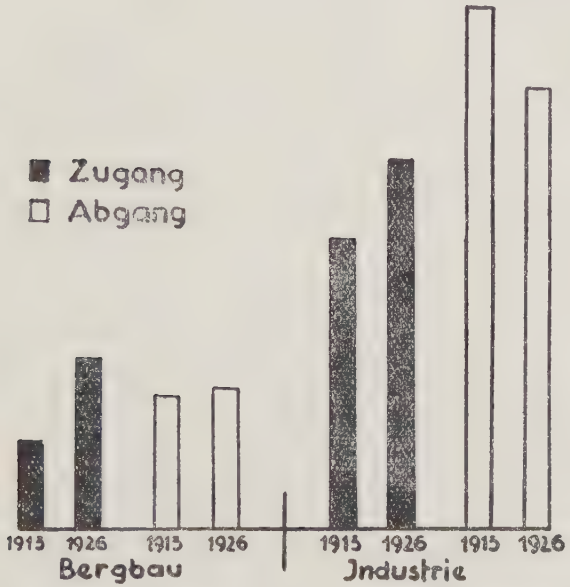
| Jahr | Mittlere Bevölkerungsziffer | Zugang | Auf je 100 Einw. | Abgang | Auf je 100 Einw. | Ummeldungen | Auf je 100 Einw. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1905 | 145150 | 23799 | 16,4 | 23427 | 16,1 | 56751 | 39,0 |
| 1910 | 169729 | 27540 | 16,2 | 27278 | 16,1 | 55014 | 32,4 |
| 1914 | 178407 | 29741 | 16,7 | 27299 | 15,3 | 50554 | 28,4 |
| 1919 | 168965 | 33713 | 19,9 | 27332 | 16,2 | 29063 | 17,2 |
| 1922 | 182139 | 25330 | 13,9 | 27763 | 15,2 | 21517 | 11,8 |
| 1925 | 208083 | 17753 | 8,5 | 20745 | 9,9 | 18216 | 8,7 |
| 1927 | 213840 | 19733 | 9,2 | 20678 | 9,7 | 24446 | 11,4 |

Aus den Angaben obenstehender Tabelle ist ersichtlich, daß die Seßhaftigkeit besonders im Jahre 1925 mit 8,5 Prozent Zugängen und 9,9 Prozent Abgängen bedeutend gegenüber den Vorkriegsjahren zugenommen hat. Daß es hauptsächlich die Arbeiter im Bergbau und in der Industrie sind, die durch Konjunkturschwankungen und -krisen diese scharfe Fluktuation

[1]) „Gelsenkirchen“ a. a. O. S. 214.

innerhalb der Bevölkerung herbeiführen, habe ich auch noch in dem folgenden Blockdiagramm durch eine Gegenüberstellung der Jahre 1913 und 1926 zum Ausdruck bringen wollen.

**Zu- und Abgang der Arbeiter im Bergbau und in der Industrie 1913—1926.**

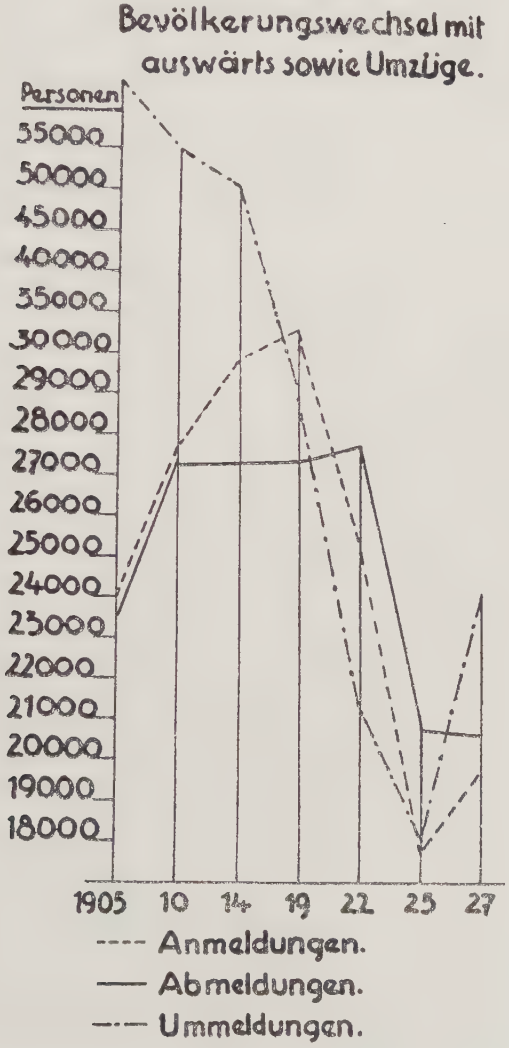



| | Bergbau | | Industrie | |
|---|---|---|---|---|
| | Zugang | Abgang | Zugang | Abgang |
| 1913 | 578 | 872 | 1878 | 5356 |
| 1926 | 1106 | 916 | 2411 | 2846 |

Der Mangel an Seßhaftigkeit bedeutet für die Schule eine außerordentliche Schwierigkeit. Sie trifft besonders die Volksschule, da es in erster Linie die Arbeiter sind, welche zu- und abziehen. Erziehung und Unterricht der Kinder dieser Schichten leiden gleichermaßen Schaden. Eine erziehliche Einwirkung ist in hohem Maße von den persönlichen Beziehungen zwischen Lehrer und Schüler abhängig und von der Einfühlung des Lehrers in die Individualität des einzelnen Kindes. Beides kann erst in längerer Zusammenarbeit von Lehrer und Schüler

gewonnen werden. Wenn der Schüler kurzfristig immer wieder den Lehrer wechselt, so kann sich kein „Seelenbund" zwischen Lehrer und Schüler knüpfen. Wenn aber erzieherische Bindungen, kaum geknüpft, immer wieder jäh abgerissen werden, so stumpft sich allmählich auf beiden Seiten die Fähigkeit zu solchen pädagogischen Beziehungen überhaupt ab. Die erzieherische Kraft selbst des fähigsten Lehrers erlahmt auf die Dauer unter solchen Einwirkungen. Ebenso wird der Erfolg des Unterrichts erheblich herabgesetzt. Der Lehrer kommt nicht dazu, den Ursachen des Mißerfolges nachzugehen, die oft auch in häuslichen Verhältnissen begründet sind. Zu der Zahl der Ab- und Zuwanderungen der Erziehungsberechtigten tritt auch ein häufiger Wohnungswechsel innerhalb des Stadtgebietes hinzu, wie die Ummeldungen (s. Tabelle S. 24) ergeben. Wechselt nämlich der Arbeiter seine Arbeitsstelle freiwillig oder durch Entlassung seitens des Arbeitgebers, so findet er meistens in einem anderen Betriebe der Stadt eine neue Arbeitsgelegenheit, ist aber bemüht, nahe seiner Arbeitsstelle zu wohnen, um Wege von einer Stunde und mehr zu vermeiden. Daß bei einem so häufigen Wohnungswechsel der Familie nicht nur die häuslichen Arbeiten des Schulkindes, sondern auch seine ganze seelische Disposition verändert wird, seine Konzentrationsfähigkeit für die Anforderungen des Schulunterrichts wesentlich herabgesetzt wird, liegt auf der Hand. In der Schule wirkt es sich dahin aus, daß durch den häufigen Wechsel die Eigenart und Begabung des Schülers nicht genügend erkannt werden kann, und deshalb die Einwirkung seitens des Lehrers leicht im äußeren Lernbetriebe stecken bleibt. Dann kann es nicht zur „Gesamtentwicklung aller psychischen Kräfte im Kinde" kommen, sondern nur zu einer Aneignung von elementaren Kenntnissen, die für das heutige Berufsleben nicht ausreichen, weil die erforderliche Willensschulung fehlt. Ein weiterer Gesichtspunkt ist innerhalb dieser Betrachtung interessant, nämlich, daß neben einem Wohnungswechsel das Gewerbe im Zentrum der Stadt eine weitere Veranlassung zu einem Schulwechsel gibt, da viele Wohnungen durch Geschäfte und Geschäftshäuser in den Besitz kaufmännischer Betriebe übergehen. Davon sind besonders die Schulen im Stadtinneren betroffen.

Diesen ungeheuren Bevölkerungswechsel mag abschließend folgende Darstellung verdeutlichen.



### 4. Bildungsscheue Elemente und Schulpolizei.

Wahrscheinlich hängt es nicht zum wenigsten mit diesem häufigen Wechsel zusammen, daß sich in solchen Industriegemeinden vielleicht mehr bildungsscheue Elemente ansammeln, als an anderen Orten mit größerer Seßhaftigkeit. Hinzu kommt noch, daß das Milieu der Industriegemeinde den Menschen leicht zu einer starken Konzentration auf materielle Güter verführt. Die Arbeit im Kohlenbergbau und in der Eisenindustrie gehört zu den schwersten menschlichen Beschäftigungen. Für das Leben in einer höheren geistigen Sphäre bleibt nur wenig oder gar kein Raum. Erholung und Vergnügen bleiben vorwiegend auf der Stufe des reinen Sinnengenusses stehen, da aber das Milieu der Industriestadt ja identisch mit dem der Großstadt ist, gekennzeichnet dadurch, daß sie durch eine hochentwickelte Lebenstechnik, eine starke Massenwirkung ausübt, und so den Jugendlichen rezeptiv und passiv macht, oder ihn veranlaßt, nur sprunghaft zu reagieren. „So wird der Mensch nicht produktiv, sondern geschäftig". Bei einer solchen Einstellung des industriellen Großstadtmenschen ist es vielleicht verständlich, wenn die Eltern die Schulbildung für ihre Kinder als überflüssig oder sogar als Uebel betrachten. Es genügt ihnen, wenn ihre Kinder fähig sind, zu arbeiten und Geld zu verdienen und — dafür brauchen sie die Schule nicht.

So ist es erklärlich, daß in Gelsenkirchen, wie ich festgestellt habe, die Zahl der Zwangszuführungen und Bestrafungen der Erziehungsberechtigten für das Fehlen der Schüler verhältnismäßig groß ist. Dies deutet umso mehr auf eine ziemlich hartnäckige Abneigung gewisser Kreise gegenüber der Schule hin, als die Strafen für unbegründetes Fernbleiben der Kinder aus der Schule für die Erziehungsberechtigten sehr hoch sind. Nach der Regierungs-Polizeiverordnung vom 8. 7. 1924 können für zu unrecht versäumte Schultage 0,50—25 Mark oder Haft von sechs Stunden bis zu drei Tagen erhoben werden. Eine Woche nach Zustellung der Zahlungsaufforderung ist sie rechtskräftig und die Einspruchsfrist abgelaufen. Ich habe nun festgestellt, daß es besonders die aus dem Osten zugezogenen Arbeiterkreise sind, welche sich an den straffen Zwang der Schulpflicht nicht gewöhnen können und lieber das hohe Strafgeld zahlen und sogar noch viel häufiger bereit sind, die Polizeihaft auf sich zu nehmen.

Folgende Statistik, deren Stoff ich aus den Akten der Schulpolizei entnommen habe, soll ein Bild davon geben und uns zeigen, wie stark der Einfluß der politischen und wirtschaftlichen Erschütterungen im Jahre 1919, 1920 und 1921 auch auf dieses Gebiet gewesen ist. Erfreulicherweise konnte ich feststellen, daß normale Verhältnisse seit 1923 eingetreten sind, die mir als ein Zeichen für die zunehmende Erkenntnis der Erziehungsberechtigten für den Wert der Schulbildung erscheinen.

| Jahr | Zahl der Volksschüler | Zahl der Schulstrafen | in Prozent |
|---|---|---|---|
| 1903 | 25 562 | 698 | 2,73 |
| 1905 | 27 963 | 728 | 2,60 |
| 1907 | 29 909 | 880 | 2,94 |
| 1909 | 33 082 | 1 016 | 3,07 |
| 1911 | 34 475 | 1 645 | 4,77 |
| 1913 | 35 441 | 2 075 | 5,85 |
| 1915 | 35 421 | 2 076 | 5,86 |
| 1917 | 33 265 | 1 720 | 5,17 |
| 1918 | 33 062 | 2 046 | 6,18 |
| 1929 | 32 330 | 3 612 | 11,17 |
| 1920 | 32 330 | 4 679 | 14,47 |
| 1921 | 31 569 | 4 326 | 13,70 |
| 1922 | 31 150 | 2 583 | 8,29 |
| 1923 | 28 784 | 1 011 | 3,51 |
| 1924 | 33 041 | 1 448 | 4,38 |
| 1925 | 28 231 | 1 376 | 4,87 |
| 1926 | 27 966 | 1 056 | 3,78 |

Um einen genauen Einblick in die Art der schulfeindlichen Kreise zu gewinnen, habe ich den Beruf der wegen unberechtigter Schulversäumnis der Kinder bestraften Erziehungsberechtigten aus dem Schuljahre 1926/27 festgestellt und einen Ver-

gleich mit den Bestrafungen in Münster beigefügt, der uns die pädagogischen Schwierigkeiten in einer Industriestadt auch wieder hierin deutlich macht.

**1. Volksschulen** (Schuljahr 1926/27).

| | Zahl der Bestrafungsfälle | Zahl der Zwangszuführungen | Zahl der Haftstrafen | In % zu den Volksschülern überhaupt |
|---|---|---|---|---|
| Gelsenkirchen . . | 1055 | 20 | 26 | 3,78 |
| Münster . . . . . | 247 | 58 | 1 | 2,56 |

Die Eltern der Kinder waren:

| | Arbeiter | Beamte | Gewerbetreibende |
|---|---|---|---|
| Gelsenkirchen . . | 924 | 25 | 52 |
| Münster . . . . . | 218 | 9 | 20 |

Gegenüber der Bildungsscheu dieser Kreise muß aber betont werden, daß sich in Gelsenkirchen auch ebenso unter den Erziehungsberechtigten der Volksschüler das gerade Gegenteil, nämlich ein starkes Bildungsinteresse findet. Das zeigt sich in folgendem. Die neuen Richtlinien für das Volksschulwesen fordern getrennte Klassen für die beiden bisher vereinigten letzten Jahrgänge der Volksschule. Nach dem Bericht des Stadtschulrates Weitzmann[1]) wurden auch in Gelsenkirchen entsprechend den Richtlinien die Vereinigung der beiden letzten Jahrgänge aufgehoben und neue Sonderklassen für das achte Schuljahr errichtet, sodaß seit 1925 alle Schulsysteme achtstufig sind. Nur ein geringer Teil der Kinder erreicht diese letzte Klasse. Trotzdem in den Volksschulen aus dem Gesichtspunkte das Sitzenlassen gern vermieden wird, weil dadurch die Kinder der wich-

[1]) a. a. O. S. 119.

tigen lebenskundlichen und wirtschaftlichen Stoffe verlustig gehen, ist es natürlich nicht zu vermeiden. Man hat deshalb sogenannte „Abschlußklassen" für diejenigen Schüler eingerichtet, die aus der III. oder IV. Klasse entlassen werden müssen. Im Schuljahre 1927/28 befinden sich an 8 evangelischen Schulen diese Art von Klassen. — Es spricht nun für einen gewissen Bildungseifer, daß schon im ersten Jahr der Einrichtung der neuen ersten Klassen mehrere Eltern die Bitte ausgesprochen haben, ihre Kinder noch über die gesetzliche Schulpflicht hinaus die Schule besuchen zu lassen, damit sie auch diese Oberklasse durchlaufen können. Auch hierin ist ein wirtschaftliches Moment nachweisbar. Die meisten Handwerksmeister fordern jetzt als Bedingung für die Annahme des Lehrlings mindestens den erfolgreichen Besuch der ersten Klasse der Volksschule, ebenso verlangt es die Handelsschule. Das veranlaßt die Eltern, die Kinder auch in der Volksschule, der durch das Fehlen jeder Berechtigung bisher ein Ansporn mangelte, das Schulziel erreichen zu lassen.

### 5. Das Fehlen einer Mittelschicht.

Der Mangel an Seßhaftigkeit hat ferner nicht wenig dazu beigetragen, das Aufkommen einer Mittelschicht in Gelsenkirchen zu verhindern. Die ganze Art der Entwicklung von Gelsenkirchen brachte es, wie wir gesehen haben, mit sich, daß hauptsächlich Arbeiter zuzogen, denn diese wurden für die rasch aufblühende Industrie in größter Zahl gebraucht. Nun aber wurde ein großer Teil dieser zugezogenen Arbeiter nicht seßhaft. Dadurch wurde diesen Familien die Grundlage des Aufstieges in eine Mittelschicht entzogen. Die Kinder dieser Arbeiter, die Wohnsitz und Arbeitsstelle häufig wechselten, blieben wieder in derselben sozialen Schicht. Da in den Arbeiterkreisen selbst der Boden für die Entwicklung einer Mittelschicht ungünstig war, und in erster Linie nur immer neue Arbeiter zuzogen, so entwickelte sich Gelsenkirchen zu einer typischen Arbeiterstadt. Ist aber dieser Charakter einer Arbeiterstadt einmal ausgeprägt, so ist die Entwicklung einer Mittelschicht besonders erschwert. Denn es führt leicht dazu, der Mittelschicht den Ort zu verleiden, und diese nun ihrerseits wieder zum Abwandern zu bringen. Dazu kommt, daß Gelsenkirchen jetzt nur Rumpfindustrien hat, die Direktionen befinden sich in den benachbarten Industrieorten; daraus ergibt sich, wie erschwert es ist, auch die führenden Wirtschaft-

ler für Bildungszwecke in Gelsenkirchen zu interessieren. — Zurhorst[1]) sagt, daß der Geschäftsmann und der Beamte nach Erlangung eines genügenden Kapitals oder Rente bezw. Pension das Weite sucht und Gelsenkirchen — überhaupt das Industriegebiet — selten oder gar nicht wiedersieht. — In den letzten Jahren hat sich dieses Bild dahin geändert, daß infolge der Umzugs- und Wohnungsschwierigkeiten diese Kreise in Gelsenkirchen festgehalten werden und sich ein seßhafter Bürgerstand zu entwickeln beginnt. Er wird es aber, sei es als Handwerker oder kleiner Gewerbetreibender, wirtschaftlich nicht leicht haben, da die Arbeiterschaft ihren Bedarf in Konsumvereinen und Warenhäusern deckt, und Qualitätsarbeit, der Wesensausdruck des handwerklichen Prinzips, finanziell außer Stande ist zu erwerben, die dünne Oberschicht aber noch zu sehr gewöhnt ist, die großen Nachbarstädte für ihre Einkäufe aufzusuchen. Aber auch hierin sind Aenderungen deutlich sichtbar; so verfolgt der Schutzverband des Tischlerhandwerks den wirtschaftlichen Grundsatz, solides Können und Verantwortungsgefühl in seinem Nachwuchs zu erziehen und zu fördern. Dieser Stand hat in seinen Arbeiten im Hans-Sachs-Haus eine weit anerkannte kunstgewerbliche Tat vollbracht. Da auch der Arbeiter seßhaft geworden ist, wie wir sahen, so ist auch von dieser Seite her eine allmähliche Verstärkung der Mittelschicht zu erwarten.

Es liegen von Gelsenkirchen zwei Berufsstatistiken vor, eine vom 12. Juni 1907, die andere vom 16. Juli 1925.

**Statistik 1907.**

| Berufsabteilung | Gesamtzahl der Selbständigen | Gesamtzahl der Angestellten | Gesamtzahl der Arbeiter | Zusammen | Darunter weiblich | In % der Gesamtzahl |
|---|---|---|---|---|---|---|
| A. Landwirtschaft . . . | 150 | 11 | 386 | 547 | 186 | 1.1 |
| B. Industrie . . . . . | 1 876 | 2 356 | 36 590 | 40 822 | 1 540 | 73.4 |
| C. Handel . . . . . | 1 876 | 663 | 4 048 | 6 587 | 2 013 | 11.9 |
| Zusammen A-C | 3 902 | 3 030 | 41 024 | 47 956 | 3 739 | 86.4 |

[1]) „Gelsenkirchen“ a. a. O. S. 209.

| Berufsabteilung | Gesamtzahl der Selbständigen | Gesamtzahl der Angestellten | Gesamtzahl der Arbeiter | Zusammen | Darunter weiblich | In % der Gesamtzahl |
|---|---|---|---|---|---|---|
| D. Häusliche Dienste, auch Lohnarbeit wechselnder Art . . . . . | | | | 666 | 594 | 1,3 |
| E. Oeffentlicher Dienst, freie Berufsarten . . . | | | | 1 943 | 546 | 3,4 |
| Zusammen A-E | 3 902 | 3 030 | 41 024 | 50 565 | 4 879 | 91,1 |
| F. Ohne Beruf und Berufsangabe . . . . . | | | | 4 987 | 2 771 | 8,9 |
| Zusammen A-F | 3 902 | 3 030 | 41 024 | 55 522 | 7 650 | 100,0 |

Statistik 1925.

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| A. Landwirtschaft . . . | 79 | 39 | 486 | 604 | 158 | 0,7 |
| B. Industrie . . . . . | 2 348 | 5 101 | 51 516 | 58 965 | — | 64,8 |
| C. Handel . . . . . | 2 976 | 5 727 | 4 257 | 12 960 | — | 14,2 |
| Zusammen A-C | 5 403 | 10 867 | 56 259 | 72 529 | — | 79,7 |
| D. Häusliche Dienste, auch Lohnarbeit wechselnder Art . . . . . | 29 | 265 | 5 658 | 5 952 | — | 6,6 |
| E. Oeffentlicher Dienst, freie Berufsarten . . . | — | — | — | 4 799 | — | 5,2 |
| Zusammen A-E | — | — | — | 83 280 | — | 91,5 |
| F. Ohne Beruf und Berufsangabe . . . . . | — | — | — | 7 743 | — | 8,5 |
| Zusammen A-F | — | — | — | 91 023 | — | 100,0 |

Zu einem Vergleich dieser Statistiken muß vorausgeschickt werden, daß von 1907—1925 die Bevölkerung sich um ca. 33

Prozent vermehrt hat (besonders durch die Eingemeindung von Rotthausen). Es ist deshalb schwer, ein absolutes Bild über die Berufszusammensetzung und ihren Zuwachs zu gewinnen. Der Rückgang in der Industrie von 73,4 Prozent (1907) auf 64,8 Prozent (1925) hat seine Ursachen in der erschwerten Umbildung der Nachkriegs- und Inflationszeit, die einen Abbau der industriellen Arbeitskräfte im Gefolge hatte. Die Verstärkung der Mittelschicht liegt aber ersichtlich in der Zunahme zum „Handel", in den viele von der Industrie Abgebaute in Angestelltenverhältnisse, bezw. selbständige Gewerbe übergingen, 1907 = 11,9 Prozent, 1925 = 14,2 Prozent. Ebenfalls verstärkte die Mittelschicht die in der Statistik mit „Oeffentlichen Dienst, freie Berufsarten" Verzeichneten, die 1907 3,4 Prozent der Gesamtzahl betrugen, dagegen 1925 5,3 Prozent.

Auch auf die Entwicklung des Schulwesens blieb das Fehlen einer Mittelschicht nicht ohne Einfluß. Vor allem ist es bemerkenswert, daß in einem solchen Industriezentrum wie Gelsenkirchen das mittlere Fachschulwesen völlig fehlt, z. B. Maschinenbauschule, Technikum. Ferner ist erst 1926 eine städtische Mittelschule gegründet worden; erst mit dem Aufkommen einer Mittelschicht in der jüngsten Zeit konnte auch das Bedürfnis einer Mittelschule in Erscheinung treten, das dann auch von der Stadt in vorbildlicher Weise befriedigt worden ist, sowie auch die Gründung einer Wirtschaftsaufbauschule geplant ist.

### 6. Die Mischmundart.

Bei dem beständigen Zustrom von Arbeitern von auswärts und der geringen Seßhaftigkeit konnte sich in Gelsenkirchen keine bodenständige Mundart entwickeln, auch deshalb nicht, weil Gelsenkirchen auf der Grenze des niedersächsischen und niederfränkischen Sprachgebietes liegt und deshalb für eine Mischmundart günstigen Boden bot. So aber entstand durch das Zusammenströmen von Arbeitern aus den verschiedensten Landesteilen und zu einem geringen Teile auch aus dem Auslande eine Mischmundart. Es ist ohne weiteres klar, daß eine solche Mischmundart die Arbeit der Schule außerordentlich erschwert, und zwar ist dieses umso mehr der Fall, als diese Mischmundart im allgemeinen umso stärkeren Veränderungen unterworfen ist, je intensiver die Fluktuation der Bevölkerung ist, andererseits aber auch feste Züge z. B. durch den Einfluß

der polnischen Syntax angenommen hat. — Der Lehrplan für die 4 oberen Jahrgänge der katholischen Volksschulen[1]) nennt die Mischmundart „charakterlos". Diese Bezeichnung ist durchaus zutreffend, da sich infolge der beständigen Veränderungen kein bestimmter Charakter ausprägen kann. Mit der heute im Zunehmen begriffenen Seßhaftigkeit wird auch die Mischmundart wahrscheinlich einen immer mehr festen und ausgeprägten Charakter annehmen und in eine Art bodenständiger Mundart übergehen. Die heutige Mischmundart der Schulkinder wird in dem genannten Lehrplan wie folgt charakterisiert: „Diese Mischmundart ist gekennzeichnet durch Hastigkeit des Vortrages, Wortarmut bei unnötigem Wortschwall, Neigung zu schlagwortartigen Redensarten, Abgegriffenheit aller Formen (z. B. Fehlen des Geschlechtswortes), insbesondere gänzliches Fehlen des Gefühls für Fallbezeichnungen, Neigung zu neuen verderbten Wortformen, reiche Anwendung von Ausdrücken aus der Berufs- und Gaunersprache und der Sprache fremdstämmiger Bewohner des Gebietes". Weiterhin ist es außerordentlich interessant, daß nach der Angabe von Schulrat Winkel in drei Volksschulklassen seines Bezirkes nur 1 Kind zu Hause die Mundart der hiesigen Gegend, also westfälisch sprach. — Nach der schulstatistischen Erhebung vom 25. 11. 1921 waren in den Gelsenkirchener Volksschulen 326 Kinder ausländischer Eltern eingeschult, die aus 245 Familien stammten. Die Nationalität dieser Kinder zeigt folgende Tabelle:

**Zahl der in den Volksschulen eingeschulten Kinder ausländischer Eltern.**

| Schulen nach Konfessionen | Deutsch-Oesterreicher | | Polnisch-Oesterreicher | | Polen | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | Familien | Kinder | Familien | Kinder | Famil. | Kinder |
| Katholische . . | 48 | 49 | — | — | 126 | 149 |
| Evangelische . . | 3 | 5 | — | — | 4 | 8 |
| Israelitische . . | 10 | 20 | 14 | 37 | 4 | 8 |
| Zusammen | 61 | 74 | 14 | 37 | 134 | 165 |

[1]) Gelsenkirchen 1925 (ungedruckt). Herausg. Stadtschulrat Winkel.

| Ungarn | | Holländer | | Schweizer | | Ukrainer | | Russen | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Famil. | Kinder | Famil. | Kinder | Famil. | Kinder | Famil. | Kinder | Famil. | Kinder |
| 14 | 15 | 8 | 11 | 2 | 3 | — | — | 1 | 1 |
| 3 | 5 | 4 | 7 | — | — | — | — | 1 | 1 |
| — | — | 3 | 5 | — | — | 1 | 1 | — | — |
| 17 | 20 | 15 | 23 | 2 | 3 | 1 | 1 | 2 | 2 |

Von 1905 bis 1926 sind folgende Ausländer eingebürgert:

| | | | |
|---|---|---|---|
| aus Nordamerika | 5 | aus Italien | 63 |
| Belgien | 33 | Jugoslavien | 62 |
| Danzig | 69 | Lettland | 5 |
| England | 32 | Oesterreich | 462 |
| Holland | 313 | Polen | 1052 |
| Rumänien | 1 | Rußland | 85 |
| Schweiz | 12 | Schweden | 9 |
| Heimatlose | 210 | Ungarn | 52 |

Auch nach dem Kriege hat der Zustrom aus den verschiedenen Ländern sich nicht verringert, so habe ich festgestellt, daß

| | 1925 | 1926 |
|---|---|---|
| Polen | 878 | 748 |
| Tschechoslowaken | 269 | 260 |
| Holländer | 686 | 688 |

das Hauptkontingent der fremdländischen Bevölkerung darstellen. Bei den fremdstämmigen Familien ist das Sprachgut der Kinder wohl am stärksten mit mischmundartlichen Elementen durchsetzt. Diese Kinder, die zu Hause sehr häufig eine andere, fremde Sprache, nämlich ihre Muttersprache, oder auch bereits eine Mischsprache sprechen, hören in der Schule die deutsche Sprache. So ist es natürlich, daß sie beide Sprachen durcheinandermischen und auch die im Lehrplan erwähnten „neuen verderbten Wortformen" bilden. Die auf diese Weise entstehende Mischsprache bleibt aber nicht auf die fremdstämmigen Schüler beschränkt, sondern steckt auch die deutsch-

sprachigen Mitschüler in mehr oder minder intensiver Weise an und durchsetzt auch ihr Sprachgut mit fremden und verderbten Elementen. Dies wird noch verstärkt durch die Mischsprache, die diese Schüler auch von Erwachsenen hören, denn diese Fehler haben weiteste Verbreitung in der Bevölkerung gefunden. Aber auch die Zuwanderung von deutschen Elementen aus den verschiedensten Teilen Deutschlands trägt zur Herausbildung einer Mischmundart bei. Viele dieser zugewanderten Arbeiter sprechen kein Hochdeutsch, sondern die Mundart ihres Landesteiles, und diese bringen sie nach Gelsenkirchen mit und sprechen sie in ihren Familien weiter. Natürlich werden nicht alle Arbeiter ihre Mundart konservieren, sondern vielleicht auch zu einer Mischmundart übergehen oder zum Hochdeutschen. Der bereits erwähnte Lehrplan der Gelsenkirchener Volksschule berichtet von einer schulstatistischen Erhebung, nach welcher von 346 Knaben und Mädchen der vier oberen Jahrgänge einer Volksschule nur 6 = 1,73 Prozent „Plattdeutsch" sprachen, 56 Kinder = 16,18 Prozent entstammten einer Familie, in der Vater und Mutter untereinander plattdeutsch, die Kinder „hochdeutsch", d. h. „Straßendeutsch" sprachen. Bei fast einem Fünftel der Kinder hätten also die Erziehungsberechtigten ihre Mundart noch beibehalten. Für den Charakter der Mischsprache ist es vielleicht noch interessant, aus welchen Teilen Deutschlands in erster Linie der Zuzug der Arbeiter nach Gelsenkirchen erfolgte. Bei den Volkszählungen ist in Gelsenkirchen eine Frage nach der Herkunft mit aufgenommen, sodaß sich aus diesem Material Aufschluß über diese Frage gewinnen läßt. Zurhorst[1]) schreibt, daß der Zuzug hauptsächlich aus dem Westen und Osten erfolgte, während Zuwanderungen aus dem Norden und Süden Deutschlands äußerst selten gewesen sind. In den ersten Jahrzehnten des Aufblühens des Kohlenbergbaues erfolgte die Zuwanderung in erster Linie aus der näheren Umgebung, Westfalen, Rheinland, Hessen-Nassau. In den 80er Jahren setzte dann ein starker Zustrom von Arbeitskräften besonders aus den östlichen Landesteilen, namentlich aus Ost- und Westpreußen, ein, während der Zuzug aus Polen sich mehr nach Hamborn, Oberhausen, Wanne und Bochum ergoß. Johann Viktor Bredt[2]) gibt aus dem Buche des „Alldeutschen Ver-

[1]) a. a. O. S. 206.
[2]) „Die Polenfrage im Ruhrkohlengebiet". Eine wirtschaftspolitische Studie, Leipzig 1909.

bandes" „die Polenfrage im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbezirk" (München 1901) diejenigen Zechen an, auf denen im Jahre 1900 über 50 Prozent der Belegschaft polnischen Ursprunges waren: Pluto (74,7 Prozent), Unser Fritz (54,6 Proz.), Consolidation (55,3 Prozent), Hibernia (50,1 Prozent), Wilhelmine Viktoria (52,2 Prozent). Nach Bredt gaben die Polen selbst im ‚Wiarus' vom 26. Mai 1908 ihre Stärke für Westfalen wie folgt an: Im Jahre 1906 wurden gezählt 229 697, davon in den Kreisen Bochum 33 293, Dortmund 40 515, Gelsenkirchen 72 011, Recklinghausen 63 901. In einigen dieser Gemeinden zählten die Polen mehr als ein Drittel der Bevölkerung. Nun gehören aber oben genannte Zechen zum größten Teile dem früher bestehenden Landkreise Gelsenkirchen an, in dem nach der Statistik des preußischen Landesamtes vom 1. Dezember 1905 in Wattenscheid, Recklinghausen, Holsterhausen und Wanne mehr als 10—25 v. H. der Bevölkerung polnische Muttersprache besaßen. In der Zeitschrift des Pr. Stat. Landesamtes[1]) sind gezählt worden (ohne Berücksichtigung von Masuren und Kassuben):

Polen:

| | Ueberhaupt | | | Vom Tausend der Gesamtbevölkerung | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | 1890 | 1900 | 1905 | 1890 | 1905 | 1905 |
| Gelsenkirchen Stadt | 1930 | 1 880 | 13 889 | 68,79 | 50,90 | 94,48 |
| Gelsenkirchen Land | 7046 | 24 542 | 16 923 | 70,97 | 130,52 | 140,96 |

Dazu kommen die polnisch- und deutschsprechende Bevölkerung, deren Zahl für 1905 ist:

Gelsenkirchen-Stadt 738 (5,31 v. H.) der Polnischsprechenden,

Gelsenkirchen-Land 1411 (8,34 v. H.) der Polnischsprechenden.

Ebenfalls stellt die Pr. Statistik Erhebungen an, die eine außerordentliche Zunahme des Polentums besonders für den Westen Deutschlands zeigen.

[1]) 48. Jahrgang 1908, S. 256.

In Westfalen:

| | | |
|---|---|---|
| Nur polnisch sprechende Kinder . . | 1901: | 4 571 |
| | 1911: | 20 432 |
| polnisch und deutsch sprechende Kinder | 1901: | 8 593 |
| | 1911: | 22 657 |

Die Gesamtzahlen der nur polnisch und der polnisch und deutsch sprechenden Kinder sind von großer Bedeutung für den Unterricht, da auch die letzteren die Sprachschwierigkeiten durchaus nicht vermindern. Bredt erwähnte schon, daß sich die Zahl dieser fremd- und mischsprachlichen Kinder in den Industriestädten häuft. Auch für Gelsenkirchen zeigt sich das in folgender Tabelle:

Gelsenkirchen-Stadt.

| | Nur polnisch spr. Kinder in % | Deutsch und polnisch spr. Kinder in % |
|---|---|---|
| 1896 | 1,16 | 5,39 |
| 1901 | 1,04 | 5,19 |
| 1911 | 1,42 | 11,78 |

Gelsenkirchen-Land.

| | | |
|---|---|---|
| 1896 | 0,79 | 7,19 |
| 1901 | 3,57 | 9,74 |
| 1911 | 7,86 | 11,71 |

Leider ist in der Statistik von 1921 keine Angabe mehr über dieses Gebiet zu finden. Es hat dieses wohl seine Ursachen darin, daß es 1. überaus schwer ist, eine Definition des Begriffes „Polen" zu geben, wie auch Bredt[1]) mit Recht darauf hingewiesen hat, daß vielleicht jeder Versuch einer genauen statistischen Erfassung des polnischen Elementes im Ruhrkohlengebiet von vornherein an dem Mangel einer genauen Bestimmung des Begriffes „polnisch" kranken muß. 2. Es werden die aus den jetzt abgetretenen Gebieten, Westpreußens, Posens und Oberschlesiens Gebürtigen unter den Zugezogenen als Polen schlechthin nicht bezeichnet werden können. 3. zeigt die Tabelle auf S. 36, daß eine große Anzahl von Polen in Deutschland eingebürgert worden sind, 4. muß bei dieser Frage betont werden, daß die Masuren keineswegs

[1]) a. a. O. S. 10.

unter den Begriff „Polen" fallen. Schon 1905 hielt Broesike[1]) die Vereinigung der Polen mit den Masuren politisch für anfechtbar, „nur aus sprachlichen Gründen für gerechtfertigt". Dieser ostpreußische Volksstamm spricht heute nur noch in der dritten Generation das Masuren-Polnisch und hat bei der Abstimmung vom 11. Juli 1920 sein Deutschtum bezeugt. Nach dem Verwaltungsbericht der Stadt Gelsenkirchen vom Jahre 1920 betrug die Zahl der Abstimmungsberechtigten für Ost- und Westpreußen 15 300, derjenigen für Oberschlesien rund 800. Von diesen sind ca. 13 000 zur Ausübung der Abstimmung in die betreffenden Gebiete gereist.

[1]) Die Polen im westl. Preußen, 1905, a. a. O. S. 251.

# II. Teil

## Die Entwicklung des Bildungswesens.

### Volksschulen.

Die starke industrielle Entwicklung Westfalens und die dadurch verursachte Bevölkerungszunahme läßt Westfalen auch führend in der Organisation seiner Volksschulen auftreten. Nach der letzten Angabe des preuß. stat. Amtes von 1921 hat Westfalen die geringste Zahl Gemeindeeinheiten ohne Schulen (10 Prozent) und von ganz Preußen den höchsten Anteil von Gemeinden mit mehr als 3 und mehr Schulen (19 Prozent). (Rheinland 9,7 Prozent, Ostpreußen 0,3 Prozent.) Ferner sind besonders in Westfalen die Eigenschulverbände mit mehr als 25 Schulen zahlreich vorhanden, nämlich 4,7 Prozent gegenüber dem Staatsdurchschnitt von 2,8 Prozent, und auch die Gesamtschulverbände betragen 6,02 Prozent aller Gesamtschulverbände, bei einem Staatsdurchschnitt von 0,42 Prozent.

Diese schulorganisatorische Entwicklung findet wiederum eine ganz besondere Verdeutlichung in einem Zentrum der Industrie, in Gelsenkirchen. Im Jahre 1860 war ein Bestand von erst 3 Schulklassen vorhanden, 1867 weist der Bericht der Schulinspektoren an die Regierung bereits 45 Klassen auf mit ebensovielen Lehrern und 3 988 Kindern in 14 Schulsystemen, von denen 8 vierstufige waren. Die folgenden Jahre haben durch rasch aufsteigende Schülerzahlen, wie wir gezeigt haben, ein weiteres schnelles Wachstum der Schulen zur Folge. Das charakteristischste Merkmal für das Schulwesen bis zu seiner Uebernahme durch die großstädtische Verwaltung im Jahre 1903 war die Uneinheitlichkeit äußerlicher und innerlicher Art. Diese Unausgeglichenheit hatte ihre Ursache in der Verschiedenartigkeit der Träger der Volksschulen. Alt-Gelsenkirchen hatte Sozietätsschulen, die Aemter Schalke, Braubauerschaft, Ueckendorf: Amtsschulen. Jene, gekennzeichnet durch sparsamste Wirtschaft, konnten auch nach der baulichen Seite hin nur notdürftig den Anforderungen genügen — diese, finanziell von den Aemtern erhalten, schritten schneller zu den notwendigen Neu- und Umbauten. Die Verwaltungsberichte aus den 90er Jahren bringen regelmäßig eine Darstellung des Etats der Schulsozietäten, die, obgleich privatwirtschaftlichen Charakters, einen städtischen Zuschuß von 21 Mark pro Schüler erhielten. Diese Etats zeigen eine starke wirtschaftliche Inanspruchnahme der Erziehungsberechtigten durch die Sozietätsschulen. Der aus den Familienvätern der evang., kath. und israel. Gemeinden gebildete Schulvorstand erhob Zuschläge zu den Steuern in Höhe von 12 Prozent zur Grund- und Gebäudesteuer und 33½ Prozent, 40 oder 50 Prozent zur Einkommensteuer. Der Gesamtaufwand zeigt sich im Jahre 1900 für die evangelische Schulsozietät an Schulsteuern mit 40 353 Mark, für die kath. Schulsozietät mit 53 605 Mark, für die israel. Schulsozietät mit 6350 Mark (außer der Einnahme an jährlichen Schulgeldern in der geringen Höhe von jährlich ca. 3 000 Mark). Als 1903 sich die Großstadt bildete, war die Lage nach Weitzmann[1]) folgendermaßen: In Alt-Gelsenkirchen gab es 3 Schulvorstände (evang., kath. und israel.) und 1 Stadtversammlung; in den 3 Aemtern 3 evangelische Schulvorstände,

[1]) „Gelsenkirchen", a. a. O. S. 118—119.

3 katholische Schulvorstände und 3 Repräsentantenversammlungen. Also 13 Instanzen vertraten die 3 Schulsozietäten und die 6 Kommunalschulgemeinden! Das war natürlich ein unhaltbarer Zustand, nachdem die Vereinigung der Gemeinden zur Großstadt erfolgt war. Ganz abgesehen von der Unbequemlichkeit und der ganz komplizierten Verwaltung, stellten sich bald folgende Hauptmängel heraus: 1. Die Stadtversammlung mußte das Defizit der Schulgemeinden decken, hatte aber keine Einwirkung auf deren Beschlüsse; 2. Versetzungen von Lehrern innerhalb der Großstadt, die aus praktischen oder dienstlichen Gründen sich als notwendig erwiesen, konnten nicht durchgeführt werden. Es setzten daher bald die Bemühungen ein, hier Wandel zu schaffen. Aber das gelang erst nach langwierigen Verhandlungen. Die größte Schwierigkeit lag auf religiösem Gebiet. Die Schulsozietäten in Alt-Gelsenkirchen befürchteten, daß bei einer Aenderung der konfessionelle Charakter der Schule gefährdet sei. Es galt also einen Weg zu finden, um diesen sicher zu stellen. Endlich kam unter Mitwirkung von Vertretern der Schulabteilung der Regierung in Arnsberg eine Einigung auf folgender Grundlage zustande: Es werden 3 konfessionelle Gesamtschulvorstände (evang., kath., israel.) für die ganze Großstadt geschaffen, und neben ihnen steht als einzige Repräsentantenversammlung das Stadtverordnetenkollegium. Damit wurden also die Schulen der Großstadt übereinstimmend Anstalten der politischen Gemeinden, aber konfessionell getrennt. — Fast zwei Jahre dauerten diese Verhandlungen: Am 1. Juli 1905 sollten sie fertig sein, da kam ein unerwartetes Hindernis dazwischen. Mit der katholischen Volksschule war eine zweiklassige Mädchenmittelschule o r g a n i s c h verbunden. Die damals vorhandene Töchterschulfrage mußte also erst erledigt sein, ehe die Neuordnung praktisch werden konnte. Als auch diese Klippe glücklich umschifft war, konnte am 1. April 1906 die neue Schulverfassung ins Leben treten. Ein langes Leben hat sie freilich nicht gehabt. Das Preußische Volksschulunterhaltungsgesetz vom 28. Juli 1906 brachte sehr bald eine Aenderung: An Stelle der 3 Gesamtschulvorstände trat nun eine einheitliche Schuldeputation. Doch mußten auch hier erst noch manche Widerstände gebrochen und örtliche Differenzen aus dem Wege geräumt werden. Am 2. März 1909 konnte endlich die erste Sitzung der Schuldeputation stattfinden."

**Schulen-, Klassen-, Lehrermangel und seine Behebung.**

Damit hatten die Schulverfassungsschwierigkeiten ihr Ende gefunden. Doch waren andere nicht so schnell zu beheben, nämlich der Schulen-, Klassen-, Lehrermangel. Die städtische Verwaltung setzte ihre ganze Kraft ein, dieser Schwierigkeiten Herr zu werden. Durch eine großzügige Schulbaupolitik suchte die Stadt ihren Schülern die Bauten zu schaffen, die für eine förderliche pädagogische Arbeit von fundamentaler Bedeutung sind. Bestanden in den angegebenen Gemeinden bisher nur 4—8klassige Schulgebäude, die durchschnittlich 3000 Mark Baukosten pro Klasse erforderten, so wurden jetzt 16—32 Klassensysteme mit einem Finanzaufwand von ca. 12 000 Mark pro Klasse geschaffen. So wurde von weitsichtigen Kommunalpolitikern die Raumfrage in geradezu vorbildlicher Weise gelöst und damit der wirtschaftliche Nutzen aus dem industriellen Schaffen der Stadt wieder in einen geistigen umgestaltet. In dem kurzen Zeitraum von 1903 bis zu Kriegsbeginn sind Volksschulhaus-Neubauten mit 268 Klassen für 3,4 Millionen Mark errichtet worden. Dazu treten die baulichen Unterhaltungskosten von ca. 50 000 Mark jährlich. Ich komme bei dem Kapitel über die Finanzierung des gesamten städtischen Schulwesens noch ausführlich auf diese Frage zurück. — Auf die Ueberfüllung der Klassen in jenen Jahren habe ich bereits im I. Teil hingewiesen. Denn die Neubau-Politik konnte selbstverständlich mit dem Schülerandrang nicht Schritt halten. Hinzu kam noch ein starker Lehrermangel. Deshalb blieb die Durchschnittsbesetzung der Klassen hinter den absoluten Zahlen der nachfolgenden Tabelle weit zurück, da die Klassen zeitweise zusammengelegt werden mußten. Es waren nicht nur für viele Schulen keine Lehrer zu beschaffen, Gelsenkirchen hatte zudem in jenen Jahren auch unter einem großen Wechsel der Lehrer zu leiden. Veranlassung dafür mag in erster Linie die enorme Klassenüberfüllung gewesen sein, ferner die methodischen Schwierigkeiten durch die polnischen und mischmundartigen Kinder, auch können die dem Stadtbilde durch die Industrialisierung verlorengegangenen Naturschönheiten mitbestimmend gewesen sein.

Diese Momente spielen eine außerordentliche Rolle nicht nur in der städtischen Verwaltung, sondern sie stehen auch im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Der Lehrer-

mangel fand auch eine weitgehende Erörterung in Lehrerkreisen. So erschien eine Denkschrift des Lehrervereins vom 3. III. 07. Sie betont, daß die neue Festsetzung von 70 Kindern pro Klasse für Ostern 1907 eine Ursache für den Weggang der Kollegen ist. Eine Notiz aus demselben Vereinsblatt [1]) besagt: „Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Beibehaltung einer so hohen Klassenfrequenz, wie sie wohl sonst in keiner einzigen Groß-, Mittel- oder auch nur Kleinstadt im lieben teuren Vaterland besteht, immer mehr Lehrer veranlassen wird, sich von Gelsenkirchen wegzumelden nach Orten, wo günstigere Arbeitsbedingungen vorhanden sind. Und die „Lehrerflucht" aus Gelsenkirchen hat jetzt schon ganz bedenkliche Dimensionen angenommen". So berichtet dieselbe Zeitschrift monatlich über eine Fülle von Versetzungen und hebt einmal den Wegzug von 4 Lehrern aus Lübeck hervor, die nach einhalbjähriger Tätigkeit in Gelsenkirchen wieder dorthin zurückgekehrt sind. Ferner schreibt der verdienstvolle Organisator des Lehrervereins, Grasreiner [2]): „Der chronische Lehrermangel macht sich in unserer Stadt immer noch fühlbar", und er berichtet von der Ueberlastung des Kollegiums an fast jeder Schule, was wiederum zu Krankheitsurlaub führt und naturgemäß die erstrebten Unterrichtserfolge noch weiter in Frage stellt. Zu der Fluktuation innerhalb der Bevölkerung, zu dem häufigen Wechsel der Schüler, der seine schweren Schatten in das Schulleben wirft, kommt also zur Erhöhung der Unruhe und Unstetigkeit noch ein ähnlich häufiger Wechsel der Lehrer hinzu.

Von pädagogischer Bedeutung ist auch die Frage nach der Herkunft der Lehrer. Nur zu einem geringen Teile ist es möglich gewesen, den Nachwuchs aus dem Industriegebiet oder Westfalen zu nehmen. Gerade die Psyche des Industriekindes fordert ein besonderes Einstellungsvermögen auf seine Besonderheiten, das vielleicht am ehesten bei Lehrern zu finden ist, die in diesem Gebiete selbst ihre Jugend verbracht haben und schon der Herkunft nach mit dem speziellen häuslichen Milieu der Schüler vertraut sind. Eine statistische Erhebung vom 25. XI. 21 zeigt, welchen Schichten die Gelsenkirchener Lehrpersonen entstammen.

[1]) a. a. O., 1. Jahrg., 1908, Nr. 5, S. 44.
[2]) a. a. O., 1. Jahrg., 1908, Nr. 8, S. 76.

| | |
|---|---|
| Handwerk . . . . . | 120 |
| Gewerbe . . . . . | 88 |
| Landwirtschaft . . . . | 91 |
| Bergbau und Industrie (darunter von 29 Bergleuten und 15 Fabrikarbeitern) | 142 |
| Freie Berufe . . . . . | 140 |
| Sonstige Berufe . . . . | 122 |
| | 703 |

Es ist für die Volksschule außerordentlich günstig, wenn ihr aus Bergbau- und Industriekreisen eine Lehrerschaft erwächst, die ihre häuslichen und wirtschaftlichen Interessen und Schwierigkeiten aus eigenem Erleben kennt.

Wenn auch die Personalabbau-Verordnung nicht auf die besetzten Gebiete in Anwendung kommen sollte, so war durch den Geburtenrückgang, der für das Volksschulwesen Gelsenkirchens eine starke Einschränkung brachte, ein natürlicher Abbau in den Volksschulen gegeben, d. h. durch Tod oder Versetzung. Es ruhten an den Normalschulen:

ab 1. 4. 1924 = 5 Stellen
1. 4. 1925 = 38 „
1. 4. 1926 = 68 „
1. 4. 1927 = 75 „

(und 2 Stellen sind aufgehoben).

Weitzmann[1]) bedauert mit Recht, daß die im Jahre 1925 so günstige Klassenziffer von 40 Schülern durch Klasseneinschränkungen hat heraufgesetzt werden müssen. Die Ursachen dafür sind in der finanziellen Lage der Stadt zu suchen, die jetzt nicht mehr in so kräftigem Maße dem Volksschulwesen finanzielle Unterstützungen zukommen lassen kann, sondern — durch gesetzliche Regelungen verpflichtet — z. B. für die Wohlfahrtseinrichtungen der Stadt 31,2 Prozent ihres Finanzbedarfes gegenüber 5.6 Prozent im Jahre 1913 aufwenden muß.

[1]) a. a. O. S. 125.

**Uebersicht über die Entwicklung des Volksschulwesens in den Jahren 1903—1928.**

| Jahr | Schul-systeme | Normal-klassen | Knaben | Mädchen | Zusammen | Durch-schnitts-klassen-besetzung |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1903 | 47 | 391 | 12 823 | 12 739 | 25 562 | 65,3 |
| 1904 | 48 | 414 | 13 472 | 13 521 | 26 993 | 65,2 |
| 1905 | 50 | 443 | 13 879 | 14 084 | 27 963 | 63,1 |
| 1906 | 52 | 466 | 14 340 | 14 327 | 28 667 | 61,5 |
| 1907 | 52 | 494 | 14 624 | 14 685 | 29 309 | 59,3 |
| 1908 | 52 | 517 | 15 920 | 15 693 | 31 613 | 61,1 |
| 1909 | 52 | 543 | 16 572 | 16 510 | 33 082 | 60,9 |
| 1910 | 52 | 567 | 17 099 | 16 796 | 33 895 | 59,8 |
| 1911 | 52 | 568 | 17 306 | 17 169 | 34 475 | 60,7 |
| 1912 | 52 | 592 | 17 608 | 17 366 | 34 974 | 59,1 |
| 1913 | 52 | 594 | 17 831 | 17 610 | 35 441 | 59,6 |
| 1914 | 52 | 607 | 17 511 | 17 308 | 34 819 | 57,3 |
| 1915 | 52 | 607 | 14 805 | 17 616 | 35 421 | 58,3 |
| 1916 | 52 | 607 | 17 955 | 17 967 | 35 922 | 59,1 |
| 1917 | 52 | 608 | 16 662 | 16 702 | 33 265 | 54,7 |
| 1918 | 52 | 608 | 16 620 | 16 742 | 33 062 | 54,4 |
| 1919 | 52 | 608 | 16 572 | 15 758 | 32 330 | 53,1 |
| 1920 | 52 | 632 | 15 770 | 16 295 | 32 065 | 50,7 |
| 1921 | 62 | 639 | 15 619 | 15 950 | 31 569 | 49,4 |
| 1922 | 62 | 640 | 15 527 | 15 623 | 31 150 | 48,6 |
| 1923 | 63 | 644 | 14 421 | 14 363 | 28 784 | 44,6 |
| 1924 | 74 | 748 | 16 456 | 16 585 | 33 041 | 44,6 |
| 1925 | 74 | 697 | 14 035 | 14 196 | 28 231 | 40,5 |
| 1926 | 72 | 661 | 13 896 | 14 070 | 27 966 | 42,3 |
| 1927 | 70 | 649 | 14 154 | 14 070 | 28 224 | 43,5 |
| 1928 | 68 | 639 | 13 911 | 13 722 | 27 633 | 43,2 |

| Jahr | Schulstellen für Normalklassen | Lehrer | Lehrerinnen |
|---|---|---|---|
| 1903 | 401 | 232 | 163 |
| 1904 | 429 | 254 | 175 |
| 1905 | 449 | 267 | 182 |
| 1906 | 477 | 280 | 197 |
| 1907 | 500 | 300 | 200 |
| 1908 | 507 | 305 | 202 |
| 1909 | 527 | 317 | 210 |
| 1910 | 556 | 329 | 227 |
| 1911 | 567 | 334 | 233 |
| 1912 | 584 | 343 | 241 |
| 1913 | 602 | 352 | 250 |
| 1914 | 612 | 357 | 255 |
| 1915 | 614 | 359 | 255 |
| 1916 | 614 | 359 | 255 |
| 1917 | 614 | 359 | 255 |
| 1918 | 609 | 354 | 255 |
| 1919 | 609 | 354 | 255 |
| 1920 | 632 | 373 | 259 |
| 1921 | 628 | 377 | 261 |
| 1922 | 628 | 377 | 261 |
| 1923 | 633 | 372 | 306 |
| 1924 | 734 | 428 | 289 |
| 1925 | 701 | 412 | 268 |
| 1926 | 604 | 396 | 268 |
| 1927 | 658 | 389 | 269 |
| 1928 | 651 | 385 | 266 |

**Störungen im Schulleben der Kriegs- und Nachkriegszeit.**

Die soeben kurz dargestellte Entwicklung des Volksschulwesens, die nach Ueberwindung des Raummangels noch immer durch einen Lehrermangel gehemmt war, wurde jäh durch

den Weltkrieg unterbrochen. Die schweren pädagogischen Schädigungen dieser Jahre sind, wie Weitzmann[1]) sagt: „Lehrermangel, geringe unterrichtliche und leider noch mehr erziehliche Beeinflussung der Jugend, Schädigung der körperlichen Entwicklung, waren in allen Städten dieselben." — Auch die Volksschullehrerschaft spannte im Kriege alle Kräfte an, die Volksbildung nicht zu gefährden, was allgemeine Anerkennung fand. Dem Industriegebiet erwuchsen besondere Ernährungsschwierigkeiten — durch den Mangel an landwirtschaftlicher Umgebung — die aber auch andererseits durch Mehrabgabe an die Arbeiterschaft in Bergbau und Heeresindustrie z. T. behoben wurden. Als nach Zeiten starker politischer Spannungen und Unruhen der Jahre 1918—1920 eine relativ ruhigere Zeit gekommen schien, erlitt das Schulwesen einen schweren Schlag durch den Ruhreinfall und die zweijährige Besetzung. Die Franzosen besetzten zwölf Schulen mit 110 Klassenräumen. Dieser Zustand war für den Unterricht äußerst störend. Die planmäßige Stundenzahl mußte erheblich herabgesetzt werden. Die Besetzung vieler Gebäude machte eine Verlegung zahlreicher Klassen in verschiedene Gegenden notwendig. Dadurch wurde der Schulweg vieler Kinder verlängert, und da dazu noch abwechselnd vor- und nachmittags unterrichtet wurde, gingen zahlreiche Kinder in den Familien oft ihres Mittagsessens verlustig. Schulversäumnisse durch Ernährungsmangel, Behinderungen durch schlechte Witterung, weite Wege mehrten sich. Da diese Versäumnisse unverschuldet waren, blieben sie naturgemäß straffrei. Auf die gesundheitlichen Schädigungen jener Zeit werde ich bei dem betreffenden Abschnitt über Schulhygiene zu sprechen haben.

Nachdem das Volksschulwesen der Innenstadt und der Aemter zu einer einheitlichen Bildungsgemeinschaft zusammengeschlossen und den Anforderungen moderner Großstadtschulen entsprechend gestaltet war, konnte man auch zu einem Ausbau der Einrichtungen schreiten, die auf praktisches Können abzielten. So hat Gelsenkirchen vier Schulwerkstätten für Holz- und Papparbeiten und zwei für Metallarbeiten, die, auf einzelne Bezirke verteilt, freiwilligen Schülern Gelegenheit geben, sich Fertigkeiten einfacher Art anzueigenen, die sie in der Familie nutzbringend anwenden können.

---

[1]) a. a. O., „Monographien", S. 123.

Die Handhabung des Unterrichts geschieht nach den ministeriellen Richtlinien für werkstättischen Unterricht.

Der Haushaltungsschulunterricht ist für den letzten Jahrgang der Mädchen in allen Schulen obligatorisch eingeführt und wird nach den durch die Verfügung der Regierung zu Arnsberg vom 10. VIII. 1922 II. 2 Nr. 2293 eingeführten Lehr- und Stoffverteilungsplänen erteilt. Auch die Industrie zeigt für die wirtschaftliche Ausbildung der Mädchen ein besonderes Interesse; während in Röhlinghausen die Kosten für die Beschaffung der Lebensmittel die Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft [1]) trägt, ist der Haushaltungsunterricht in den Gelsenkirchener Volksschulen dem Rahmen des gesamten Unterrichts eingefügt. Der Industrielle Friedrich Vohwinkel bestimmte in seiner Stiftung in Höhe von 200 000 Mark vom 17. III. 1901 an die Stadt, daß die Zinsen u. a. zur „Errichtung und Unterhaltung von Strick-, Näh-, Koch- und Haushaltungsunterricht" benutzt werden sollten. [2]) Es wurde auch 1903 eine Schulküche eingerichtet, ihre Zahl beträgt jetzt 8, in jedem Bezirke eine, und der Haushaltungsunterricht wird durch 16 technische Lehrerinnen gegeben, die dem Volksschullehrerkollegium angehören. Der städtische Etat wies als Ausgabe für 1925 für die Schulküchen, ihre Unterhaltung und die Bedürfnisse des Unterrichts 32 265,19 Mark auf. — Die Vereinigten Stahlwerke, Abteilung Schalker Verein, haben die aus einer Flickschule für Arbeiterkinder von 8—14 Jahren 1902 caritativ gebildete Schule ausgebaut, und sie seit 1906 mit einer Tagesklasse, ab 1914—1921 mit 2 und 3 Klassen zu einer Lehrstätte für schulentlassene Mädchen ihrer Arbeiterschaft ausgestaltet. Diese sogenannte „Hausfrauenschule" mit einem den Berufsschulen angeglichenen Lehrplan vermittelt praktische Ausbildung im Nähen und Anfertigen von Wäsche usw. Die durchschnittliche Besucherzahl ist jährlich 110, die zwei Lehrkräfte, auf freien Tarif angestellt, werden durch das Schulgeld (60, 70, 80 Mark) und durch einen jährlichen Zuschuß der Zeche Rhein-Elbe von 2000 Mark besoldet. Das Gebäude ist von den Vereinigten Stahlwerken gestellt. Auch die Zeche Dahlbusch hat eine Kochschule, genannt „Hermann Stern", in einem allen modernen Anforderungen entsprechendem Gebäude gegründet. Bei dem Interesse

[1]) Fünfzig Jahre Amt Wanne, 1925, S. 113.

[2]) Es wird von der Stadt beabsichtigt, diese Stiftung — wenn die Regierung die Genehmigung gibt, — mit 25 Prozent aufzuwerten.

der Industrie an der wirtschaftlichen Ausbildung der Mädchen geht sie von der Voraussetzung aus, daß die Leistung ihrer Arbeiter auch in hohem Maße von den häuslichen Verhältnissen abhängig ist. Denn der Hauswirtschaftsunterricht soll nicht nur elementare Kenntnisse vom Kochen und von den Hausarbeiten vermitteln, sondern er soll die Mädchen wirtschaftsfreudig machen. Sie werden angeleitet, Haushaltungsbücher zu führen, in denen sie eine Berechnung des Einkommens und seiner Verwendung aufzustellen haben. Weiterhin ist das Wissen um die Nährstoffe, ihres Verbrauches und ihrer Erneuerung von wesentlicher Bedeutung für die Arbeitsleistung des einzelnen. Wenn aber die Industrie so weit geht, alle schulischen Maßnahmen unter dem Gesichtspunkt der Verwertung für ihren späteren Produktionsprozeß zu sehen — wie schon von einer „Bearbeitung des Menschenmaterials" gesprochen wird — so liegt darin eine Ueberspannung des Produktionsgedankens. Es wird hier die Aufgabe der Pädagogik als Wissenschaft sein, die geistigen Grundlagen, Wege und Ziele von Erziehung und Unterricht immer neu aufzuzeigen und der Wirtschaft ihr rechtes Maß zuzuweisen. Je schärfer die Forderungen des Existenzkampfes werden, desto mehr wird der Staat bestrebt sein müssen, von der Schule alle Gruppeninteressen fernzuhalten und durch seine Lehrerschaft in den Schulen aller Art das g e i s t i g e Bildungsgut in den Mittelpunkt der Erziehung zu charaktervollen Persönlichkeiten zu stellen.

**Schulgärten.**

„Die geschichtliche Entwicklung mit ihren großartigen Schöpfungen der Wirtschaft und Technik ist freilich um teuren Preis erkauft, was das Stadtgebiet an Poesie der werktätigen Arbeit gewonnen hat, hat es an landschaftlichem Reiz in leider noch größerem Maße verloren" (v. Wedelstaedt)[1]. Die Geschichte Gelsenkirchens, des Kindes der Großindustrie, zeigt uns, daß das frühere Gelsenkirchen aus 8 eigenen Gemeinden mit selbständigen Verwaltungen bestand. Die Industrie brauchte Raum für Hütten, Zechen, Fabrikanlagen, Wohnungen für die zu Tausenden herbeiströmenden Arbeitskräfte. Man vergaß zuerst in der „Jagd nach dem sachlichen Erfolge", sich um die Anlage von Erholungsstätten zu kümmern. Erst die großstädtische Verwaltung nahm sich auch dieser vernach-

[1]) „Westfalen" von E. Köhrer, Berlin 1925, S. 105.

lässigten Seite des Stadtbildes an, konnte aber eine äußere Einheitlichkeit naturgemäß nicht mehr herstellen, schuf jedoch Parkanlagen und Grünwege, so daß jetzt 190 Morgen Grünfläche in dem Stadtbild vorhanden sind. Weiterhin ist sie nach den Plänen des Stadtbaurats Nandelstaedt bestrebt, in den kommenden Jahren Grünwege als Verbindungsstraßen durch die ganze Stadt anzulegen, um somit für Gesundheit und Erholung der schwerarbeitenden Bevölkerung auch hierdurch Sorge zu tragen. Sehr erschwert werden diese Pläne durch die Abgase der Eisenhütten, noch mehr durch die der chemischen Industrie, die im Norden der Stadt eine Anlage von Grünflächen unmöglich macht. So erwähnt der Verwaltungsbericht der Stadt Gelsenkirchen, daß die Nordstraße eine dreimalige Bepflanzung im Jahre 1900, 1910 und 1920 erfuhr. Er zeigt ferner auf, wie planmäßig die Stadt darauf ausgeht, die Straßen mit Bäumen zu bepflanzen, daß aber jährlich Hunderte von ihnen eingehen. Im Jahre 1919 wurde ein 3500 qm großer „Botanischer Schulgarten" fertiggestellt. „Die Anlage verfolgt den Zweck, Lehrern und Schülern beim botanischen Unterricht das erforderliche Anschauungsmaterial zu liefern und darüber hinaus in der Jugend das Interesse für die Natur und ihre Schönheiten zu wecken und zu erhalten." [1]) Wie notwendig dieses gerade für die Gelsenkirchener Schuljugend ist, ist aus dem Vorangegangenen verständlich. Auf die Bedeutung der Natur für die Entwicklung des Heimatsinnes hat Heinrich Kautz [2]) besonders hingewiesen. — Auch in der Vorkriegszeit suchte die Schule das naturkundliche Interesse zu heben, indem sie Topfpflanzen an die Schüler ausgab und diese dann in einer Ausstellung prämiierte. Zur Zeit bestehen an 14 Volksschulen Schulgärten; sie erfreuen sich einer regen Arbeitsbereitschaft von seiten der Schüler und Elternschaft. — Natorps Forderung auf der Reichsschulkonferenz, daß die neue deutsche Schule eine Schule auf genossenschaftlicher Grundlage sein müsse, versucht besonders Rektor Kenter in seinem Schulgarten zu verwirklichen. Mit einem großen Aufwand von Arbeit schuf er 1919 eine solche Anlage, die von der Schulgartenbewegung in Deutschland als mustergültig anerkannt wird. Während der Inflationszeit erarbeiteten sich die Kinder gemeinschaftlich ca. 4 500 Goldmark. Sie wurden

[1]) Bericht über die Verwaltung der Stadt Gelsenkirchen G. 1921, S. 140.

[2]) Im Schatten der Schlote, Einsiedeln, 1925, S. 215 ff.

in Sachwerten zur Verbesserung der Anlage und in Lehrmitteln angelegt, die an die Kinder unentgeltlich abgegeben wurden. Den Schülern werden Beete zu eigener Bearbeitung zugewiesen, Kosten durch Bepflanzung entstehen ihnen nicht; der Ertrag geht restlos in ihren Besitz über. Ueber die Erträgnisse wird von jedem Schüler Buch geführt und der Marktpreis zugrunde gelegt. — Kenter[1]) sieht mit Recht in der Einstellung des Schulgartens in Erziehung und Unterricht einen bedeutsamen pädagogischen Faktor. Der Gemeinschaftsgedanke erfährt hier seine Verwirklichung. Die stetige Arbeit an einem gemeinschaftlichen Werk läßt die ethischen Begriffe in den Schülern sich entwickeln und sie in die Tat umsetzen. Dem Lehrer gibt die Gartenarbeit ein weites Feld für Beobachtungen, die ihm der Unterricht nicht immer zu schaffen vermag. Daher „müssen werktätige Arbeit und Spiel den Unterricht begleiten". In ganz besonderem Maße wird der Naturkunde-Unterricht Nutzen aus dieser gärtnerischen Betätigung gewinnen, aber auch in dem Rechenunterricht werden die Schüler aus ihrer Gartenarbeit Stoffe zu Berechnungen, Messungen und Schätzungen nehmen können, wie diese „Rechenfälle des Lebens" von den ministeriellen Richtlinien vom 15. 10. 1922 gefordert werden. Im Deutschunterricht wird alles von den Schülern in der Natur Erlebte und Beobachtete seinen sprachlichen Ausdruck zu finden haben. — Der Schulgarten ist ferner eine Brücke zum Elternhaus, und damit auch von besonderem Wert gerade für die Industriebevölkerung. Bei sehr vielen Menschen ist die Heimatliebe ein „Gartenprodukt", und da gerade die Bewohnerschaft Gelsenkirchens den Ortswechsel als Massenerscheinung durchzumachen gezwungen war, ist eine Knüpfung der Erwachsenen an ihren Wohnort eine pädagogische Aufgabe, die zu lösen die Schulgartenbewegung bestrebt ist. Nach der schweren Arbeit in Bergbau und Industrie, dieser starken Anhäufung von Stoffmassen, ist der Arbeiter gern bereit, in der freien Natur zu schaffen und mit den Lehrpersonen über Erziehungsfragen zu sprechen.

### Lehrkino.

Eine Schuleinrichtung besonderer Art bedarf noch der Erwähnung: Das Lehrkino, das Gelsenkirchen als eine der

[1]) Jahresbericht an die Schuldeputation in Gelsenkirchen vom 1. 11. 1921 und 1923.

ersten Städte des Industriegebietes für den Unterricht nutzbar machte. Die Stadt erwarb einen eigenen Vorführungsraum, und es finden regelmäßig Vorführungen von Lehrfilmen statt, zu denen die betreffenden Klassen hingeführt werden. Die Teilnahme ist kostenlos. Ein Lehrer, von seinen Schulpflichten befreit, hat die Leitung dieser städtischen Bilderschau. Der Erfolg des Lehrfilms ist aber nur gewährleistet, wenn alle Lehrpersonen Wert und Wesen des Filmes kennen und für den Unterricht in rechter Weise zu verwerten wissen. Der Bilderschaubund im Ruhrgebiet hat deshalb auch in Gelsenkirchen Kurse zur Ausbildung technischer Leiter von Lichtbild-Veranstaltungen an Schulen und in der Jugendpflege veranstaltet, die ein halbes Jahr (gegen ein Entgelt von 15 Mk.) dauern. Der 4./5. Jahrgang 1927/28 wurde von 62 Herren und Damen besucht. Pädagogische Fachleute auf dem Gebiete der Physik erteilten Unterricht in Optik, Elektrizitätslehre und Filmkunde und hielten praktische Uebungen ab. Stadtschulrat Dr. Weitzmann stellt in den pädagogischen Leitsätzen auch für den Lehrfilm die Grundforderung auf, „nichts an die Schüler heranzubringen, was sie ebenso gut aus sich heraus finden können", und er hebt die Hauptaufgabe heraus: die größte Gefahr des Films — „daß sich die Schüler nur rezeptiv verhalten — zu beseitigen durch eine bewußte Hinführung derselben aus der Passivität zur Aktivität". Nach richtiger Abschätzung von Vorzügen und Mängeln des Filmes wird man ihn nach dem Zweck des Unterrichts, nach dem Wesen des Stoffes, nach der Fassungskraft der Schüler anzuwenden haben. — Diese Einstellung des Filmes in den Unterricht ist mit nicht unerheblichen Kosten verbunden. Der städtische Etat zeigt für das Rechnungsjahr 1925 für die Städtische Bilderschau 20 406,23 Mark an, für das Jahr 1927 16 800 Mark. Die Anschaffung von Epidiaskopen für jede Volksschule zum sofortigen Projizieren von Gegenständen und Bildern wird angestrebt; außerdem stellt die Stadt jährlich ca. 5000 Mk. für fünf Theatervorstellungen, die von den Oberklassen der Schülerschaft besucht werden, wie sie auch z. B. den Schülern höherer Lehranstalten zu den städtischen Konzerten Preisermäßigung gewährt.

Lernmittel. Bei der wirtschaftlich schweren Lage von Staat und Stadt ist leider die Verwirklichung der Lernmittelfreiheit nach § 145 unserer Reichsverfassung nicht möglich. Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat unter dem 7.

5. 1921 erklärt, daß dieser Paragraph erst geltendes Recht wird, wenn ein Ausführungsgesetz dazu ergangen ist. „Bis zu dem Erlaß eines solchen Gesetzes bleibt es in Preußen bei dem bestehenden Rechte, wonach die Beschaffung der notwendigen Lehrmittel eine den Eltern bezw. ihren gesetzlichen Vertretern obliegende Pflicht ist und im Falle des Unvermögens der Eltern die Schulunterhaltungspflichtigen die erforderliche Vorsorge zu treffen haben." — Vom pädagogischen Standpunkte aus wäre die Verwirklichung einer generellen Ausführung allgemeiner Lernmittelfreiheit nicht zu begrüßen. In der Anschaffung und Erhaltung des eigenen Buches liegt ein erzieherisches Moment, das ohne Ursache den Jugendbildnern nicht entzogen werden sollte. Allerdings gilt dies in erster Linie von Büchern, welche das Interesse der Kinder fesseln, an denen sie Freude haben und die ihnen noch über die Schulzeit hinaus von Bedeutung bleiben. Wie die meisten Städte hat auch Gelsenkirchen eine Regelung nach einer Art Schlüsselverfahren vorgenommen. Die Stadt gewährt 0,80 Mark pro Kind und weist jeder Schule nach ihrem Schülerbestande die Summe zu, die sich dann — in concreto — für die wirtschaftlich schwachen Schüler um ein Erhebliches vermehrt. Die Lernmittel werden von der Anstalt gekauft, an die Schüler ausgegeben, bezw. Bücher ausgeliehen. Die Volksschulen sind nach dem Kriege auch mit Lehrmaterial, die neuzeitlichen pädagogischen Anforderungen entsprechen, neu ausgerüstet worden. So weist der Etat 1925 121 246 Mark, 1927 im Ansatz 100 000 Mark auf. Besondere Anschaffungen benötigte der Physik- und Chemieunterricht, der bislang in den Volksschulen, was die Lehrmittel anbetraf, das Stiefkind gewesen war. Zur Befriedigung des laufenden Bedarfes für diesen Unterricht wird jeder Normalschule jährlich 50 Mark zur Deckung überwiesen.

### e) Sammelschulen.

Gab es in Gelsenkirchen bis 1921 neben nur evangelischen und katholischen Volksschulen noch eine dreiklassige israelitische Schule, so brachte die Nachkriegszeit eine neue pädagogische Strömung mit sich; schulorganisatorisch wirkte sie sich dahin aus, daß dieser neue Schultyp alle konfessionslosen Kinder in sogenannten „Sammelklassen für bekenntnisfreie Kinder"

vereinigen wollte. — Aus der Rundfrage der Zentralstelle der Kommunalpolitischen Vereinigung vom Jahre 1925 entnehme ich, daß die Zahl der „Weltlichen" oder „Freien" Schulen (eine amtliche Bezeichnung stand bisher nicht fest) gering ist. Der Anteil dieser Kinder an der Gesamtschülerzahl betrug: Buer 0,83 Prozent, Dortmund 6,06 Prozent, Duisburg 5,4 Prozent, Elberfeld 15,7 Prozent, Essen 4,7 Prozent, Gelsenkirchen 3,8 Prozent, Hagen 8,9 Prozent, Herne 8,2 Prozent, Hörde 9,7 Prozent. — Ueber die Entwicklung dieser Sammelschulen berichtet Weitzmann[1]), daß sie aus den Wünschen derjenigen Eltern entstanden seien, die für ihre Kinder zuerst von dem Ministerialerlaß vom 1. 4. 1919 (Befreiung vom Religions-Unterricht) Gebrauch machten. Sie forderten ferner, daß diese Kinder in gesonderten Schulklassen unterrichtet würden. „Wenn dies auch gesetzlich noch nicht zulässig war, so drang dieser Wunsch doch immer weiter durch. Schließlich setzte im Oktober 1920 ein Schulstreik von etwa 1200 Kindern ein, zu dem Zweck, die Gründung solcher Sammelschulen zu beschleunigen. Die Schulverwaltung war grundsätzlich mit der Errichtung von Schulen ohne konfessionellen Religionsunterricht einverstanden, lehnte es aber ab, diese Gründung mitten im Schuljahre vorzunehmen, da dies nur mit tiefgreifenden Erschütterungen aller bisher bestehenden Schulen möglich gewesen wäre. Ostern 1921 wurden drei Sammelschulen eröffnet. Zehn Lehrer und eine Lehrerin erklärten sich bereit, an ihnen zu unterrichten, im übrigen wurden Schulamtsbewerber und Schulamtsbewerberinnen mit dem Unterricht dort beauftragt." Weitzmann sieht diese Trennung der Kinder als förderlich an, da sie Mißhelligkeiten, politische und religiöse Spannungen und Kämpfe wesentlich verminderte.

Eine Abstimmung für die weltlichen Schulen vom 4. bis 11. 12. 1921 hatte folgendes Ergebnis:

| Evangel. Schulen: | Kath. Schulen: |
|---|---|
| Zahl der Familien 530 | Zahl der Familien 139 |
| Zahl der Kinder 882 | Zahl der Kinder 882 |

[1]) Monographien deutscher Städte, „Gelsenkirchen", S. 123.

Diese Schulgattung hat nun folgende Entwicklung genommen:

| Jahr | Schülerzahl | Lehrkräfte |
|---|---|---|
| 1922 | 1107 | 22 |
| 1923 | 1187 | 25 |
| 1924 | 1707 | 36 |
| 1925 | 1466 | 35 |
| 1926 | 1421 | 33 |
| 1927 | 1330 | 32 |
| 1928 | 1262 | 30 |

Der gegenwärtige Stand (1. 7. 1928) ist folgender:

| Sammelschulen | Klassen | Schüler (innen) | Klassen-durchschnitts-besetzung |
|---|---|---|---|
| 1 Fichteschule | 9 | 408 | 45,3 |
| 2. Lessingschule | 8 | 302 | 37,8 |
| 3. Kopernikusschule | 5 | 211 | 42,2 |
| 4 Uhlandschule | 8 | 341 | 42,6 |
| | 30 | 1262 | |

### f) Das Hilfsschulwesen.

Die schweren seelischen und wirtschaftlichen Schädigungen der Kriegs- und Nachkriegszeit haben schulorganisatorische Maßnahmen hervorgerufen, die bisher wohl in der Entwicklung vorhanden — jetzt erst in den Mittelpunkt des pädagogischen Interesses getreten sind: die Hilfsschulen. Sie sind von hoher Bedeutung für das Individuum wie für die Gemeinschaft. Wie bei den Normalschulen versuchen auch sie, — wenn auch nur in bescheidenem Maße — eine Stärkung des freudbetonten Lebens- und Wirtschaftswillens im Einzelnen zu erreichen.

Für die Gemeinschaft ist es wichtig, daß die Zahl derer vermindert wird, die der sozialen Fürsorge anheimfallen, weil sie im Arbeitsprozeß unbrauchbar geworden sind. Mit Recht hebt Wiegand [1]) hervor, daß es Gründe wirtschaftlicher Natur sind, „die der Erkenntnis, daß durch einen Ausbau der Hilfsschule die Produktivität der Arbeit gesteigert, die Ausgaben für Nichtarbeitende verringert werden könnten"; besonders da Deutschland ein Land der Verarbeitung eingeführter Rohstoffe ist, muß es bestrebt sein, durch höchste Anspannung aller Arbeitskräfte ein Optimum in der Güterbeschaffung zu erreichen. So hat der gesamte Wirtschaftskörper auch an der Ausbildung der schwächsten seiner Glieder ein Interesse. Stellt die Hilfsschule so direkt der Wirtschaft immer menr Kräfte, die sich für einfache Arbeitsformen brauchbar erweisen, so macht sie dadurch geistig Fähigere für andere Arbeitsstellen frei. Indirekt trägt sie dazu bei, das Heer der Schwachsinnigen von ca. 2 Millionen in Deutschland wesentlich herabzusetzen, was eine steuerliche Entlastung erheblicher Art bedeutet.

Schon früh hat Gelsenkirchen sich dieser Schwachen angenommen und sie in besonderen Klassen von den Normalschülern getrennt. Diese Trennung bedeutet schulorganisatorisch eine außerordentliche Entlastung der Normalklassen von hemmenden Elementen und umgekehrt eine Förderung für die Hilfsschüler, die auf den Volksschulen ohne jeden Erfolg verblieben und dadurch Jahre der Bildung ihrer geringen Fähigkeiten verlieren mußten. Auch hier kann Gelsenkirchen als eine der ersten Städte des Industriegebietes genannt werden, die diese Frage zu lösen in Angriff nahmen. Hatte Dortmund seit 1883 Hilfsschulklassen, so begründete sie Gelsenkirchen 1902 durch einen Beschluß der katholischen Sozietätsschulen von Alt-Gelsenkirchen vom 28. 11. 1901. Rektor Stork begann diese neue Arbeit der Heilpädagogik mit 25 Kindern. Rasch wurden dann in den einzelnen Bezirken und Aemtern evangelische und katholische Hilfsschulklassen eingerichtet; der Ver-

[1]) Vierteljahresschrift für wissenschaftliche Pädagogik, 1927, Heft 4, S. 628.

waltungsbericht von 1904 zeigt 6 Klassen mit insgesamt 62 Kindern an, eine erstrebenswert niedrige Klassenfrequenz, die leider trotz der Schwere der Arbeit nicht hat eingehalten werden können. Nachstehende Uebersicht gibt ein Bild von der Entwicklung des Hilfsschulwesens, dem ich noch eine graphische Darstellung beifüge, die anzeigt, wie hoch die Zahl der Schüler gestiegen ist.

**Die Entwicklung des Hilfsschulwesens.**

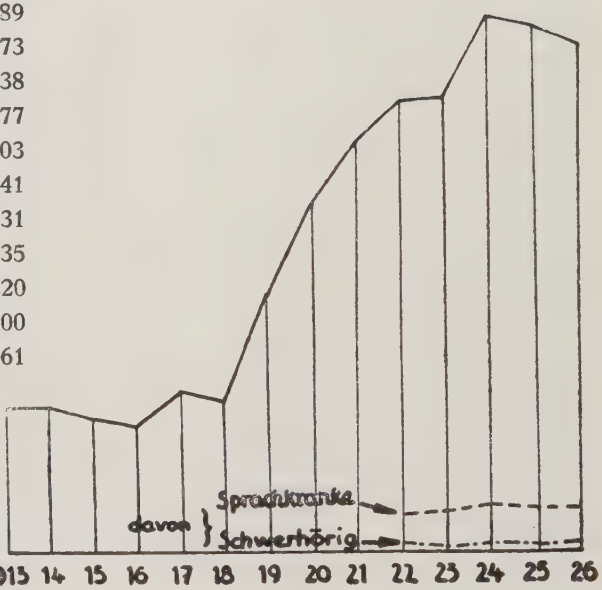
| Schuljahr | Hilfs-klassen | Knaben | Mädchen | Zu-sammen | Hilfsschul-Lehrer -innen |
|---|---|---|---|---|---|
| 1904 | 6 | 37 | 25 | 62 | 6 |
| 1905 | 10 | 104 | 76 | 180 | 10 |
| 1906 | 10 | 128 | 101 | 229 | 10 |
| 1907 | 10 | 131 | 103 | 234 | 10 |
| 1908 | 12 | 139 | 100 | 239 | 12 |
| 1909 | 12 | 149 | 117 | 266 | 12 |
| 1910 | 12 | 152 | 124 | 276 | 12 |
| 1911 | 12 | 172 | 138 | 310 | 12 |
| 1912 | 13 | 169 | 131 | 300 | 13 |
| 1913 | 13 | 188 | 142 | 330 | 13 |
| 1914 | 13 | 187 | 144 | 331 | 13 |
| 1915 | 13 | 178 | 123 | 301 | 13 |
| 1916 | 13 | 168 | 121 | 289 | 13 |
| 1917 | 13 | 221 | 152 | 373 | 13 |
| 1918 | 13 | 203 | 135 | 338 | 13 |
| 1919 | 22 | 345 | 282 | 577 | 30 |
| 1920 | 37 | 511 | 292 | 803 | 37 |
| 1921 | 40 | 512 | 349 | 941 | 42 |
| 1922 | 44 | 651 | 380 | 1031 | 47 |
| 1923 | 45 | 656 | 379 | 1025 | 47 |
| 1924 | 53 | 782 | 438 | 1220 | 55 |
| 1925 | 53 | 748 | 452 | 1200 | 55 |
| 1926 | 54 | 718 | 443 | 1161 | 56 |
| 1927 | 53 | 683 | 419 | 1102 | 55 |
| 1928 | 53 | 676 | 405 | 1081 | 53 |

**Kinder in Hilfsschulen 1913 und 1926.**

| | 1913 | 1926 |
|---|---|---|
| Klassen | 13 | 54 |
| Kinder | 330 | 1161 |
| Lehrkräfte | 13 | 54 |

Hilfsschulkinder

1913 — 330
1914 — 331
1915 — 301
1916 — 289
1917 — 373
1918 — 338
1919 — 577
1920 — 803
1921 — 941
1922 — 1031
1923 — 1035
1924 — 1220
1925 — 1200
1926 — 1161




Die starke Zunahme der Zahl der Hilfsschüler in der Nachkriegszeit hat ihre Ursachen in den schweren Auswirkungen des Krieges. Nach meinen Feststellungen stellen die im Jahre 1916, 1917, 1918 geborenen Kinder den Hilfsschulen die bisher größte Zahl. Da viele Frauen bei geringer Ernährung Fabrikarbeit leisten mußten, traten schon in der vorgeburtlichen Entwicklung des Kindes Schäden ein, die dann durch knappe und schlechte Ernährung sich weiterhin auswirkten; dazu fiel die

Erziehung fast gänzlich aus, soweit die Väter im Felde waren und die Mütter und älteren Geschwister den Tag in schwerster Arbeit zubrachten. So erklärt es sich, daß der Prozentsatz der Hilfsschüler seit 1913 um mehr als das Vierfache gestiegen ist. Er betrug 1913 0,9 Prozent aller Schüler, 1926 aber 4,2 Prozent. Ebenso mögen hier die Zahlen der ärztlicherseits vom Schulbesuch zurückgestellten Kinder gegeben werden, die die oben erwähnten Einflüsse auch für die Gesamtheit der Schüler bestätigen:

| Jahr: | Knaben: | Mädchen: |
|---|---|---|
| 1913 | 58 | 71 |
| 1926 | 208 | 180 |

Bei Knaben hat also eine Erhöhung auf ungefähr das Vierfache stattgefunden, bei Mädchen auf ungefähr das Dreifache. Die Steigerung hat auch eine Ursache in einer schärferen Auslese, die in den Normalschulen in den letzten Jahren vorgenommen wurde. Nach Kriegsende wurden durchweg vier-, fünf- und sechsklassige Hilfsschulsysteme geschaffen. Diese Teilung der Hilfsschulen in verschiedene Klassen erleichert eine Förderung wesentlich, da gerade hierdurch diesen Kindern eine größere Berücksichtigung ihrer Eigenart gegeben werden kann. Die Hilfsschulen stehen jetzt unter der Leitung eines eigenen Rektors, und in ihr unterrichten besonders auf heilpädagogischem Gebiet erfahrene Lehrpersonen. Infolge Fehlens eines Hilfsschulgesetzes gelten die Hilfsschulen als „Veranstaltungen der Volksschulen für Kinder mit körperlichen und geistigen Gebrechen." Da nach dem Gesetz vom 7. 8. 1911 blinde und taubstumme Kinder auch unter die Beschulung fallen, werden sie ebenso wie die Kinder mit psychopathischer Konstitution, schwerer Epilepsie oder völliger Verwahrlosung vom Landeshauptmann in Anstalten untergebracht. Der Hilfsschule überwiesen werden Fälle von Schwachsinn leichter und mittlerer Art. Dieser kann bei den einzelnen Individuen so verschiedenartige Formen annehmen, daß die Auslese dieser Kinder nicht leicht ist. Der Verbandstag der Hilfsschulen Deutschlands stellte in München 1926 folgende Richtlinien auf:[1])

„Der Hilfsschule sind alle Kinder einzuweisen, die in der Normalschule infolge mangelhafter geistiger Begabung in

1) Vierteljahresschrift für wissensch. Pädagogik, a. a. O. S. 630.

erzieherischer und unterrichtlicher Hinsicht nicht ausreichend gefördert werden können. Als solche sind alle Kinder anzusehen, die regelmäßig zwei Jahre die Unterstufe der Volksschule (1. Schuljahr) besuchten, ohne das Ziel dieser Stufe voll erreicht zu haben. Ferner diejenigen Kinder, bei denen nach einjährigem Schulbesuche oder bereits nach der Einschulung einwandfrei Schwachsinn festgestellt werden kann. Wegen geistiger Schwäche allein darf kein Kind bei Beginn seiner Schulpflicht vom Schulbesuch zurückgestellt werden. — Um zu erreichen, daß möglichst alle Schwachsinnigen in Zukunft den bestehenden Hilfsschulen zugeführt werden, darf grundsätzlich kein Kind von der Grundschule aus ins Leben entlassen werden." — Es ist Vorsorge durch ärztliche Untersuchungen, psychologische Prüfungen und ausgiebige Beobachtungen von seiten der Lehrpersonen getroffen worden, den Befund möglichst genau festzustellen. Tests nach verschiedenen Methoden, besonders der von Binet-Simon sind, wie Wiegand[1]) sagt, ein Mittel — nicht das Mittel. „Kein untrüglicher Maßstab, wohl ein vorläufiges Ausscheidungsmittel, das aber zur endgültigen Einreihung der Kinder in die Hilfsschule nicht genügt", wie auch die Begründer dieser Methode selbst sagen, daß „die Ergebnisse keinen Wert haben, wenn man sie nicht kommentiert". — Ein sehr wichtiges Hilfsmittel ist der vom Verband der Hilfsschulen Deutschlands herausgegebene „Fragebogen", der Aufschluß über das Kind und seine häuslichen Verhältnisse, Erbanlagen, Krankheiten der Eltern usw. gibt. — Ist das Ziel der Hilfsschule in der Fuchs'schen Zielstellung gegeben: Erlangung der Arbeits- und Gesellschaftsfähigkeit des Schülers — in den engen Grenzen, die Geist und Körper ihm gebieten — so sind die Wege, gemäß der besonderen Organisation des Schülers: die Anwendung der Handbetätigung und des Heimatprinzipes. „Das erfordert eine konkrete Unterrichtsgestaltung mit plastisch-drastischer Ausdrucksweise, mit grobsinnlicher Veranschaulichung, die der Denkweise solcher Kinder näherkommt. Wenige, aber wertvolle und kraftvolle Einzelvorstellungen müssen so eindringlich vermittelt werden, daß

[1]) a. a. O. S. 632.

sie unbedingt den Schwachgeistigen zur Energieentfaltung zwingen"[1]). Deshalb ist auch nur das mit der Heimat verbundene wertbetont und wird im Lernplan stark berücksichtigt. Noch in völlig unzureichendem Maße wird von seiten der Elternschaft und der Allgemeinheit die sozialpädagogische Arbeit der Hilfsschule anerkannt, der es bis zu 80 Prozent gelingt, ihre Schüler berufstauglich zu machen und damit eine gewisse Gewähr bietet, daß diese nicht die Kriminalität erhöhen und das Gemeinschaftsleben schwer schädigen. Die Berufshilfsschule führt diese Arbeit weiter fort, und die Lehrerschaft betreut die Hilfsschüler auch in den ersten Jahren ihrer Berufszeit. Da es durch den gegenwärtigen Arbeitsmangel noch mehr erschwert ist, Lehr- und Arbeitsgelegenheit für einen Hilfsschüler zu finden, hat der Landeshauptmann folgendes verfügt: „In Anlehnung an die bereits für die Taubstummen gemäß meinem Rundschreiben vom 20. November 1926 getroffene Regelung empfiehlt es sich, die Beihilfe für den Arbeitgeber auf monatlich 20 Mk. für das erste Jahr, 15 Mk. und 10 Mk. für das zweite und dritte Jahr zu bemessen. Um die Berufsfürsorge für die ehemaligen Hilfsschüler zu fördern, erkläre ich mich bereit, die Hälfte dieser Beihilfen zu tragen, wenn der Bezirksfürsorgeverband die andere Hälfte übernimmt." — Seit 1903 finden auch in Gelsenkirchen für Schulkinder mit Sprachfehlern Heilkurse statt, mit wöchentlich 4 Stunden kostenlosem Unterricht. Die durchschnittliche Besucherzahl ist jährlich 110, die Erfolge sind gute.

### 2. Mittelschulen.

Das Fehlen einer Mittelschicht hatte auf schulischem Gebiet zur Folge, daß Gelsenkirchen, wie ein mittleres Fachschulwesen, so auch eine städtische Mittelschule bis 1926 entbehren mußte. Ansätze dazu sind verschiedentlich gemacht worden, so weist der Verwaltungsbericht der Stadt Gelsenkirchen vom Jahre 1882 eine evangelische und katholische Mädchenmittelschule mit je 2 Klassen auf. 1900 war die evangelische 4klassig, die katho-

[1]) Musolff: Vierteljahrsschrift für wissenschaftliche Pädagogik. 1927, H. 4, S. 620.

lische 3klassig. Bei der Uebernahme des Volksschulwesens durch die Großstadt wurden diese Klassen, die organisch mit der Volksschule verbunden waren, aufgelöst; die katholische Mädchenmittelschule im Jahre 1908, da die Erziehungsberechtigten es vorzogen, die Mädchen ebenfalls eine höhere Lehranstalt besuchen zu lassen. — Auch im Landkreise Gelsenkirchen, in Günnigfeld, versuchte 1908 der Ortsschulinspektor Hoos Mittelschulkurse in den Normalschulen einzurichten. Er berichtet[1]), daß 30 Schüler sich gemeldet hatten, die 3 Stunden wöchentlich Sprachunterricht erhielten. Auch diese Kurse bestanden nicht lange, da sie die Regierung nicht als Mittelschule anerkannte. — Mit der Seßhaftigkeit und dem Beginn einer Tradition innerhalb des Handwerkerstandes und dem der Gewerbetreibenden entstand auch der Boden für eine Mittelschule in Gelsenkirchen. Sie wurde städtischerseits Ostern 1926 mit je 3 paritätischen Knaben- und Mädchenklassen begründet. 1927 kamen je 3 Klassen hinzu, 1928, unter dem Einfluß des Geburtenrückganges, nur 2 Klassen. Die Besucherzahlen: 276 Knaben und 236 Mädchen für das Schuljahr 1927/28 beweisen, daß diese Gründung eine Notwendigkeit gewesen war. Mit Recht nennt Lingen[2]) sie die „Schule fürs praktische Leben", die keine „Zubringerschule für höhere Lehranstalten" sein will, sondern nach den neuen Bestimmungen von 1925 wird auch die 6stufige Mittelschule in Gelsenkirchen nach ihrem vollendeten Ausbau, durch Gabelung der oberen Klassen, den verschiedenen Berufszweigen wertvollen Nachwuchs stellen können.

### 3. Höhere Schulen.

Auch das höhere Schulwesen hat einen durch die rasche wirtschaftliche Entwicklung Gelsenkirchens begünstigten Ausbau erfahren. Die älteste Anstalt ist das Gymnasium, das im Jahre 1926 auf ein 50jähriges Bestehen zurückblicken konnte. Sie entstand im Amt Schalke Ostern 1876, war zuerst als eine dreiklassige höhere Bürgerschule eingerichtet und der Regierung

[1]) „Lehrervereinsanzeiger" a. a. O., No. 6.
[2]) Gelsenkirchener Zeitung, 64. Jahrg., 1928, No. 36.

in Arnsberg unterstellt. Sie erhielt namhafte Unterstützungen von dem Industriellen Grillo und der Nachbargemeinde Gelsenkirchen. Am 10. 5. 1882 erhielt sie die ministerielle Anerkennung als Realprogymnasium und am 28. 4. 1887 dieselbe zu einem voll ausgebauten Realgymnasium. Aber schon vom Jahre 1898 an begann die Umwandlung in ein Gymnasium, die völlig durchgeführt war, als die Großstadt Gelsenkirchen die Anstalt übernahm. Später als die anderen höheren Knabenanstalten Gelsenkirchens erhielt das Gymnasium einen Neubau, weil es bereits über ein eigenes Gebäude verfügte. Für 105 000 Mark hatte Schalke die Geschäftsräume der Rheinisch-Westfälischen Industrie-Gesellschaft für seine höhere Schule erworben, die in diesen Räumen bis zum 10. 8. 1910 verblieb. Durch Stadtverordnetenbeschluß vom 7. 5. 1908 hatte auch das Gymnasium die Mittel zu einem prächtigen Bau bewilligt erhalten, der unter Leitung der Baumeister Arendt und Wasser 1910 fertiggestellt wurde. Was die Jugend in diesem Industriezentrum an Naturschönheiten entbehren muß, hat die Stadt ihr durch Fachleute auf dem Gebiete der Baukunst in reichstem Maße geschenkt und die Baukosten in Höhe von 515 140 Mk. bereitwilligst aufgebracht. Bei der Jubiläumsfeier wurde auch dankbar des Industriellen Grillo gedacht, und der Vertreter der Regierung, Geheimrat Schwarz, sprach der Stadt die Anerkennung der Regierung aus, daß sie auch für das höhere Schulwesen den „großen Zug" an den Tag gelegt habe. Aber auch der ganze preußische Philologenstand ist mit Gelsenkirchen und diesem Gymnasium verbunden. „Das Korrespondenzblatt für die Philologenvereine Preußens", das für die Einigungsbewegung und die Hebung des Standes der Philologen gesorgt hat, hatte seinen ersten Redakteur in dem Gymnasialprofessor Kannengießer (Schalke). — Die Entwicklung des Gymnasiums ist, was seine Schülerzahl anbetrifft, gleichmäßig geblieben, nur in den letzten Jahren erhöhte sich — trotz des Geburtenausfalles — der sich bei den höheren Lehranstalten erst in den Jahren 1926/27 auswirkte — die Schülerzahl auf (1926) 352 und (1927) 361. Mehr als die ganzen Kriegsjahre zusammen, so äußert sich der Direktor der Anstalt im Jahresbericht von 1924/25, habe die zwei-

jährige Besetzung Gelsenkirchens durch die Franzosen dem Gymnasium an Schaden zugefügt, der „katastrophal" sei. Im Realgymnasium wurde abwechselnd vor- und nachmittags mit nur 4 Stunden unterrichtet, erst im Sommer 1925 wurde der Unterricht wieder in dem alten Gebäude voll aufgenommen und stellt nun an Lehrkräfte und Schüler, weil die Reform des höheren Schulwesens in diese Zeit fiel, doppelte Anforderungen. Da das Gymnasium glaubt, daß im Zentrum der Industrie und des „Materialismus" ein Geschlecht heranwachse, das sich zu sehr von nüchternen Grundsätzen der Nützlichkeit bestimmen lasse und das den Bedürfnissen der Menschenseele nach höheren Werten mehr, als für das wahre Glück notwendig sei, sein Ohr verschließe" [1]), so ist deshalb das Gymnasium bestrebt, als Gegengewicht die Kultur der Griechen und Römer in den Mittelpunkt seines Unterrichts zu stellen.

Neben dem Gymnasium hat Gelsenkirchen eine Oberrealschule. Sie ist aus einer lateinlosen höheren Schule hervorgegangen. Durch Kreistagsbeschluß vom 14. 11. 1899 wurde bestimmt, daß Ostern 1900 im Orte Bulmke eine lateinlose Schule einzurichten sei. Die Grunderwerbskosten trugen Bulmke, Hüllen, Bismarck mit 39 207 Mark. Für den Neubau dieser Schule nahm der Kreis eine Anleihe von 250 000 Mark auf (die Gesamtbaukosten betrugen 405 000 Mk.). Zwei Ereignisse fielen im Jahre 1903 zusammen, nämlich der Einzug in den schönen Neubau und die Uebernahme der Anstalt in großstädtische Verwaltung. Die Entwicklung der Anstalt zeigte, welche Notwendigkeit ihre Gründung für Gelsenkirchen gewesen war. Durch ministerielle Verfügung vom 10. 2. 1906 wurde sie als Realschule anerkannt mit Berechtigung für die mittlere Reife. Ostern 1910 konnte sie die ersten Abiturienten entlassen und wurde damit eine voll ausgebaute 9stufige höhere Lehranstalt. Großen Zustrom bekam sie durch die Uebernahme der Schüler der Realklassen des Realgymnasiums. 1908 mußte ein großer Anbau für 216 413 Mk. vollzogen werden, um die für die erhöhte Schülerzahl notwendigen Räume zu schaffen. — Die Oberrealschule will durch engsten Zusammenhang mit der Wirtschaft

[1]) Corsenn: Jahresbericht des Gymnasiums von 1907/08.

und Technik für diese Führer stellen, sie befähigen, den schweren Anforderungen des gegenwärtigen Wirtschaftskampfes geistig und menschlich gewachsen zu sein. Mit Recht sagte deshalb der Leiter der Anstalt Dr. Achenbach bei dem 25jährigen Jubiläum 1925: „Ihre Kräfte und Anregungen schöpft die Schule aus dem starken Pulsschlag der heimischen Industrie. Männer der praktischen Tat will sie heranbilden, die arbeiten und erfinden können, die aber auch dienen, lieben und opfern können". — Durch die Ruhrbesetzung erlitt die Oberrealschule nicht die Schädigungen wie die anderen Lehranstalten, weil ihr Gebäude von Besatzungen freiblieb. — Aus der nachstehenden Tabelle ist das Wachstum auch dieser Anstalt ersichtlich. —

„Nicht in Konkurrenz, sondern in freundlichem Wettbewerb" tritt die jüngste städtische Schule als dritte höhere Lehranstalt der Knaben, das Realgymnasium, hinzu. Es gründet sich auf ein angesehenes, altes Privatunternehmen; 1867 wurde eine katholische Rektoratschule in Alt-Gelsenkirchen von Vikar Spaller gegründet, die Urkunde vom 4. 11. 1868 lautet: „Es wird Ihnen auf Widerruf die förmliche Konzession zur Fortführung der Ihnen unter dem 16. Juni vorigen Jahres erlaubten Privatschule erteilt. Wir stellen Ihre Privatschule unter die Aufsicht des Schulinspektors, der dieselbe alljährlich auf Ihre Kosten zu revidieren hat."[1]) Der erste Rektor, Pfarrer Jacobi, begann das Werk mit 4 Knaben, bald fand die Anstalt Sympathie in der Bürgerschaft, und ihre Schülerzahl stieg; später ging diese wieder zurück, da viele Eltern für ihre Söhne das entfernt gelegene Schalker Gymnasium vorzogen. Erst unter Spiekers Leitung stieg die Frequenz stetig, sodaß die Räume nicht ausreichten, und er sich veranlaßt sah, der Stadt gegenüber die Bitte auszusprechen, ihm ein Gebäude zur Verfügung zu stellen, eines zu bauen, oder ein zinsloses Darlehn von 50 000 Mk. zu gewähren. Da diesem Gesuch nicht stattgegeben wurde und auch der Bischof finanzielle Hilfe ablehnte, — da man in den höheren Lehranstalten in Schalke und Wattenscheid eine genügende Versorgung der Schüler sah — war Spieker genötigt, mit den Ersparnissen aus seiner Anstalt in Höhe von 20 000 Mk. und nach Aufgabe seines Widerstandes gegen die Regierungsforde-

1) H. Linnenkamp: „Johannes Spieker", Recklinghausen 1914, S. 14.

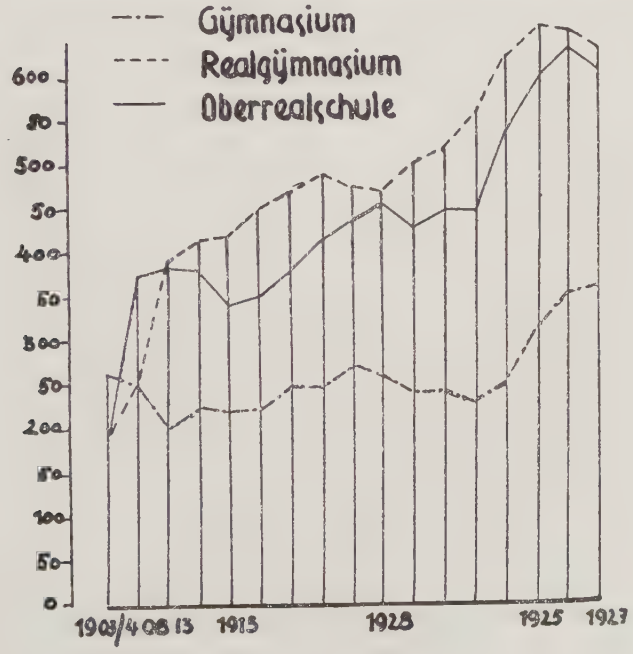
rung, den Bau auf die Kirche eintragen zu lassen, ein eigenes Gebäude aufzurichten. Es wurde „Aloisianum" genannt und 1896 bezogen. 1900 wurden durch den Anbau eines Konvikts auch viele auswärtige Schüler aus der entfernteren Umgebung nach Gelsenkirchen gezogen. Die Schule hatte Klassen bis Untersekunda. Spieker versuchte auch, die Einrichtung einer lateinlosen Klasse, die als Fremdsprache Französisch erhielt. Er sah „in dieser Gruppe eine Art von Handelsschülern und hätte an der Anordnung gerne festgehalten, wenn nicht die Rücksicht auf die immer mehr verbreiteten Realschulen ihm eine Angleichung an diese zur Pflicht gemacht hätte."[1]) — Der Versuch, eine Obersekunda aufzusetzen, wurde behördlicherseits verboten, weil die unterrichtlichen Verhältnisse in dieser Privatanstalt nicht den Anforderungen entsprachen. Die Anstalt hatte 1903 333 Schüler, als die Stadt Verhandlungen mit Spieker begann. Durch einen Beschluß der Stadtverordneten vom 22. 11. 1903 wurde bestimmt, ab Ostern 1904 ein Realgymnasium zu gründen, da die neue Großstadt eine Oberrealschule und ein Gymnasium besaß. „Und da flog die Rektoratschule auf". Die Quinta bis Obertertia wurde in das Realprogymnasium i. E. überwiesen, das nach der ministeriellen Verfügung vom 11. 3. 1907 Berechtigungen für den Einjährig-Freiwilligen Dienst erteilen durfte; die Schüler der höheren Klassen gingen teils an die Oberrealschule, teils an das Gymnasium über, die Vorschule wurde aufgehoben. Die Lehrkräfte, einschließlich Spieker, gingen in städtische Dienste über. Als Leiter des neuen Realgymnasiums auf paritätischer Grundlage, das in den Räumen des Aloisianums verblieb, wurde Prof. Dr. Kohlschein vom Schalker Gymnasium gewählt, der dieser Anstalt bis zu seinem Tode 1919 gedient hat. Das Realgymnasium hat die höchsten Besucherzahlen aufzuweisen. Es nimmt eine vermittelnde Stellung zwischen Gymnasium und Oberrealschule ein — deren Ziele heute noch vielfach umstritten sind — und es übermittelt durch starke Betonung deutscher Kulturgüter, neuerer Sprachen sowie der Mathematik und der Naturwissenschaften eine Vorbildung, die sowohl für wissenschaftliche Studien als auch für die Beamten-

[1]) H. Linnenkamp: „Johannes Spieker", Recklinghausen 1914, Seite 53.

laufbahn und andere Berufe besonders günstig und vielseitig ist. Nach den Bestimmungen ist bis zur Untertertia ein Wechsel vom Gymnasium und umgekehrt ohne besondere Prüfung zulässig. Es ist damit den Eltern und Lehrern die Möglichkeit gegeben, bei eingetretenen Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Sprachen eine Umschulung vorzunehmen. Im Jahre 1910 erhielt die Anstalt — sie war auch zu diesem Termin Vollanstalt geworden — ein modernes, schönes Gebäude, das auch zugleich eine Zierde der Stadt darstellt. Die Baukosten beliefen sich auf 573 463 Mk., in großzügigster Weise ist Kunst und Schönheit in diesem Bau der Jugend zur dauernden Freude vereinigt worden.

Nachfolgende graphische Darstellung verdeutlicht das Wachstum der drei höheren Knabenanstalten.

**Entwicklung der höheren Lehranstalten 1903 bis 1927.**



**Von 1903 bis 1927.**

| Jahr | Gymnasium | Real-Gymnasium | Oberrealschule | Oberlyzeum |
|---|---|---|---|---|
| 1903 | 264 | — | 155 | — |
| 1904 | 270 | 189 | 272 | — |
| 1905 | 266 | 201 | 293 | — |
| 1906 | 264 | 220 | 323 | 331 |
| 1907 | 257 | 227 | 358 | 360 |
| 1908 | 250 | 256 | 376 | 468 |
| 1909 | 247 | 284 | 386 | 485 |
| 1910 | 241 | 297 | 381 | 480 |
| 1911 | 218 | 321 | 363 | 493 |
| 1912 | 215 | 355 | 392 | 470 |
| 1913 | 202 | 389 | 386 | 471 |
| 1914 | 224 | 415 | 382 | 464 |
| 1915 | 221 | 420 | 338 | 458 |
| 1916 | 224 | 452 | 349 | 443 |
| 1917 | 246 | 474 | 382 | 592 |
| 1918 | 248 | 490 | 415 | 767 |
| 1919 | 272 | 476 | 428 | 865 |
| 1920 | 259 | 473 | 455 | 776 |
| 1921 | 239 | 504 | 431 | 720 |
| 1922 | 240 | 520 | 448 | 725 |
| 1923 | 227 | 562 | 447 | 698 |
| 1924 | 249 | 624 | 535 | 679 |
| 1925 | 313 | 659 | 596 | 688 |
| 1926 | 352 | 655 | 637 | 634 |
| 1927 | 361 | 634 | 614 | 618 |

Das Mädchenbildungswesen hat, wie allgemein in Preußen, seinen Ursprung in durchweg privaten Anstalten. In Gelsenkirchen bestanden bei der Großstadtgründung zwei konfessionelle höhere Mädchenschulen, je eine in Hüllen und

Schalke. Die Urkunde bei der Grundsteinlegung des Neubaues vom 15. 4. 1913 sagt über die Weiterentwicklung folgendes: „Die Stadt Gelsenkirchen hielt es für eine der dringendsten Aufgaben, das höhere Schulwesen auszubauen, und so wurde dann auch von den Stadtverordneten in der Sitzung vom 16. 11. 1905 die Gründung einer „Höheren Mädchenschule" auf paritätischer Grundlage beschlossen, die Ostern 1906 ins Leben gerufen und provisorisch in der Kronprinzenschule untergebracht wurde. Entsprechend der Aenderung des höheren Mädchenschulwesens von 1908 erfuhr auch unsere Anstalt eine durchgreifende Veränderung, auf Grund deren sie am 1. 11. 1909 die Anerkennung der vorgesetzten Behörde als höhere Schule erlangte. Nach der ministeriellen Verfügung vom 1. 2. 1912 führt die Schule den Namen „Lyzeum". Am 6. 3. 1913 wurde von der Stadtverwaltung für Ostern 1914 die Angliederung eines Oberlyzeums beschlossen, sodaß in einem kurzen Zeitraum von sieben Jahren das höhere Mädchenschulwesen unserer Stadt völlig ausgebaut worden ist". — 1913 hatte die Anstalt schon 471 Schülerinnen mit 14 Klassen und gemäß dem Eilschritt in der Entwicklung Gelsenkirchens wuchs die Besucherzahl stetig und erreichte 1919 ihren Höhepunkt mit 865 Schülerinnen (s. Tabelle S. 70). — Die hohe Frequenz aller höheren Lehranstalten hat mehrfache Ursachen. Das Fehlen einer Mittelschule war bedingt durch den schon erörterten Ausfall einer Mittelschicht in Gelsenkirchen, auch wünschten die Erziehungsberechtigten (auch aus Bergmanns- und Industriearbeiterkreisen), wenn sie ihre Kinder nicht zur Volksschule schicken wollten, diese sogleich eine höhere Schule besuchen zu lassen. Durch die Ueberspannung des Berechtigungswesens auch für Handel und Gewerbe strebt die größte Zahl derjenigen, die sich auch diesen Berufen zuwenden wollen, die höchste Form schulischer Bildung — das Abiturientenexamen — zu erlangen. Selbstverständlich sind von diesem heftigen Kampf um Existenzmöglichkeiten auch die Mädchenschulen nicht unberührt geblieben. Vorstehende Zahlen zeigen den hohen Andrang nicht nur zu einer höheren Bildung, sondern auch zu einer Ausbildung mit sich anschließenden Berechtigungen. Wie ich festgestellt habe, besuchten im Schuljahr 1913/14 von allen Schülerinnen in Gelsenkirchen nur 2,6 Prozent eine

höhere Schule, 1926/27 dagegen bereits 10,6 Prozent. — Mitten im Kriege konnte auch das Oberlyzeum ein neues Heim beziehen, das mit 664 862 Mk. Baukosten von 1912 bis 1915 errichtet wurde. „Die Anstalt entwickelte sich glänzend weiter. Ostern 1920 wurden eine Frauenschule und eine Fortbildungsklasse gegründet, die beide in eine später zu gestaltende soziale Frauenschule einmünden sollten; leider konnten diese Einrichtungen sich nicht halten. Im selben Jahre trat eine realgymnasiale Studienanstalt mit der Untertertia ins Leben. Im Jahre 1925 wurde die Umwandlung der Schule in ein Oberlyzeum (neueren Stils) beschlossen."[1])

Durch die Gründung eines privaten katholischen Lyzeums mit Studienanstalt, das im Jahre 1920 entstand, ist die Zahl an der städtischen Schule zurückgegangen. Das „Aloisianum" wurde mit 280 Schülerinnen in 7 Klassen eröffnet und nahm zahlenmäßig folgende Entwicklung:

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| 1921 | —— | 330 | 1925 | —— | 651 |
| 1922 | —— | 423 | 1926 | —— | 645 |
| 1923 | —— | 492 | 1927 | —— | 680 |
| 1924 | —— | 603 | 1928 | —— | 640 |

Die anfangs dem Oberlyzeum eingegliederte „Frauenschule" ist heute eine selbständige städtische Anstalt mit gegenwärtig 53 Schülerinnen im zwei Klassen mit einjähriger Ausbildungszeit. Wie fast überall kann dieser Schultyp auch in Gelsenkirchen keinen Boden gewinnen. Die meisten Mädchen streben heute zielbewußt eine Berufsausbildung an. Es muß deshalb das Bestreben der Frauenschule sein, den Ausbau zu einem technischen Seminar, einem Kindergärtnerinnenseminar oder die Struktur einer sozialen Frauenschule zu erreichen.

### Die soziale Herkunft der Schüler höherer Lehranstalten.

Wolff-Halle[2]) sieht in dem Andrang zu den höheren Lehranstalten eine Gefahr für diese selbst, für die auf ihr ruhenden Hochschulen und damit für die Wissenschaft, die bisher auf vielen Gebieten durch Deutschland führend vertreten war. Er

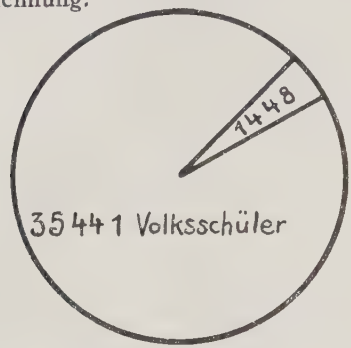
[1]) „Gelsenkirchen" a. a. O., S. 137.
[2]) Allg. stat. Arch., 16. Bd., 1. H., Jena 1926, S. 570.

fordert, daß für praktische Berufe ein Ersatz des verlorengegangenen Abgangszeugnisses der Untersekunda geschaffen würde, um den Aufstieg in die höheren Klassen zu erschweren. Die Schulvereinigung deutscher Städte hat 1926 den deutschen Städtetag ersucht, „dahin zu wirken, a) daß die insbesondere auch auf den Mittelschulen zu erwerbende mittlere Reife für die Aufnahme in die mittlere Beamtenlaufbahn ausreiche, b) daß auch Gewerbe, Handel und Industrie darauf verzichten, von ihren Lehrlingen die Primareife oder gar die Universitätsreife zu verlangen"[2]). — Das Berechtigungswesen, das so überaus scharfe Formen angenommen hat, ist aber eine Folge des Uebervölkerungsproblems der Gegenwart und nur mit diesem lösbar. Da aber dafür keine Aussicht vorhanden zu sein scheint, so muß eine andersartige, soziologisch gerechtere B e w e r t u n g aller Berufe durch die Allgemeinheit vorgenommen werden. Ferner teilt Wolff statistische Ergebnisse über Schülerleistungen an höheren Lehranstalten mit, die ihm als Beleg seiner These von der Erbbegabung und dem Milieueinfluß dienen. „In 6 höheren Lehranstalten Dresdens zeigten die Schüler mit — bevorzugter sozialer Auslese — auf 1000 Schüler nicht unter 62 und bis 87 hohe Leistungen, von denen mit — ungünstigerer sozialer Lage der Eltern — dagegen nur 12—20"[2]). — Die niederen Schichten können aber nicht mit einem intellektuellen Inferioritätsmerkmal belegt werden, ehe nicht auch zu den bisherigen Untersuchungsmethoden die soziologischen Bedingtheiten herangezogen werden. Grundlegend neue Erkenntnisse haben in dieser Hinsicht, auch für die Begabungsforschung, die Untersuchungen von Professor Vaerting gebracht, nämlich: „Die Abhängigkeit der psychischen Entwicklung von der jeweiligen M a c h t l a g e , in welcher das Individuum aufwächst und lebt, muß zum Grundaxiom der differentiellen Psychologie werden. Sie ist unzertrennlich an die Machtsoziologie gebunden"[3]). Mit einem systematischen Aufbau dieser Machtsoziologie der Massenherrschaften kommt Vaerting auch für die wissenschaftliche Pädagogik zu wichtigen Ergebnissen. Die praktische Pädagogik wird eine Förderung der Begabten, w e l c h e n Kreisen sie auch immer entstammen mögen, nachdrücklichst vorzunehmen be-

[1]) a. a. O. S. 571.
[2]) a. a. O. S. 573.
[3]) Soziologie und Psychologie der Macht. I. Bd.: Die Macht der Massen. Berlin 1928. S. 2 u. 3.

müht bleiben, denn Wirtschaft und Technik werden in besonderem Maße ein Interesse an der Auslese großer Begabungen haben.

Das Verhältnis der Schüler höherer Lehranstalten zu denen der Volksschulen erläutert für Gelsenkirchen folgende Zeichnung:




Im Jahre 1913.

Im Jahre 1925.

Meine Berechnung zeigt, daß von 1913 mit 3,8 Prozent und 1925 mit 9,8 Prozent eine wesentliche Zunahme in der Frequenz der höheren Schulen eingetreten ist, die sich aus den schon erwähnten wirtschaftlichen Gründen erklärt. Eine Statistik nach dem Geschlecht zeigt folgende Ergebnisse:

| | 1913/14 | 1919/20 | 1927/28 |
|---|---|---|---|
| Knaben an höheren Schulen | 8,4 % | 14,7 % | 10,2 % |
| Mädchen an höheren Schulen | 2,6 % | 1,8 % | 8,5 % |

Die graphische Darstellung auf Seite 69 zeigt eine weitere statistische Vergleichsmöglichkeit nach der Art der Schulgattungen. Nach ihr besuchen im Schuljahr 1927/28 das Gymnasium 22 Prozent der Schüler höherer Lehranstalten, das Realgymnasium 39,5 Prozent und die Oberrealschule 38,5 Prozent. Ich habe durch eine Rundfrage an den höheren Lehranstalten in Gelsenkirchen die soziale Herkunft der Schüler feststellen können. Nach der beruflichen Zusammensetzung der Bevölkerung, wie sie auch die Statistiken auf S. 32—33 ergaben, ist der Zustrom aus den Berufskreisen der Angestellten und Arbeiter ein größerer als in den anderen Städten. Ich bin dem Vorbilde der Pr. Stat. Landesamtes in seiner Erhebung vom 28. 11. 21 nicht gefolgt, eine Trennung in 15 Berufsgruppen vorzunehmen,

die dann wiederum eine Zusammenfassung in drei — obere, mittlere und untere — Klassen erfahren müßte. Die von der Oberrealschule erstmalig im Jahresbericht von 1926 gewählte Teilung hielt ich zur statistischen Erfassung für alle höheren Lehranstalten für geeigneter. Die Schwierigkeiten für eine genaue Erfassung liegen, wie auch Keller[1]) bemerkt, in der Gruppe der Handel- und Gewerbetreibenden. Die Unternehmer in Industrie und Wirtschaft sind deshalb auch in meiner Erhebung besonders herausgenommen worden.

**Städtisches Gymnasium.**

Elternberufe.

| | Beamte | | | Handwerker | Arbeiter Bergmann | Unternehmer in Industrie und Wirtschaft |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | höhere | mittlere | untere | | | |
| 1913 | 41 | 40 | 20 | 21 | 2 | 7 |
| 1928 | 53 | 123 | 23 | 25 | 43 | 5 |

| | Landwirte Kaufleute Gewerbetreibende | Freie Berufe mit akad. Vorbildung | Witwen | Gesamtzahl |
|---|---|---|---|---|
| 1913 | 36 | 17 | 18 | 202 |
| 1928 | 54 | 22 | 34 | 382 |

Der Mittelstand stellt das „Rückgrat der Schülerschaft" in dieser Anstalt dar. Bemerkenswert ist auch die Zunahme der Schüler aus den Arbeiter- und Bergmannskreisen, die um das 20fache seit 1913 zugenommen hat (11 Prozent). Besonders groß

[1]) Zeitschr. d. stat. Landesamtes, 65. Jahrg., 1925, S. 397.

aber ist der Zustrom aus jenen Berufsständen zu der Oberrealschule, nämlich 21 Prozent der Gesamtschülerzahl.

**Städtische Oberrealschule.**

Elternberufe.

| | Beamte | | | Bergmann Handwerker Arbeiter | Unternehmer in Industrie und Wirtschaft |
|---|---|---|---|---|---|
| | höhere | mittlere | untere | | |
| 1927/28 | 30 | 170 | 126 | 130 | 12 |

| | Kaufmannschaft Gewerbetreibende Landwirte | Freie Berufe mit akad. Vorbildung | Witwen | Gesamtzahl |
|---|---|---|---|---|
| 1927/28 | 110 | 2 | 28 | 608 |

Von den anderen höheren Lehranstalten war leider kein Material über diese Frage zu erhalten.

**Handelsschule.**

Die Berufszählungen von 1907 und 1925 ergaben, daß die Zahl der „Selbständigen" unter den Erwerbstätigen 7,7 Proz. und 8,5 Prozent beträgt. Eine niedrige Zahl machte auch die Gruppe der Angestellten in Gelsenkirchen aus mit 5,9 Prozent und 6,0 Prozent, die der Arbeiter dagegen 1907 mit 81,1 Proz. und 1925 mit 85,8 Prozent. Aus dieser beruflichen Gliederung ergibt es sich auch, daß das kaufmännische Bildungswesen erst in den beiden letzten Jahrzehnten eine solche Entwicklung erfuhr, wie sie durch den Aufschwung des Handels in einer Industriestadt notwendig wurde. Die jetzige „großstädtische Handelsschule" hat ihren Ursprung in einer Privatgründung des kaufmännischen Vereins „Mercur" vom Jahre 1893, der die

Schulung des Nachwuchses als eine dringende Notwendigkeit erkannt hatte. Diese Einrichtung „korporativer Selbsthilfe" erhielt freiwillige Zuschüsse von der Stadtverwaltung, dem Bergbau und der Industrie, die ja für ihren Bürodienst auf kaufmännisch vorgebildete Angestellte angewiesen sind. Die kaufmännischen Lehrlinge in allen Handelszweigen zu organisieren und planmäßig mit Unterricht zu versorgen, waren die Ziele, die sich seit 1905 die „Kaufmännische Schule" unter Leitung von Professor Peters (Bochum) setzte. Mit 161 Schülern wurde diese Anstalt eröffnet. Durch Stadtverordnetenbeschluß vom 20. Februar 1913 gelangte die Anstalt in städtische Verwaltung; die Kaufmannsklassen an der „gewerblichen Fortbildungsschule" wurden aufgehoben. Dadurch vermochte die „einheitliche kaufmännische Pflichtfortbildungsschule als Fachschule höheren Bildungsbedürfnissen gerecht zu werden"[1]). Durch Ortsstatuten wurde bestimmt, daß: „Alle im Stadtbezirk Gelsenkirchen nicht nur vorübergehend beschäftigten männlichen Angehörigen des Handelsstandes, einschließlich derjenigen Personen, welche in kaufmännischen Betrieben Schreib- und Kontorarbeiten verrichten, verpflichtet sind, die städtische kaufmännische Fortbildungsschule — auch für die Zeit der Probezeit und Arbeitslosigkeit — zu besuchen"[2]). 1911 war bereits eine „Handelsschule für Mädchen" gegründet worden, die durchschnittlich 50 Schülerinnen in einem Jahreskursus für den Bürodienst ausbildete, und die 1919 den Kursus zweijährig ausgestaltete. Trotzdem durch Stadtverordnetenbeschluß im Jahre 1920 auch die Einschulung aller Mädchen in die kaufmännische Pflichtfortbildungsschule festgesetzt wurde, konnte diese aus Raummangel erst im Jahre 1925 durchgeführt werden und wird im Schuljahre 1927/28 mit 1139 Schülerinnen vorgenommen. — Die Anstalt wuchs stetig. 1919 erfolgte die Eingliederung einer Handelsschule auch für Knaben mit zweijährigem Kursus. In demselben Jahre wurde eine „höhere Handelsschule" für Schüler und Schülerinnen (zweijährig) und eine „Drogistenfachschule" gegründet. Die Besucherzahl der städtischen Handelsschule für das Schuljahr 1928/29 beträgt:

[1]) Denkschrift betr. der Einrichtung einer kaufmännischen Pflichtfortbildungsschule vom 21. 1. 1913.

[2]) 8. Jahresbericht, S. 17. 1912/13.

| | |
|---|---|
| 1. Höhere Handelsschule | 33 |
| 2. Handelsschule | |
| a) für Mädchen | 194 |
| b) für Knaben | 112 |
| 3. Kaufmännische Berufsschule | |
| a) männlich | 417 |
| b) weiblich | 1565 |
| 4. Drogistenfachklassen | 59 |
| 5. Freiwillige Fach- und fremdsprachliche Kurse | 337 |
| 6. Sonderkurse | — |
| | 2717 |

Zum 1. April 1929 plant Dir. Linneweber die Errichtung einer Wirtschaftsaufbauschule, einer zweijährigen Handelsschule mit erweitertem Lehrziel und dem Recht der mittleren Reife. Diese Anstalt wird auch Volksschülern die Möglichkeit bieten, nach abgeschlossener Volksschulbildung in den kaufmännischen Beruf überzugehen.

### Gewerbeschule.

Zum Kristallisationspunkt des Zusammenwirkens von Wirtschaft und Pädagogik ist gegenwärtig das Berufsschulwesen geworden. Es steht in seiner Mannigfaltigkeit der Organisation und in seiner Zielsetzung in beruflicher Ausbildung und erziehlicher Einwirkung in einem stetig lebendigen Zusammenhange mit der spezifischen Wirtschaft seiner Umgebung, mit Industrie, Bergbau, Handwerk. Die Versorgung des Nachwuchses einer Bildungsgruppe mit fachkundlichem Unterricht ist immer von dieser gefordert und gefördert worden — aber eine durchgreifende schulische Organisation machte erst die Vielgestaltigkeit des Wirtschaftslebens — Rationalisierung und Typisierung in ihren heutigen Formen — notwendig. So erfuhren die „Fortbildungsschulen" der Vorkriegszeit eine Umgestaltung in „Berufsschulen" mit Fachklassen, sie sind Pflichtschulen für Lehrlinge in Handwerk und Industrie geworden. Da aber in dem gegenwärtigen Produktionsprozesse der Wirtschaft, gerade durch seine Differenziertheit ein Heer von „ungelernten" und „angelernten" Arbeitern dem Qualitätsarbeiter gegenübersteht, ist diese Masse der „Ungelernten" von hoher Bedeutung. Sie ist das Problem, das am notwendigsten aus wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen Gründen der Beach-

tung bedarf. Ehe ich aber auf die Problematik und die verschiedenen Lösungsversuche eingehe, sei die geschichtliche Entwicklung der städtischen Gewerbeschule vorangestellt. Bei Gründung der Großstadt Gelsenkirchen wies auch das Fortbildungsschulwesen jene Uneinheitlichkeit auf, wie sie durch die einzelnen bisher selbständigen Gemeinden sich gestaltet hatte. „Es waren in den einzelnen Stadtteilen vier verschiedene öffentliche Fortbildungsschulen unter besonderer Leitung vorhanden: die gewerbliche Fortbildungsschule Gelsenkirchen-Altstadt, gegründet am 24. 2. 1878 mit zuletzt 385 Schülern; Schalke, gegründet 3. 7. 1882, mit 145 Schülern; Ueckendorf, gegründet 18. 11. 1900, mit 170 Schülern; Bismarck, gegründet 1. 5. 1902, mit 104 Schülern. Außerdem bestanden noch zwei Werksschulen (beim Schalker Verein und bei der Gewerkschaft Orange) und eine Anzahl Innungsschulen. Geradezu unhaltbar wurden diese Zustände durch die gänzlich verschiedenen Ortsgesetze der vier öffentlichen Schulen. Während eine Schule die Schulpflicht bis zum 17. Lebensjahre ausdehnte, verpflichtete die andere ihre Schüler bis zum 18. Jahre; während eine Anstalt nur die Lehrlinge einschulte, zog die andere auch Fabrikarbeiter mit zum Unterricht heran. Dazu kam, daß in einigen der eingemeindeten Orte überhaupt noch keine Schulpflicht bestand“[1]). Dieser Ungleichheit machte ein Organisationsplan in der „Denkschrift über die Neugestaltung der jetzigen städtischen Fortbildungsschulen zu Gelsenkirchen“ ein Ende, die vom Minister im März 1909 genehmigt, und vom Bezirksausschuß unter dem 12. 7. 1909 als Ortsgesetz herausging. Die neue Anstalt wurde am 2. 11. 1909 eröffnet und umfaßte 1. eine Handwerkerfortbildungsschule, 2. eine Fortbildungsschule für Lehrlinge und Arbeiter der Industrie, 3. weitergehende Fachklassen für freiwillige Teilnehmer. Die Entwicklung der Schule nahm einen günstigen Verlauf. Die Gesamtzahl von Pflichtschülern betrug 1909/10 1728, 1926/27 5449. „Die freiwilligen Klassen werden insgesamt von 673 Schülern und Schülerinnen besucht. Die männliche Abteilung umfaßt Kurse zur Vorbereitung auf die Maschinenbauschule, höhere Maschinenbauschule, Baugewerk- und Kunstgewerbeschule. Die weibliche Abteilung hat freiwillige Tagesklassen und Abendkurse in: einfacher Handarbeit, Weißnähen, Schneidern, Kunsthandarbeiten, Kochen und Hauswirtschaft, die von insgesamt

[1]) 1. Jahr.-Ber. 1909/10, S. 1.

285 Schülerinnen besucht werden"[1]). Der Entwicklungsgang auch dieser Anstalt wurde durch den Krieg und seine Auswirkungen erheblich getroffen. Es mußten Unterrichtskürzungen infolge von Lehrermangel, aber auch wegen Ueberlastung der Lehrlinge in ihren Arbeitsstellen, besonders in der Mittel- und Oberstufe vorgenommen werden. 1915 nahm die Schule sich einer neuen Aufgabe an, sie schuf eine „Berufsberatung für Kriegsverletzte" und ermöglichte es diesen durch Sonderausbildungskurse, einen Berufswechsel vorzunehmen. Der steigenden Schülerzahl konnten die entsprechenden Arbeitsräume erst im Jahre 1920 durch einen großen Anbau gegeben werden. Schweren Schaden erlitt diese Anstalt auch durch die einjährige französische Besatzung, die die Fortführung des Werkstättenunterrichtes verhinderte. Ebenfalls mußte die begonnene Einschulung der „Ungelernten" unterbleiben, konnte aber 1924 in den Unterstufen den Unterricht aufnehmen. — Diese „Berufsschule der Ungelernten" nennt Ministerialdirektor Geh.-Rat Dr. Kühne „die dringlichste und schwierigste Erziehungsaufgabe der Gegenwart" und Kautz geht weiter, wenn er behauptet: „Das Industriemenschheitsproblem ist das Problem der Stunde, das industriepädagogische Problem steht an der Spitze der deutschen, ja der europäischen Pädagogik"[2]). So forderte auch die Studienkommission der Zentral-Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands in ihren Richtlinien 1919: „Anzustreben ist, daß, soweit als möglich, jeder Jugendliche männlichen und weiblichen Geschlechts einer beruflichen Ausbildung unmittelbar nach der Schulentlassung zugeführt wird, und daß in den Berufen aller Berufsgruppen, in denen ein geordnetes Lehrverhältnis nicht oder zur Zeit nicht durchgeführt werden kann, bei der Beschäftigung Jugendlicher unter 18 Jahren Vorsorge für eine angemessene berufliche Ausbildung getroffen wird". Durch eine sogenannte „Kannvorschrift" haben die Gemeinden die Möglichkeit erhalten, alle diese Jugendlichen — ob sie in einem Arbeitsverhältnis sich befinden oder nicht — berufsschulpflichtig zu machen. (Pr. Gesetz betr. der Erweiterung der Berufs- (Fortbildungs-) Schulpflicht vom 31. 7. 1923.) Wie die Volksschule die Grundlage für alle anderen Schularten ist, so ist die Berufsschule der „Ungelernten" der Unterbau, auf dem sich die berufliche Bil-

[1]) Preuß: „Gelsenkirchen", 1927, S. 142.
[2]) „Im Schatten der Schlote." Einsiedeln 1926. S. 10.

dung und Leistung der „angelernten" und „gelernten" Arbeiter erheben kann. Es ist das Verdienst des stellvertretenden Direktors H. Erben (Gelsenkirchen), besonders klar die Problematik aufgezeigt zu haben. Erben sieht das wirtschaftliche Problem in der Masse der „Ungelernten" darin, daß 1. sie keine freudig-schaffenden Glieder in der Produktion und 2. ohne Besitz erforderlicher Kenntnisse, arm an moralischen Qualitäten und zahlenmäßig doch der stärkste Wirtschafts- und Gesellschaftsfaktor sind. So werden diese „Ungelernten" zu einem sozialen Problem und sind durch ihre Negierung von Gesellschafts-, Rechts- und Wirtschaftsordnung das Kulturproblem der Gegenwart, nämlich hemmend im deutschen Kulturaufbau. In richtiger Erkenntnis dieser Probleme suchten viele Großstädte und besonders die Industriestädte nach Lösungsmöglichkeiten und schufen innerhalb der Organisation der Berufsschule neue Wege. Gelsenkirchen schult nach der Art der Neigung die Schüler ein, oder unter Berücksichtigung ihrer Berufstätigkeit in Gruppen und Klassen für Holz-, Metall- und Gartenarbeit. Folgende Tabelle soll das Verhältnis der „Ungelernten" zu denen der Lehrlinge verdeutlichen.

| Jahr | Lehrlinge im Handwerk | Lehrlinge in der Industrie | zusammen | Ungelernte | Ungelernte v. H. d. Lehrlinge | v. H. d. Gesamt-Schülerzahl |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1909/10 | 829 | 235 | 1 064 | 684 | 63 | 38 |
| 1913/14 | 886 | 523 | 1 409 | 1 335 | 94 | 48 |
| 1917/18 | 535 | 638 | 1 173 | 1 437 | 122 | 55 |
| 1921/22 | 1 141 | 597 | 1 738 | 1 719 | 98 | 49 |
| 1922/23 | 1 720 | 670 | 1 890 | 1 824 | 96 | 49 |
| 1923/24 | 1 118 | 627 | 1 745 | 305 [1] | 17 | 14 |
| 1924/25 | 1 528 | 547 | 2 075 | 932 | 44 | 31 |
| 1925/26 | 1 886 | 416 | 2 302 | 1 388 | 60 | 37 |
| 1927/28 | 1 965 | 521 | 2 486 | 1 846 | 74 | 42 |

[1]) Die Abteilg. der „Ungelernten" wurde in diesem Jahre aufgelöst.

Das Endziel der Schulung der „Ungelernten" ist, sie erkennen zu lehren, daß auch sie einen „Beruf" haben, ein unentbehrliches Glied im Gesamtorganismus von Wirtschaft und Staat sind. In „wahren Arbeitsgemeinschaften", wie die Werkstätten es sind, die entsprechend der heimischen Industrie den Jugendlichen die technischen Kenntnisse und Fertigkeiten vermitteln, sollen die jungen Menschen den Beruf als „Bildungsmittelpunkt" erkennen.

„Der Ungelernte und Angelernte soll als Berufsträger vom selbsterlebten und in seinem Werte erkannten Berufe aus in die Fragen des wirtschaftlichen und geistig-sittlichen Lebens eingeführt, zur sittlichen Berufspersönlichkeit sowie durch eine bewußt aktive und willige berufsethische Einstellung zur lebendigen Teilnahme am Geschicke der Volksgemeinschaft erzogen werden. Hieraus ergeben sich 6 Stoffkreise, von denen, der tatsächlichen seelisch-körperlichen Entwicklung entsprechend, die 5 ersten nacheinander den Konzentrationsmittelpunkt für die Bildungsarbeit darstellen, während der 6., seiner Wichtigkeit wegen herausgehoben, die gesamte schulische Entwicklung des Jugendlichen von Anfang bis zu Ende begleitet.

1. Stoffkreis: Der Jugendliche als Glied der beruflichen Arbeitsgemeinschaft.
2. Stoffkreis: Der Jugendliche als Glied der Familie.
3. Stoffkreis: Der Jugendliche als Glied der Volkswirtschaft.
4. Stoffkreis: Der Jugendliche als Glied der Gesellschaftsgebilde.
5. Stoffkreis: Der Jugendliche als Glied des Volksstaates als der umfassendsten Form des Gemeinschaftslebens.
6. Stoffkreis: Der Jugendliche als werktätiges Glied des Volkes"[1]).

Methodisch lassen sich diese Unterrichts- und Erziehungsziele nur erreichen durch eine schulisch selbständige Organisation der Berufsschule der Ungelernten mit gut ausgestatteten Werkstätten und mit Lehrpersonen, die die seelische Struktur des Industriejugendlichen nicht nur kennen, sondern befähigt sind, ihnen Führer und Helfer zu sein. Zu einer völligen Lösung dieses Problems müßte angestrebt werden, daß ein jeder Jugendliche sofort nach Schulentlassung in ein Arbeitsverhältnis mit H a l b tagsschicht käme, sodaß Berufsschule und Jugend-

[1]) Erben: „Die Lehrpläne der allgem. Berufsschule", Langensalza 1927, S. 9 u. 11.

pflege in der Erreichung ihrer Erziehungsziele nicht durch eine körperlich zu große Inanspruchnahme der Jugendlichen erfolglos bleiben. Diesem Versuch stände aber die Forderung der Erziehungsberechtigten entgegen, ihre Kinder möglichst bald in eine vollen Lohn bringende Tätigkeit einzustellen.

Neben dieser städtischen Berufsschule haben die Vereinigten Stahlwerke, Abteilung Schalker Verein, Gelsenkirchen, im Jahre 1921 eine „Werkschule" gegründet. Sie ist ein privatwirtschaftliches Unternehmen und stellt die engste Verflochtenheit von Wirtschaft und Schule dar. Die Ziele sind, eine tüchtige Fachausbildung zu schaffen und treffsichere Auslese der Begabungen zum Ziele höchster Produktivität des wirtschaftlichen Unternehmens vorzunehmen und die Entwicklung menschlicher Fähigkeiten zu charaktervollen Einzelpersönlichkeiten zu fördern. Die Auslese ruht auf psychotechnischer Basis nach der Methode Poppelreuter (Bonn). Sie untersucht „die körperliche Leistungsfähigkeit" nach vorangegangener ärztlicher Untersuchung in drei gesonderten Prüfungen:

1. die Kraft der Hände, 2. die Ausdauer beim belasteten Bücken, 3. Gewandtheit beim Balancieren. Diese Prüfungen geben ein „Zeugnis von allen Energiefaktoren, von dem Willen zur Arbeit, den der junge Mensch so notwendig gebraucht zur Selbstbeherrschung, zur Bewältigung der Berufsschwierigkeiten, zur Ueberwindung der toten Punkte im industriellen Arbeitsleben und zur Bildung der eigenen Persönlichkeit"[1]). Und doch sagt Dellwig: „Sehr schwer ist ein einwandfreies Urteil über den Arbeitsantrieb, überhaupt über das Willensverhalten bei allen Körperanstrengungen der täglichen Werkstattarbeit — im Betrieb zu gewinnen oder vom Betrieb zu erhalten. Trotzdem waren wir bemüht, offensichtlich auftretende Verschiedenheiten von Betriebs- und Prüfungsurteil zu vermerken. Dazu hatten wir jedoch so verschwindend wenig Anlaß, daß wir eigentlich — allein beurteilt nach der Prüfgruppe „Körperliche Leistungsfähigkeit" — dem Arbeitsplatz mit 95 Prozent Sicherheit den richtigen Mann zur Verfügung gestellt haben"[2]). — Sehr erheblich schwieriger ist das Kriterium „Intelligenz" psychotechnisch erfaßbar, da die Komponenten eines zeitlich begrenzten Experiments Schwankungen unterworfen sind, die eine sichere Fest-

[1]) „Die Begutachtung der körperlichen Leistungsfähigkeit der Jugendlichen im psycho-technischen Verfahren." Zeitschr. f. angewandte Psychologie, Bd. 27, H. 4/5, S. 226 und

[2]) 235.

stellung kaum ermöglichen. Ebenso ist der „Charakter", der eine ausschlaggebende Rolle in jedem Arbeitsprozeß und besonders in dem Gemeinschaftskreis der Industrie und des Bergbaus spielt, nicht „prüfbar", da der Seelenkomplex unteilbar und die Untersuchungen psychotechnischer Methoden unzulänglich sind. — Die Begutachtungsstelle der Werkschule der Vereinigten Stahlwerke prüfte auf Eignungen: 1924: 596 Personen, 1925: 1251 Personen, 1926: 2031 Personen, 1927: 2885 Personen. Nach der Auslese, die die Begutachtungsstelle an den Jugendlichen vornimmt, werden sie den Maschinenbauklassen bezw. den Former- und den Hilfsarbeiterklassen zugeteilt. Aufs engste verbunden ist „Lehrwerkstatt" und „Werkschule", die gleiche Ziele der Arbeitsschulung wie die allgemeine Berufsschule verfolgen: Täglicher Unterricht in Fachkunde, Physik und Chemie, Kopfrechnen, Fachrechnen, Algebra, Gemeinschaftskunde, Gemeinschaftliches Rechnen, Schriftverkehr, Zeichnen und Turnen. Die Gesamtzahl der Werkschüler betrug 1927: 553. Neben der praktischen und theoretischen Ausbildung erstrebt Arnhold[1]) bei seinen Werkschülern die „Erziehung zum fröhlichen Menschen" und sucht dieses darin zu erreichen, daß Sport jeder Art, freie Bildungsarbeit an den Abenden in Kameradschaften, Reisen und Wanderungen die jungen Arbeiter in ihrer Schaffensfreude heben, ihr persönliches Selbstgefühl steigern, ihre Bereitwilligkeit zum Dienst in Staat und Wirtschaft erhöhen. — Auch für die rationelle Bewirtschaftung des Bergbaues erscheint Arnhold eine systematische Schulung des jugendlichen Bergarbeiters unerläßlich. Erst nach zweijähriger Praxis in handwerklichen Fertigkeiten wird er „Unter Tage" allen Anforderungen und Gefährnissen besonnener gegenüberstehen, als der jugendliche Arbeiter, der durch den Arbeitsnachweis zur Grube geschickt wird. Nach einer Uebersicht über Unglücksfälle im preußischen Bergbau vom Jahre 1927 steht der Oberbergamtsbezirk Dortmund mit der höchsten Zahl von Unglücksfällen aller Bezirke, nämlich: 81 760, darunter 787 tödlichen. Durch eine Verminderung des Wechsels innerhalb der Bergarbeiterschaft und eine systematische Schulung des Nachwuchses könnte auch die Zahl der Unglücksfälle geringer werden, ebenso wie sich eine Erhöhung des wirtschaftlichen Vorteils ergeben müßte.

[1] Leiter des Deutschen Instituts für technische Arbeitsschulung in Düsseldorf.

Aber noch eine weitere pädagogisch bedeutsame Maßnahme zur Behebung der Berufsnot der Jugendlichen bedarf der Erwähnung: die sogenannten Fortbildungs- und Umschulungskurse. Im Mai 1924 richtete Stadtschulrat Winkel[1]) in Erkenntnis der Notlage aller aus der Volksschule entlassenen Knaben und Mädchen, die in keinem Lehr- oder Arbeitsverhältnis standen, diese Umschulungskurse ein, in denen besonders dafür ausgebildete Volksschullehrer den Unterricht mit 16 Wochenstunden erteilten. Im Jahre 1925 gingen diese Kurse auf die Gewerbeschule über. Da die Stadt im Jahre 1925/26 die Mittel nicht mehr im vollen Umfange bereitstellen konnte, mußte eine Kürzung des Unterrichts auf zehn Stunden erfolgen.

**Zahl der beschäftigungslosen Jugendlichen 1927 und 1928.**

| (Stand vom 1. Juni 1927) | | (Stand vom 1. Oktober 1928) | |
|---|---|---|---|
| Klassen . . . . | 63 | Klassen . . . . | 40 |
| Zahl der Jugendlichen | 3439 | Zahl der Jugendlichen | 850 |

**Wochenstundenzahl und Unterrichtsgebiete.**

| | Knaben | Mädchen |
|---|---|---|
| Gemeinschaftskunde, Rechnen, Schriftverkehr | 3 | 3 |
| Berufs- und Fachkunde und -rechnen | 1 | 1 |
| Fachzeichnen | 2 | — |
| Handarbeit, Maschinennähen, Fachunterricht oder Kochen | — | 4 |
| Turnen, Spiel und Sport | 2 | 1 |
| Werkstättenunterricht in der Holzwerkstatt | 4 | — |
| Werkstättenunterricht in der Metallwerkstatt | 4 | — |
| | 16 | 9 |

Die Ausgaben im Etatsjahr 1926/27 belaufen sich auf 58 365 Mark, für 1927/28 auf 111 800 Mark. — Der Unterricht war so eingerichtet, daß die Schüler der Kurse, sobald sie eine Lehrstelle fanden, in die betreffende Fachklasse der Berufsschule übergehen konnten. „Zweck und Ziel der Einrichtung war die Erhaltung der Arbeitswilligkeit, Arbeitsfreudigkeit und Arbeitsfähigkeit. Sie sollten dadurch, daß sie in Werkstätten eine regelrechte praktische Ausbildung erfuhren, ein grundlegendes Maß technischer Fertigkeiten und Kenntnissen sich erwerben, Werkzeuge und Arbeitsvorgang, sowie das Material

[1]) Die geistige und seelische Lage des jugendlichen Ungelernten in: Berufsschule der Ungelernten von Barth. Wittenberg 1928.

der wichtigsten heimischen Industrien kennen lernen, und in die Arbeitsprozesse und die Arbeitsordnung eingeführt werden und befähigt werden, sich einmal ein klares Bild über ihr eigenes Können und ihre eigenen Fähigkeiten zu verschaffen, um dadurch in sich einen Wunsch zu einem bestimmten Beruf zu erzeugen, und andererseits sich durch die so gewonnenen Kenntnisse und Fertigkeiten in einem praktischen Berufe leicht zurechtzufinden. (Praktische Berufseignungsprüfung und daran sich anschließende Berufswahl.) Unserer heimischen Industrie entsprechend sollten sie ihre Ausbildung in Holz- und Metallwerkstätten bekommen. Erst im zweiten Jahre sollte eine Spezialisierung in der Weise eintreten, daß diejenigen Jugendlichen, die durch besonderen Fleiß und durch besondere Begabung und auf eigenen Wunsch sich zu einem bestimmten Berufe eigneten, in besonderen Kursen hierzu lehrlingsmäßig vorbereitet werden[1]). — Besonders wichtig erscheint mir der psychologische Gewinn, daß die Berufswahl nicht schon an die 14jährigen herantritt, die den Schwankungen der Pubertätszeit ausgesetzt sind, sondern daß durch diese Umschulungskurse für die innere Entwicklung und für eigene Beurteilung der in ihnen ruhenden Fähigkeiten ein bis zwei Jahre gewonnen werden. Die Kurse stehen in engster Zusammenarbeit mit der Erwerbslosenfürsorge und dem Landesarbeitsamt. Es ist bemerkenswert, daß von den beschäftigungslosen Jugendlichen sich nur 156 bereit erklärten, eine Stelle in der Landwirtschaft anzunehmen. Eine Lehrperson wurde vom Dienste befreit und angewiesen, durch Hausbesuche und persönliche Rücksprachen die Gründe der Weigerung festzustellen. Der Bericht des Leiters dieser Kurse vom 12. 8. 1927 gibt als Gründe dafür an, daß 1. ein bestimmtes Berufsinteresse bei dem Jugendlichen und seinen Eltern eine große Rolle spielt; 2. daß der durchaus nicht angelernte oder anerzogene Großstadttyp (Großstadtstil, Großstadtgefühl) sich nicht wegdenken und wegwischen läßt. Sie würden sich auf dem Lande einfach nicht wohlfühlen und würden dort auch nicht bleiben. 3. Die wichtigste Ursache besteht darin, daß keinerlei Handhabe es ermöglicht, die Jugendlichen zu zwingen, diese Kurse zu besuchen. In je weitgehenderem Maße die Jugendlichen dazu verpflichtet würden, umso eher wären sie später geneigt, Landstellen

[1]) Bericht des Leiters der Fortbildungs- und Umschulungskurse vom 12. 8. 27, S. 3.

anzunehmen. Ich sehe gerade hierin das ausschlaggebendste Mittel, um die Arbeitsmarktlage von Stadt und Land zu korrigieren. Ausgesprochene Arbeitsunwilligkeit und -unlust konnte nirgends festgestellt werden." — In noch geringerem Maße ist die volle Erfassung der weiblichen Erwerbslosen möglich, weil sie bei einem Nachweis von Hausarbeit befreit sind. Die Lehrpersonen haben die größten Schwierigkeiten durch die Abneigung, mit der die Jugendlichen und ihre Eltern der berufsschulischen Einrichtung gegenüberstehen, die sich in Versuchen von Täuschung und einem Ausweichen jeder Art zeigt. Dazu tritt ein häufiger Wechsel ein, der sich als außerordentlich hemmend für die Arbeitswilligen in der Klasse zeigt. Gerade die weibliche Jugend braucht eine allgemeine Beschulung deshalb, weil die Erziehung zu einem Beruf und die Weckung des Interesses für Einordnung in allgemein wirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaften bisher stark verabsäumt worden ist. Sie will gerade auch den Hauangestellten zu ihrer nur körperlichen Arbeit einen Ausgleich bieten, muß aber erfahren, daß diese sich immer wieder, durch wahllose Annahme von Stellen, der Berufsschule zu entziehen versuchen. Da sämtliche private Nähkurse jetzt auch ein festes Gefüge erhalten haben und im Einvernehmen mit den Umschulungskursen stehen, ist eine intensive Arbeit an den schulentlassenen Mädchen für die Zukunft gesichert und damit auch eine mustergültige Einrichtung in Gelsenkirchen geschaffen worden.

### Erwachsenenbildung.

Wenn ich abschließend eine Darstellung der „Erwachsenenbildung" zu geben versuche, so kann ich unter „Bildung" nur die Fortbildung auf intellektuellem Gebiete aufzeigen. Ueber die ganze Problematik der Industriestadt in ihren kulturellen Einrichtungen und Bestrebungen gab Winkel[1]) eine in Tiefe und Breite greifende Schilderung. Mir erschien eine Untersuchung notwendig, in wieweit die in Industrie, Handel und Gewerbe stehenden Berufsträger eine Erweiterung und eine Vertiefung ihres Wissens anstreben. Der außerordentlich starke Arbeitsrhythmus in dieser Industriestadt gewährt nur ein geringes Zeitmaß für diese Fortbildung nach Berufsarbeit und Erholung. Eine Möglichkeit, das Fachwissen wie das allgemeine

[1]) Gelsenkirchen 1927, S. 148.

Wissen zu erweitern, wird durch freiwillige Kurse und Vortragsreihen an der Handels- und Gewerbeschule gegeben. Das Fehlen einer Universität in dem rheinisch-westfälischen Industriebezirke bemühen sich viele Großstädte durch akademische Kurse auszugleichen. Mit Recht sieht Zurhorst[1]) in dem Mangel einer solchen akademischen Lehranstalt eine Schädigung für die große Masse der Schüler höherer Lehranstalten des Ruhrkohlengebietes, der es dadurch nicht ermöglicht wird, die entfernteren Universitäten Münster, Köln und Bonn zu besuchen. Die Provinz Westfalen hat bis zum Jahre 1902 eine eigene Universität entbehren müssen. Sie ist erheblich geschädigt worden, daß nicht schon im 19. Jahrhundert der Ausbau der Akademie Münster zur Universität erfolgte, sondern daß Bonn als Universitätssitz bevorzugt wurde. Ebenfalls ist es als ein Nachteil anzusehen, daß gerade in Westfalen eine Technische Hochschule fehlt. Nach der Reichsberufsstatistik von 1925 steht Westfalen an der Spitze aller preußischen Provinzen und Freistaaten mit 56,8 Prozent Angehöriger zur Industrie. Deshalb strebt die Universität Münster es gegenwärtig an, sich eine technische Fakultät für Kohle und Eisen anzugliedern.

Auch die Volkshochschulbewegung wurde von der Stadt Gelsenkirchen aufgenommen. Der Volksbildungsschulausschuß beschloß am 25. 5. 1919, städtische Volkshochschullehrgänge einzurichten, deren Träger die Gemeinde wurde. Die Satzungen[2]) besagten: „Die Volkshochschule der Stadt Gelsenkirchen will eine Bildungsstätte für Arbeiter jeder Art ohne Unterschied der Stände, des Glaubens und des Geschlechts sein. Insbesondere aber will sie die geistigen Kräfte der Handarbeiter heben, zum Verständnis für die großen Zusammenhänge des Natur- und Weltgeschehens, für Rechte und Pflichten des einzelnen den anderen und dem Ganzen gegenüber erziehen und dadurch die Wertschätzung eigener und fremder Berufstätigkeit wecken. Die Volkshochschule ist keine Fach- und Fortbildungsschule und schließt die Erlangung von Berechtigungen aus." Die Kolleggelder wurden gering gehalten, Vorlesungen bis zu 10 Stunden kosteten 3 Mk. Der Andrang war außerordentlich rege, im ersten Schuljahre 1795 Teilnehmer. Es entfielen auf die verschiedenen Berufsgruppen:

[1]) a. a. O. S. 212.
[2]) Bericht über die Verwaltung der Stadt Gelsenkirchen, 1921, S. 103.

| | im 1. Schul-abschnitt | im 2. Schul-abschnitt |
|---|---|---|
| Kaufleute und kaufmännische Angestellte | 100 | 81 |
| Städtische und Staatsbeamte | 213 | 153 |
| Privatbeamte | 205 | 162 |
| Handwerker | 137 | 44 |
| Arbeiter | **236** | **91** |
| Ohne Beruf | 225 | 148 |

Der Andrang der Hörer hatte sich somit im zweiten Schulabschnitt wesentlich verringert. Er hat wohl seine Ursache darin, daß, wie es sich überall in der Volkshochschulbewegung zeigte, eine gewisse Abneigung gegen die Arbeitsgemeinschaften bestand, in welchen schriftliche Arbeiten und ein Austausch von Frage und Gegenfrage gefordert werden mußten. Es war auch Rücksicht auf die handarbeitende Hörerschaft genommen worden, indem man sich mit der Unterrichtszeit nach den Wechselschichten richtete. Aber durch die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage, Verlängerung der Arbeitszeit, Inflation und politische Spannungen und durch die französische Besatzung hatte auch die Volkshochschule in Gelsenkirchen keinen dauernden Bestand. 1923/24 war ihre Besucherzahl:

Gesamtzahl der Hörer: 614; männlich 470, weiblich 144.

| Kaufleute und Geschäftsangestellte | | Staa'ts- und Gemeindebeamte | | Handwerker | |
|---|---|---|---|---|---|
| 138 | | 109 | | 43 | |
| m. | w. | m. | w. | m. | w. |
| 97 | 41 | 85 | 24 | 42 | 2 |
| 23% | | 18 % | | 7 % | |

| Arbeiter | | Hauswirtschaftliche Berufe | | Freie Berufe | |
|---|---|---|---|---|---|
| 188 | | 100 | | 36 | |
| m. | w. | m. | w. | m. | w. |
| 187 | 1 | 38 | 62 | 22 | 14 |
| 30 % | | 16 % | | 6 % | |

Die Schulbildung dieser Berufsangehörigen war:

| | |
|---|---|
| Volksschulen | 417 |
| Höhere Schulen | 197 |

Die Volkshochschule wurde in ihrer Tätigkeit von der städtischen Bücherei unterstützt, die erst am 25. 11. 1911 mit einem Bücherbestande von 3000 errichtet werden konnte. Trotz des Anwachsens des Leserkreises konnte ein Neubau aus finanziellen Gründen nicht vorgenommen werden, aber ausreichende Erweiterungsbauten schufen die notwendigen Lese- und Arbeitsräume. Nachstehend eine statistische Darstellung, die zeigt, daß in den Jahren des passiven Widerstandes sich ein großes Bedürfnis nach geistigem Gut, das das Buch vermittelt, von der Bevölkerung gezeigt wurde. Eine besonders hohe Ziffer wies auch die Entleihung durch die Arbeiterschaft auf.

| Jahr | Gesamtzahl der Leser | Selbständige Handels- und Gewerbetreibende | Höhere Beamte, Lehrer u. Ingenieure | Angestellte aus Handel u. Gewerbe | Mittlere und untere Beamte | Arbeiter |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1911 | 1841 | 182 | 290 | 240 | 314 | 147 |
| 1912 | 2814 | 203 | 400 | 551 | 379 | 260 |
| 1913 | 3159 | 278 | 480 | 632 | 386 | 273 |
| 1914 | 3402 | 310 | 381 | 668 | 421 | 286 |
| 1915 | 3812 | 332 | 296 | 663 | 220 | 273 |
| 1916 | 4821 | 305 | 331 | 775 | 275 | 528 |
| 1917 | 4099 | 227 | 181 | 390 | 292 | 495 |
| 1918 | 4178 | 253 | 99 | 460 | 297 | 517 |
| 1919 | 4650 | 312 | 180 | 516 | 340 | 698 |
| 1920 | 5173 | 363 | 178 | 619 | 959 | 892 |
| 1921 | 6557 | 552 | 254 | 420 | 1102 | 1163 |
| 1922 | 7984 | 384 | 457 | 1248 | 1130 | 1728 |
| 1923 | 9096 | 576 | 638 | 1454 | 1235 | 1701 |
| 1924 | 7517 | 337 | 438 | 1208 | 810 | 1588 |
| 1925 | 6428 | 384 | 386 | 923 | 832 | 1415 |
| 1926 | 5113 | 327 | 403 | 815 | 668 | 873 |

| Jahr | Selbständ. Handwerker | Berufslose Rentner | Studenten Schüler | Berufstätige Frauen | Berufslose Frauen |
|---|---|---|---|---|---|
| 1911 | 95 | 22 | 39 | 175 | 307 |
| 1912 | 100 | 30 | 16 | 256 | 619 |
| 1913 | 116 | 22 | 36 | 297 | 639 |
| 1914 | 131 | 35 | 98 | 346 | 726 |
| 1915 | 145 | 28 | 139 | 490 | 1226 |
| 1916 | 210 | 39 | 247 | 700 | 1393 |
| 1917 | 185 | 36 | 208 | 611 | 1440 |
| 1918 | 195 | 27 | 202 | 580 | 1348 |
| 1919 | 188 | 42 | 283 | 595 | 1496 |
| 1920 | 198 | 58 | 155 | 465 | 1286 |
| 1921 | 131 | 69 | 222 | 592 | 1552 |
| 1922 | 215 | 68 | 455 | 566 | 1733 |
| 1923 | 192 | 112 | 503 | 826 | 1859 |
| 1924 | 171 | 83 | 478 | 447 | 1957 |
| 1925 | 356 | 70 | 382 | 351 | 1379 |
| 1926 | 236 | 72 | 357 | 342 | 990 |

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhange noch ein Aufschluß über die geringe Verwendung für kulturelle Zwecke, die mit der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage nur zugenommen hat. Das statistische Amt läßt durch 30 Familien aus dem Arbeiter- und Beamtenstande gewissenhaft Buch über alle Ausgaben der Familie führen. Es wird damit der Zweck verfolgt, neben dem Teuerungsindex für die Stadt Gelsenkirchen auch die Ausgaben zu berücksichtigen, die die Reichsstatistik nicht erfaßt, z. B. Ausgaben für Eisenbahn, Versicherung, Bücher usw.[1]).

**Ausgaben in % der Gesamtausgabe für Bücher und Zeitungen.**

| (Monatlich.) | Arbeiterfamilie | Beamtenfamilie |
|---|---|---|
| Mai 1922 | 1,20 % | 2,14 % |
| März 1923 | 1,27 % | 2,80 % |
| März 1924 | 1,00 % | 1,00 % |

[1]) Eine weitere Auswertung für die folgenden Jahre ist durch die erweiterte Reichslebenshaushaltungsstatistik in Fortfall gekommen.

**Abendgymnasium.**

Die Anforderungen, die die Wirtschaft an die Vorbildung ihrer Berufsangehörigen stellt, stiegen in der Nachkriegszeit außerordentlich. Sie gaben vielen im Berufsleben stehenden strebsamen Männern und Frauen Veranlassung, Wege zu suchen, in ihrer Freizeit die Kenntnisse zu erlangen, durch die sie den Aufstieg in höhere Berufe gewinnen können. Die Stadtverwaltung nahm sich dieser Bestrebungen an und erließ im Jahre 1928 einen Aufruf in den Zeitungen Gelsenkirchens, daß sie gewillt sei, ein Abendgymnasium zu Ostern 1928 einzurichten. Es sollte mit der Obertertia beginnen und die Teilnehmer in 5 Jahren zur Reifeprüfung führen. „Zugelassen zum Unterricht werden nur berufstätige Männer und Frauen im Alter von mindestens 18 Jahren mit guter Volksschulbildung". In den Vordergrund treten: Deutsch, Geschichte, Erdkunde. Weitere Unterrichtsfächer sind Mathematik und Naturwissenschaften, mit Englisch wird begonnen, von Obersekunda tritt eine weitere Fremdsprache hinzu. Ueber die Ergebnisse der Meldungen berichtet Gymnasialdirektor Schönauer[1]): „Zum Abendgymnasium haben sich 310 Personen gemeldet, unter diesen befinden sich 272 Männer und 38 Frauen. Es sind fast alle werktätigen Berufe vertreten. 58 sind Bergleute und Arbeiter, 54 kaufmännische Angestellte, 20 Beamte, 13 Handlungsgehilfen, 9 Kaufleute, 20 Handwerker, 26 Werksschlosser, 5 Former, 9 Werkstischler, 6 Zeichner, 6 Elektriker. 7 Laboranten, 2 Mechaniker, 2 Monteure, 2 Maschinisten, 2 Techniker, 4 Eisenbahner. Das Bauhandwerk stellt: 6 Bauhandwerker, 1 Polier, 3 Bautechniker, 2 Bauführer, 1 Architekten. Außerdem meldeten sich: 2 Dentisten, 2 Drogisten, 1 Heilkundiger, 1 Ingenieur, 3 Bankbeamte, 2 Kassierer, 1 Steiger, 1 Bergpraktikant, 1 Journalist.

Von den Frauen sind 11 Kontoristinnen, 9 Haustöchter ohne Beruf, 3 Handwerkerinnen, 3 Praxisgehilfinnen, 5 Angestellte, 2 Ehefrauen, 1 Fürsorgerin, 1 Kindergärtnerin, 1 Jugendpflegerin.

Die überwiegende Mehrzahl besitzt Volksschul- und Berufsbildung, nur 21 Männer haben höhere Schulen besucht. —

[1]) Gelsenkirchener Allgemeine Zeitung, 1928, Nr. 53.

74 beabsichtigen eine Universität zu besuchen, 65 eine Technische Hochschule, 23 eine Handelshochschule, 8 eine pädagogische Akademie, 2 die Kunstakademie, 1 die Kunstgewerbeschule, 8 die höhere Maschinenbauschule, 1 die höhere Verwaltungsschule, 1 die höhere Hüttenschule, 1 die landwirtschaftliche Hochschule, 1 die Wohlfahrtsschule, 2 ein Kunstgewerbeseminar, 1 die Reichsoffizierslaufbahn, 1 die Hochschule für Leibesübungen. Alle übrigen erstreben lediglich eine bessere Allgemeinbildung."

# III. Teil

## Schulhygiene und Sport.

Ich habe bisher die vielgestaltigen Bestrebungen aufzeigen können, der Jugend in Gelsenkirchen alle Bildungsmöglichkeiten durch ein differenziertes Schulsystem zu geben. Jede Bildungsarbeit hat aber zur Voraussetzung die Bejahung der vitalen Werte und ihre Berücksichtigung im Schulleben. Da die Industrialisierung zahlreiche Gefahren für die Volksgesundheit mit sich brachte — wurden aber zugleich Wege und Mittel zu ihrer Bekämpfung gesucht. Mit Recht sagt Wendenburg, daß „der ursächliche Zusammenhang zwischen hemmender Schwierigkeit und der Schaffung neuer Einrichtungen kennzeichnend ist für unsere Stadt und im besonderen auch für ihr Gesundheitswesen"[1]). Die gesundheitlichen Schädigungen durch den Mangel an reiner Luft und landschaftlicher Umgebung erwähnte ich bereits und auch die Fürsorge der Stadt, Grünflächen und Spielplätze in allen Stadtteilen anzulegen. Ebenso faßte die Schulgartenbewegung hier schnell festen Fuß und ist ein nicht geringerer Faktor der Mitarbeit an den sozialhygienischen Maßnahmen geworden. — Wenn wir die schulhygienischen Einrichtungen in ihrem geschichtlichen Ablauf verfolgen, wird eine völlig neue Stellungnahme auch zu diesem Fragenkomplex in der Nachkriegszeit deutlich sichtbar. In den Vorkriegsjahren waren auf dem Gebiete der Schulfürsorge als einzige Maßnahme für die körperliche Gesundheit die sog. „Jugendspiele" zu verzeichnen, die von April bis Oktober jedes Jahres abgehalten wurden und nicht obligatorisch für die Schülerschaft waren. „In fast allen Schulen des Kreises sind die im Jahre 1892 eingerichteten Turn- und Jugendspiele wieder aufgenommen und regelmäßig betrieben worden. Allerseits wird dieser der körperlichen Entwicklung unserer Schuljugend so förderlichen Sache das wärmste Interesse entgegengebracht. In dem Kreishaushaltsplan für 1897/98 sind für Jugendspielzwecke 500 Mark eingestellt. Fast alle größeren Gemeinden haben eigens für diesen Zweck zur Verfügung gestellte Jugendspielplätze, während von anderen Gemeinden die Schulplätze benutzt wer-

[1]) Monographien deutscher Städte, „Gelsenkirchen" 1925, S. 169.

den"[1]). Ferner berichtet der Lehrervereinsanzeiger[2]), daß im Jahre 1910 die ersten Turnhallen zur Benutzung für den Turnunterricht an den Volksschulen übergeben wurden. Zugleich fanden in diesem Jahre für die Lehrerschaft freiwillige Turnkurse zur weiteren Ausbildung für dieses Unterrichtsfach statt. Der Schwimmunterricht begann im Jahre 1907 und nur 400—500 Knaben nahmen an diesem Unterricht teil, der in den Kriegsjahren eingestellt werden mußte. — Schon während des Krieges begann die Unterbringung von Kindern auf dem Lande in klimatisch gesunderen Provinzen, und zwar wurden im Jahre 1917 9530 Kinder, 1918 2700 und 1919 600, in den nachfolgenden Jahren durchschnittlich 3000 Kinder für mehrere Sommermonate fortgeschickt. Der Unterernährung wurde durch tägliche Speisungen von durchschnittlich 3300 bedürftigen Schulkindern zu steuern versucht. Ferner verbrachten 300 unterernährte Kinder im Jahre 1919 auf dem Flugplatz ihre Ferien und standen hier unter Aufsicht von Lehrern und Lehrerinnen. Aus dieser Einrichtung entstand die „Freiluftschule", die jetzt in einem massiven Neubau jährlich ca. 1000 Kindern die Möglichkeit gibt, Erholung und Kräftigung durch Licht, Luft und Sonne zu finden. — Am 1. Juli 1919 wurde ein Gesundheitsfürsorgeamt eingerichtet, und damit erhielt das durch den Krieg und seine Auswirkungen so außergewöhnlich groß gewordene Arbeitsfeld der Gesundheitsfürsorge eine völlig neue Organisation. Sie bedarf eines städtischen Zuschusses von 461 600 Mark (Ansatz für 1927), der im Vergleich zu 1913 mit 10 000 Mark eine Erhöhung von 4516 Prozent bedeutet. Stadtmedizinalrat Dr. Wendenburg schuf mit einer klaren Abgrenzung der Gesundheitsfürsorge zu der Sozialfürsorge neuartige Arbeitsmethoden für alle sozial-hygienischen Maßnahmen. Aus den vielfachen Verwaltungszweigen dieses Amtes sei hier nur die Schulfürsorge näher betrachtet. Da die ärztlichen Untersuchungen der Schüler während des Krieges unterblieben waren, aber alle Erkrankungen der Schulkinder durch Kriegs- und Nachkriegszeit sich erheblich gesteigert hatten, mußte ein neuer Unterbau für dieses Gebiet geschaffen werden. Es wurden im Jahre 1919 alle Volksschüler, 16 572 Knaben und 15 758 Mädchen, von der Aerzteschaft untersucht. Die Lehrerschaft gab bei diesen Untersuchungsterminen die unentbehrlichen

[1]) Verwaltungsbericht des Kreisausschusses des Landkreises Gelsenkirchen 1897, S. 15.
[2]) Gelsenkirchen, 1910, 2. Jahrg. Nr. 11.

Einzelheiten über die Konstitution des Kindes, seiner Familienverhältnisse u. a. m. Unterstützt wurden diese Darlegungen durch einen Fragebogen, der drei Wochen vor dem Untersuchungstermin an das Elternhaus ging und somit eine gewisse Grundlage, weniger für eine Diagnose, als zur Feststellung von Symptomen bildete. „Im Anschluß an diese Untersuchung wurden den 21 Fürsorgerinnen in ihrer Eigenschaft als Schulschwestern die Schulen ihres Bezirkes zur weiteren Bearbeitung zugewiesen. Außerdem wurden in den einzelnen Bezirken laufende Schulsprechstunden eingeführt, in denen die beobachtungsbedürftigen und etwa frischerkrankten Kinder durch Vermittlung der Lehrer und der Fürsorgerinnen nachuntersucht wurden. Die Zahlen der als beobachtungsbedürftig erkannten Kinder waren außerordentlich hoch, nämlich nahezu 80 Prozent. Nur wenige Kinder konnten als völlig normal in ihrem gesamten Entwicklungs- und Gesundheitszustand festgestellt werden.[1]) Anfang 1920 wurden auch an den höheren Schulen ärztliche Beratungsstunden angesetzt, deren Ergebnisse aufzeigten, wie notwendig auch für diese Anstalten eine ärztliche Beobachtung ist, wurden doch hier gerade zahlreiche typische Schulerkrankungen, bedingt durch die Entwicklungsjahre und die Mehrforderungen des Unterrichts, festgestellt, die, da die Elternschaft weniger den Krankenkassen angeschlossen ist, oft keine rechtzeitige ärztliche Behandlung fanden. Im Jahre 1926/27 wurden 5602 Lernanfänger und 4420 Schulentlassene untersucht und beraten. Ferner wurden in Sammelterminen 8530 Schulkinder untersucht. Die ärztlichen Schulsprechstunden suchten auf: 3877 Volksschüler, 603 Fortbildungsschüler und 447 Schüler höherer Lehranstalten. — „Um die Ausbildung der Lehrerschaft im Sinne der „hygienischen Volkserziehung" hat sich Gelsenkirchen besonders erfolgreich bemüht. Am 1. Juli 1925 fand hier eine von 3200 Lehrern besuchte Tagung statt, von vielen Lehrerverbänden unterstützt, die zu der Entschließung kam, den zuständigen Ministerien den Wunsch einer intensiveren gesundheitlichen Belehrung der Kinder nahezulegen und als Vorbedingung dazu eine hygienische Ausbildung der Lehrerschaft auf einer neuartigen breiten Grundlage anzustreben. Tatsächlich ist es gelungen, für dieses schwierige Unternehmen die Unterlage zu schaffen zu dem auf diese Anregungen hin ent-

[1]) Ber. ü. d. Verwltg. d. Stadt Gelsenkirchen. Gelsenkirchen 1921. S. 284.

standenen wichtigen Ministerialerlaß des Kultusministers und des Wohlfahrtsministers vom 10. Februar 1926." [1]) — Erwähnt sei hier noch die sogenannte „individuelle Wohnungspflege", eine ihrer Maßnahmen sind die Besuche der Fürsorgerinnen in den Familien. Diese werden zur Abstellung von Schädigungen des Schulkindes veranlaßt, und es wird zu erreichen versucht, daß das Schulkind einen relativ gesunden Aufenthalts- und Schlafraum erhält. Trotzdem der Wohnungsbau von seiten der Stadt und der Privatwirtschaft jährlich durch einige Hundert Neubauten gefördert wird, ist der Wohnungsbedarf noch so erheblich, daß die Mißstände auf diesem Gebiete das größte Hemmnis für die Gesundheit der Schulkinder darstellen. Mit Recht hat man deshalb die zahlreichen Schulneubauten nicht nur nach sachlich-hygienischen Grundsätzen errichtet, sondern auch als Ersatz für die mangelhaften Wohnungen den Kindern Stätten der Erholung und Freude schaffen wollen.

Die Ausgaben für schulhygienische Maßnahmen betragen:

| | Ansatz: 1927 | 1928 |
|---|---|---|
| | Mark | Mark |
| Schulfürsorge (schulärztl. Untersuchung und Beratung | 5 600 | 3 500 |
| Kurverfahren für Schulkinder | 69 000 | 57 000 |
| Landaufenthalt für Kinder | 120 000 | 64 200 |
| Verbesserung der Schulgesundheitsfürsorge | 26 000 | 5 000 |
| Freiluftschule | 35 000 | 45 200 |
| Schulzahnpflege | — | 28 000 |

Während in dem Lehrplan aller Schulen vor dem Kriege Turnen und Sport in ihrer Randstellung wenig Beachtung fanden, erfuhren sie eine Neuregelung durch die Richtlinien zur Aufstellung von Lernplänen[2]), die besagen, daß „das Turnen die gesamte leibliche Entwicklung fördern soll, insbesondere die Gesundheit stärken, eine gute Haltung, Atmung und Körperpflege gewähren, sowie Kraft, Gewandtheit und Anmut entwickeln helfen". Für den Turnunterricht sind in allen Schulen drei Stunden und für die höheren Anstalten ein obligatorischer Spielnachmittag festgesetzt, von diesen wird eine Unterrichts-

[1]) „Gelsenkirchen" a. a. O., S. 174.
[2]) Richtlinien zur Aufstellung von Lernplänen für die oberen Jahrgänge der Volksschule, Berlin 1922.

stunde für den Schwimmunterricht verwandt, der in Gelsenkirchen durch die Anlage eines großen Hallenbades eine besondere Förderung erfährt. Ab 1924 wurde für Knaben der Schwimmunterricht obligatorisch gemacht, für Mädchen ab 1. Oktober 1927 (Beginn 6. Schuljahr). Die Erfolge sind gut, 75 Prozent erreichen das Ziel — das Schwimmen zu lernen —, 32 Prozent Knaben und Mädchen konnte das Freischwimmzeugnis gegeben werden. Es nahmen im Schuljahr 1926/27 am Schwimmunterricht 3830 Knaben und 1758 Mädchen teil. Im selben Etatsjahre wurden an Volksschüler 100 442 Bäder verabfolgt, deren Kosten die Stadtverwaltung trägt. — Für rückenschwache Kinder ist ein orthopädischer Turnunterricht eingerichtet worden. — Für jede Art der Betätigung von Sport ist auf dem im Jahre 1926 neugeschaffenen großen Sportplatze und auf den Spiel- und Sportplätzen in den verschiedenen Stadtteilen Gelegenheit gegeben. Schulen und Vereine sind bestrebt, eine möglichst hohe Zahl von körperlich tüchtigen Menschen heranzubilden, da gerade im Zentrum der Industrie nur der gesunde und widerstandsfähige Mensch den sich täglich steigernden Anforderungen seines Berufes auf die Dauer gewachsen sein kann. Solange nicht die Forderung der Reichsschulkonferenz, die von der Reichsregierung anerkannt ist, nämlich: „Die tägliche Turnstunde ist das Ziel, dem zuzustreben ist", verwirklicht worden ist, werden besonders die verschiedenen Vereine für Turnen und Sport eine Förderung durch amtliche Stellen bedürfen. Aufs engste verbunden müssen aber Gesundheitspflege und Sport bleiben, damit die Einwirkungen turnerischer Betätigung zu einer Stärkung und nicht Herabsetzung der Gesundheit des einzelnen führt. Auf diesen Zusammenhang weist besonders Professor Bier nachdrücklichst hin.[1]) Auch auf die Bedeutung der Leibesübungen als wichtigen Faktor bei der Charakterbildung und staatsbürgerlichen Erziehung sei hier nur verwiesen. So nimmt die körperliche Ertüchtigung starken Anteil an den zahlreichen Beziehungen, die Pädagogik und Wirtschaft verbinden und wechselseitig beeinflussen. — Abschließend mag die Entwicklung der Turn- und Sportbewegung in Gelsenkirchen eine Zusammenstellung[2]) der

[1]) „Die Pflege der Leibesübungen ein Mittel zur Rettung des deutschen Volkes aus seiner Erniedrigung", München 1922.

[2]) Dr. F. Vollmer: (Unveröffentlichte Seminararbeit.)

Ausgaben für sämtliche Schulen im Jahre 1913 und 1926 verdeutlichen.

| | 1913 | 1926 |
|---|---|---|
| | Mark | Mark |
| 1. Ergänzung und Erhaltung der Turn- und Spielgeräte | 4 400 | 20 000 |
| 2. Bauliche Unterhaltung der Turnhallen | — | 2 000 |
| 3. Mieten für Plätze und Hallen | 1 022 | 1 000 |
| 4. Schwimmunterricht der Volksschüler | 4 000 | 24 000 |
| 5. Für Turnen und Spiel in den Fortbildungsschulen | 700 | — |
| 6. Orthopädisches Turnen | — | 4 500 |
| 7. Ferienspiele und Wanderungen | 17 500 | 12 000 |
| 8. Zur Förderung der Leibesübungen | — | 25 000 |
| 9. Einmalige Ausgabe: Errichtung von Schulbrausebädern | — | 14 000 |
| | 27 622 | 102 500 |

# IV. Teil

**Die Schulunterhaltungskosten für das gesamte Schulwesen.**

In den vorangegangenen Kapiteln ist von mir der Versuch gemacht, das Bildungswesen Gelsenkirchens, entwicklungsgeschichtlich, in seinem Zusammenhang mit der heimischen Wirtschaft zu zeigen. Der ungeheure Zuzug von Arbeitermassen und die hohe Zahl an schulpflichtigen Kindern belastete die Stadt mit großen Schulunterhaltungskosten, andererseits war er ein sicheres Zeichen für das wirtschaftliche Aufblühen dieser Stadt. Im Produktionsprozeß der heimischen Industrie halfen diese Bevölkerungsmassen Ueberschuß-Leistungen zu erzielen und bewirkten eine Steigerung des Bodenwertes. Die Finanzpolitik Gelsenkirchens sah nach der Großstadtbildung ein großes Aufgabengebiet vor sich. Weitschauend und doch immer besonnen gestaltete sie Ausgabe- und Steuerwirtschaft; so hatte Gelsenkirchen z. B. 1907 unter den 17 preußischen Großstädten die niedrigste Schuldenlast mit einer Ausgabe für Verzinsung von nur 693 400 Mark und für Tilgung von 371 600 Mark. „Das Kennzeichen dieser städtischen Finanzperiode war eine vorsichtige Anleihepolitik, die langfristige Mittel nur für die allernotwendigsten wirtschaftlichen und kulturellen Einrichtungen zur Verfügung stellte, wie z. B. Bau von Schulen, Badeanstalt, Schlachthof und die für die Ziele der Boden- und Siedlungspolitik nicht länger entbehrlich gewesene Bildung eines Grundstücksfonds." [1]) Dazu traten andere Fonds, wie der für Volksschulbauten und einen Theaterneubau; sie erreichten zusammen 1914 eine Höhe von 4,7 Millionen Mark. „Nach der damaligen Anschauung war diese Politik der Ansammlung von Ueberschüssen klug und vorsichtig. Die geschichtliche Entwicklung hat dem leider nicht recht gegeben. Der Krieg und seine Folgen haben diese Rücklagen und damit die aus der Steuerkraft der Bürger für außergewöhnliche Ziele ersparten Mittel, die saure Finanzarbeit eines Jahrzehnts, fast restlos vernichtet, und rückblickend wird es zu bedauern sein, daß die vorhandenen Mittel damals nicht sofort in wertvolle Einrichtungen und Gebäude verwandelt wurden, die die kulturelle

[1]) Gelsenkirchen 1927, S. 60.

Entwicklung unserer Stadt in Zeiten wirtschaftlichen Wohlstandes vorwärts getrieben hätten und das Wahrzeichen einer emporstrebenden Großstadt geworden wäre"[1]). Neben dieser vorsichtigen Politik der Rücklagen hat es die Stadt nicht daran fehlen lassen, dem Schulwesen in großzügigster Weise die materiellen Grundlagen seiner Bildungsarbeit zuteil werden zu lassen, wie ich es wiederholt in meiner Arbeit habe aufzeigen können.

**Für Schulneubauten gab die Stadt aus**

(von 1903—1919):

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| 1903 | 342 155,55 | Mk. | 1912 | 222 529,24 | Mk. |
| 1904 | 116 660,98 | „ | 1913 | 322 000,80 | „ |
| 1905 | 622 246,01 | „ | 1914 | 592 816,48 | „ |
| 1906 | 566 319,13 | „ | 1915 | 264 200,34 | „ |
| 1907 | 525 518,86 | „ | 1916 | 12 443,97 | „ |
| 1908 | 989 392,25 | „ | 1917 | 1 329,97 | „ |
| 1909 | 768 459,58 | „ | 1918 | 6 514,51 | „ |
| 1910 | 562 276,76 | „ | 1919 | 78 415,33 | „ |
| 1911 | 256 345,43 | „ | Zus: | 6 249 625,19 | Mk. |

Davon entfielen auf:

Höhere Schulen . . . 2 480 959,20 Mk.
Volksschulen . . . 3 768 665,99 Mk.

Neubauten sind in der Nachkriegszeit nicht mehr entstanden. Neben den laufenden Ausgaben, die ich später nachweisen werde, entstehen jährlich Bauunterhaltungskosten. Sie belaufen sich auf:

| Jahr | Volksschulen | Höhere Schulen |
|---|---|---|
| 1903 | —— | —— |
| 1904 | 55 700 Mark | —— |
| 1905 | 61 300 Mark | 3 600 Mark |
| 1906 | 53 700 Mark | 5 400 Mark |
| 1907 | 63 000 Mark | 8 100 Mark |
| 1908 | 61 900 Mark | 5 200 Mark |

[1]) Gelsenkirchen 1927, S. 60.

| | | |
|---|---|---|
| 1909 | 57 400 Mark | 4 100 Mark |
| 1910 | 90 200 Mark | 11 800 Mark |
| 1911 | 53 600 Mark | 8 300 Mark |
| 1912 | 63 200 Mark | 10 300 Mark |
| 1913 | 58 200 Mark | 10 600 Mark |
| 1914 | 42 100 Mark | 7 300 Mark |
| 1915 | 48 800 Mark | 7 500 Mark |
| 1916 | 61 700 Mark | 10 600 Mark |
| 1917 | 61 000 Mark | 14 200 Mark |
| 1918 | 58 600 Mark | 11 400 Mark |
| 1925 | 228 000 Mark | 38 287 Mark |
| 1926 | 125 000 Mark | 33 000 Mark |
| 1927 | 156 000 Mark | 45 000 Mark |

Es fällt die Höhe der Ausgaben für die Jahre 1925/26/27 auf. Erst nach der Stabilisierung der Mark und einer relativ günstigen Wirtschaftslage konnten die während der Kriegsjahre und nach der Besatzungszeit notwendig gewordenen Wiederherstellungsarbeiten vorgenommen werden. — Die schwere wirtschaftliche Einbuße des verlorenen Ruhrkampfes hat nach Gaertner [1]) „eine völlig unzulängliche Abgeltung" durch das Reich erfahren und wirkte sich in wirtschaftlichen Krisen der Industrie und damit auch in der Finanzpolitik Gelsenkirchens aus. So waren nach Verlust der Steuerhoheit durch die Finanzreform, durch den Verfall der Währung noch für die Industrie eine starke Ueberlastung durch Reparationsleistungen hinzugekommen. Die „organisatorisch und innerlich gefestigte Finanzverwaltung" hat durch ihre Planwirtschaft eine beginnende finanzielle Gesundung angebahnt. Wenn die Wirtschaft Forderungen nach einer Senkung der Ausgaben für den Verwaltungsapparat fordert, so ist die Stadt „nur in sehr geringem Maße in der Lage, eine Beschränkung ihres Aufgabenbereichs vorzunehmen. Personalaufwand und -bestand und wesentliche Teile der sächlichen Ausgaben sind durch Reichs- und Landesvorschrift, durch Ortsgesetz oder vertragliche Verpflichtungen festgelegt und somit zwangsläufig. Nur der Abbau bezw. die Abgabe ganzer Arbeitsgebiete auf dem Wege der Gesetzgebung und die restlose Wiederherstel-

[1]) „Gelsenkirchen" a. a. O., S. 61.

lung der Selbstverwaltung und Freiheit der städtischen Körperschaften in ihren Ausgabeleistungen wird fühlbare Entlastung bringen".[1]) Dieses Ziel wird gegenwärtig kaum zu erreichen sein, vielmehr ist die preußische Finanzausgleichsregelung durch die „Denkschrift der Stadt Berlin über den preußischen Finanzausgleich" 1928 für das rheinisch-westfälische Industriegebiet stark gefährdet. Deshalb tritt die Finanz- und Steuervereinigung des Industriegebietes gegen eine Veränderung der sogenannten „relativen Garantie" (§ 11 des Gesetzes) in scharfe Abwehrstellung. Für Gelsenkirchen betrug das Gemeindeeinkommensteuersoll in der Vorkriegszeit auf den Kopf des Einwohners 16,99 Mk. Die Anteile an der Reichseinkommen- und Körperschaftssteuer 1927 (auf den Kopf des Einwohners):

| würden betragen bei einer Verteilung nach Maßgabe des örtlichen Aufkommens | betragen unter der Wirkung der relativen Garantie (jetziger Zustand) |
|---|---|
| 13,11 Mk., | 16,04 Mk. |

Die Verringerung der Steueranteile für die Stadt Gelsenkirchen liegt dadurch bei einer etwaigen Aufhebung klar auf der Hand. Nachstehende Tabelle gibt einen Ueberblick über die notwendigen und nicht freiwilligen Schullasten, nämlich die der Volksschulen, die im Jahre 1925 die Städte aufgebracht haben.

| | Auf den Kopf des Einwohners Mk. | Bei einer Schulkinderzahl auf je 1000 Einwohner |
|---|---|---|
| Berlin . . . . . | 14,44 | 74,28 |
| Bochum . . . . . | 20,49 | 122,59 |
| Buer . . . . . | 21,99 | 182,99 |
| Dortmund . . . . . | 18,37 | 125,08 |
| Duisburg . . . . . | 16,77 | 123,35 |
| Essen . . . . . | 18,38 | 125,21 |

[1]) a. a. O. S. 66.

| | Auf den Kopf des Einwohners Mk. | Bei einer Schulkinderzahl auf je 1000 Einwohner |
|---|---|---|
| Gelsenkirchen . . . . | 22,42 | 151,48 |
| Hindenburg . . . . . | 17,98 | 152,53 |
| Recklinghausen . . . | 19,56 | 158,57 |

Gelsenkirchen hat somit die höchste Inanspruchnahme durch Schulausgaben. Beträgt also die Nettoausgabe der Schulverwaltung auf den Kopf der Bevölkerung 22,42 Mk., so erfuhr sie gegenüber der Vorkriegszeit eine wesentliche Steigerung. Sevin[1]) gibt für 1908 als Pro-Kopfquote nur 10,7 Mk. an. — Der Haushalts-Voranschlag für das Rechnungsjahr 1927 setzt für Schulen an:

| Einnahme | Ausgabe | Ueberschuß | Zuschuß |
|---|---|---|---|
| 1 987 450 Mk. | 6 429 600 Mk. | — | 4 442 150 Mk. |

Diese Summe verteilt sich wie folgt:

| | Einnahme RM. | Ausgabe RM. | Zuschuß RM. |
|---|---|---|---|
| A. Volksschulen . . . . | 1 174 600 | 4 186 000 | 3 011 400 |
| B. Städt. Mittelschule . . | 61 200 | 115 800 | 54 600 |
| C. Höhere Schulen . . . | 373 400 | 1 154 100 | 780 700 |
| D. Gewerbeschule . . . | 91 800 | 350 900 | 259 100 |
| E. Mädchengewerbeschule | 45 000 | 126 500 | 81 500 |
| F. Handelsschule . . . . | 122 600 | 222 000 | 99 400 |
| G. Frauenschule . . . . | 31 650 | 53 300 | 21 600 |
| H. Bilderschau . . . . . | 16 800 | 16 800 | — |
| J. Verschiedenes . . . . | 70 400 | 204 200 | 133 800 |

[1]) Deutschlands Kulturaufgaben, Berlin 1912, S. 65.

Der Zuschuß auf den Kopf des Schülers betrug:

| | 1914 RM. | 1927 RM. | mehr (+) bezw. weniger (—) gegen 1914 in % |
|---|---|---|---|
| Volksschulen . . . . . | 64,13 | 103,84 | + 61,92 |
| Höhere Schulen . . . . . | 230,92 | 347,60 | + 50,53 |
| Gewerbeschule . . . . . | 32,00 | 62,13 | + 94,16 |
| Mädchengewerbeschule . | — | 68,49 | — |
| Handels- u kaufmännische Berufsschule . . . . . | 25,23 | 47,15 | + 86,88 |

Die Volksschulen, Gewerbe- und Handelsschule haben gemäß dem Anwachsen besonders der Berufsschüler in der Nachkriegszeit höheren Zuschusses bedurft, als sämtliche höhere Lehrantalten. Bemerkenswert ist aber ein Vergleich der Schülerzahlen von **1927** gegenüber denen von **1914.**

| | |
|---|---|
| Volksschulen | — 31,14 % |
| Höhere Schulen | + 50,03 % |
| Gewerbeschule | + 82,10 % |
| Handelsschule | + 387,96 % |

Der Staatszuschuß beträgt (auf den Kopf des Schülers):

| | 1914 Mk. | 1927 Mk. |
|---|---|---|
| Volksschulen . . . . . | — | 33,60 |
| Höhere Schulen . . . . . | 6,50 | — |
| Gewerbeschulen . . . . . | 14,04 | 8,35 |
| Mädchengewerbeschule . . . . . | — | 8,40 |
| Handelsschule . . . . . | 6,06 | 5,22 |

Die Stadt Gelsenkirchen ist demnach der alleinige Träger der Ausgaben für seine höheren Schulen, er erhält mit 64 % seine Volksschulen und hat für die Gewerbeschule eine Mehrausgabe auf den Kopf des Schülers von 53,59 % gegenüber 1914 und für die Handelsschule + 52,16 %.

Dagegen leistet der Staat nur eine Beihilfe von 8,35 Mk. für die gewerblichen Berufsschüler und 5,22 Mk. für je einen Schüler der kaufmännischen Berufsschule. Die städtische Verwaltung wird deshalb mit der endgültigen Regelung des Finanzausgleiches auch eine Reform der Lastenverteilung für die Berufsschulen anzustreben versuchen. Da diese Lösung noch längere Zeit auf sich warten lassen wird, ist beschlossen worden, die „Nächstbeteiligten" zur Finanzierung der Berufsschulen heranzuziehen. Sind bei den allgemein bildenden Anstalten die Nächstbeteiligten die Eltern, so kommen nach Kähler[1]) als „Nächstbeteiligte diejenigen Erwerbszweige in Betracht, welche für die berufliche Arbeit ihrer Glieder, der Unternehmer, Betriebsleiter, Betriebsbeamten und Arbeiter, eine Förderung durch Unterrichtsanstalten fachlicher Art erhalten. Hier kann die Heranziehung zur Kostendeckung dadurch erfolgen, daß die Unternehmer die Zahlung von Schulgeld übernehmen für solche Schüler, deren durch den Unterricht verbesserte Arbeitsleistung in ihren Unternehmungen sich geltend macht". — Nach Verhandlungen mit dem Berufsschulausschuß ist beschlossen worden, daß von jedem berufsschulpflichtigen Arbeitnehmer für je einen Schüler 10 Mk. pro Jahr gezahlt werden muß; für die kaufmännische Berufsschule erhöht sich die Zahlung für den Arbeitgeber auf 30 Mk. Die gesetzliche Regelung des Berufsschullehrer-Diensteinkommens läßt diese Umlegung durch Beiträge der Nächstbeteiligten bis zur Hälfte zu, und so würde durch diese Maßnahme die städtische Finanzverwaltung eine gerechte Entlastung erfahren. Industrie, Handel und Gewerbe würden durch eine intensivere Fachausbildung aller Jugendlichen eine Steigerung der Leistungen verzeichnen können, wodurch die Gesamtproduktion erhöht wird. Nun aber besteht auch eine dauernde Wechselwirkung zwischen der Produktion

[1]) Materialien zu volkswirtschaftlichen Studien über das deutsche Unterrichtswesen (Festgaben für Adolf Wagner), Leipzig 1905.

und der eigentlichen wie der produktiven Konsumtion des Einzelnen. So steht mitten in diesem wirtschaftlichen Kreislauf der Mensch und die mannigfaltigen Formen seiner Schulung. Der Mensch trägt, gestaltet und beherrscht die Volkswirtschaft, aber die funktionelle Zusammenfügung derselben zu einer eigengesetzlichen, lebendigen Ganzheit bestimmt, formt und leitet auch ihn.

# Literaturverzeichnis.


1. Allgemeines statistisches Archiv. 16. Bd., 1. H., Jena 1926.
2. Arnhold: Die menschliche Arbeitskraft im Produktionsprozeß. Bielefeld 1926.
3. Berichte über die Verwaltung der Stadt Gelsenkirchen, 1882—1926.
4. Bier: Die Pflege der Leibesübungen, ein Mittel zur Rettung des deutschen Volkes aus seiner Erniedrigung. München 1922.
5. Blonskij, P. P.: Die Arbeitsschule (ins Deutsche übersetzt von Hans Ruoff). Berlin-Friedenau 1921.
6. Bredt, J. V.: Die Polenfrage im Ruhrkohlengebiet. Leipzig 1909.
7. Brinkmann, Carl: Demokratie und Erziehung. Berlin 1927.
8. Broesicke: Die Polen im westlichen Preußen; in der „Zeitschrift des Preußischen Statistischen Landesamtes", 48. Jahrg. 1908.
9. Cassel, G.: Theoretische Sozialökonomie. Erlangen-Leipzig 1923.
10. Dellwig: Die Begutachtung der körperlichen Leistungsfähigkeit der Jugendlichen im psycho-technischen Verfahren; in der „Zeitschrift für angewandte Psychologie" Bd. 27, H. 4/5, Leipzig 1926.
11. Denkschrift betr. der Einrichtung einer kaufmännischen Pflichtfortbildungsschule vom 21. 1. 1913, Gelsenkirchen 1913.
12. Erben, H.: Die Lehrpläne der Allgemeinen Berufsschule. Langensalza 1927.
13. Europäische Unterrichtsformen nach dem Weltkriege. Bearbeitet im Ministerium des Innern, Leipzig 1924.
14. Fichte, J. G.: Reden an die deutsche Nation. Leipzig 1909.

15. Gaertner: Das Finanz- und Steuerwesen der Stadt Gelsenkirchen in: Monographien deutscher Städte, Bd. 20, „Gelsenkirchen", Berlin-Friedenau 1927.
16. Gelsenkirchen: Sonderheft der Zeitschrift für Kommunalwirtschaft, Berlin-Friedenau 1924.
17. Gelsenkirchener Lehrervereinsanzeiger. 1. bis 2. und 4. bis 8. Jahrg. Gelsenkirchen 1908—1916.
18. Gelsenkirchener Zeitung, Nr. 36, 1928.
19. Gelsenkirchener Allgemeine Zeitung, Nr. 53, 1928.
20. Haushaltsvoranschlag der Stadt Gelsenkirchen für das Rechnungsjahr 1927. Gelsenkirchen 1927.
21. Hoffmann, F.: Bergbau und Industrie in: Monographien deutscher Städte, Bd. 20, „Gelsenkirchen", Berlin-Friedenau 1927.
22. Hüttermann: Die Vernachlässigung des westfälischen Bildungswesens durch den Staat. Coesfeld 1924.
23. Jahresberichte der städtischen gewerblichen Fortbildungsschule 1909—1927.
24. Jahresberichte der Kaufmännischen Schule zu Gelsenkirchen, 1905—1927.
25. Jahresberichte der städtischen höheren Lehranstalten in Gelsenkirchen von 1905—1927.
26. Kaehler, W.: Materialien zu volkswirtschaftlichen Studien über das deutsche Unterrichtswesen in: Festgaben für Adolph Wagner, Leipzig 1905.
27. Kautz, H.: Im Schatten der Schlote. Einsiedeln 1925.
28. Köhrer, E.: Westfalen. Berlin 1925.
29. Krohn, E.: Meine Heimschule in: Entschiedene Schulreform, Heft 26, Leipzig 1924.
30. Kuckel, M.: Lebensstätten der Jugend, Kettwig 1925.
31. Linnenkamp: Johannes Spiecker. Recklinghausen 1914.
32. Linnenweber: Das Kaufmännische Schulwesen Gelsenkirchens in: Monographien deutscher Städte, Bd. 20, „Gelsenkirchen", Berlin-Friedenau 1927.
33. Münch, G.: Freude ist alles. Leipzig 1923.
34. Musolff, H.: Erziehung zur Berufsfähigkeit der Hilfsschüler in: Vierteljahrsschrift für wissenschaftliche Pädagogik, H. 4, Münster 1927.

35. Nandelstaedt: Das Grün im Gelsenkirchener Stadtbild in: Monographien deutscher Städte, Bd. 20, „Gelsenkirchen", Berlin-Friedenau 1927.

36. Paulsen, Fr.: Geschichte des gelehrten Unterrichts. Leipzig 1925.

37. Derselbe: Pädagogik. Stuttgart 1921.

38. Preuß, P.: Städtische Gewerbeschule in: Monographien deutscher Städte, Bd. 20, „Gelsenkirchen", Berlin-Friedenau 1927.

39. Rein, W.: Enzyklopädisches Handbuch der Pädagogik. Langensalza 1910.

40. Richtlinien zur Aufstellung von Lehrplänen für die oberen Jahrgänge der Volksschulen, Berlin 1922.

41. Röckl, J.: Pädagogische Reise durch Deutschland. Dillingen 1808.

42. Schleiermacher, F. E. D.: Pädagogische Schriften. Langensalza 1902.

43. Sewin: Deutschlands Kulturausgaben. Berlin 1912.

44. Stein, E.: Monographien deutscher Städte, Bd. 20, „Gelsenkirchen", Berlin-Friedenau 1927.

45. Terner, E.: Das höhere Schulwesen in: (s. Nr. 44).

46. Vaerting, M.: Soziologie und Psychologie der Macht. I. Bd. Die Macht der Massen. Berlin 1928.

47. Viertesjahrsschrift für wissenschaftliche Pädagogik, Heft 4, Münster 1927.

48. Volksbildung: Dritter Jahrgang, Wien 1922.

49. Wedelstaedt, C. v.: Die geschichtliche Entwicklung und wirtschaftliche Bedeutung der Stadt Gelsenkirchen in: (s. Nr. 44).

50. 50 Jahre Amt Wanne, Wanne 1925.

51. Weitzmann: Das Volksschulwesen in: (s. Nr. 44).

52. Wendenburg: Die Bedeutung der Stadt Gelsenkirchen auf dem Gebiet der Gesundheitspflege in (s. Nr. 44).

53. Wiegand, A.: Die Stellung der Hilfsschule im Gesamtschulorganismus in: Vierteljahrsschrift für wissenschaftliche Pädagogik, Heft 4, Münster 1927.

54. Wiegand - Stamm: Lehr- und Stoffverteilungsplan für eine 5klassige Hilfsschule, Halle 1925.

55. Winkel: Die kulturellen Einrichtungen und Bestrebungen Gelsenkirchens in: (s. Nr. 44).

56. Derselbe: Turnen und Sport in Gelsenkirchen in: (s. Nr. 44).

57. Derselbe: Pflege der Kunst und Wissenschaft in Gelsenkirchen in Sonderheft der Zeitschrift für Kommunalwirtschaft 1914.

58. Derselbe: Die geistige und seelische Lage des jugendlichen Ungelernten in: Die Berufsschule der Ungelernten von Dr. ing. Barth. Wittenberg 1928.

59. Zeitschrift des Preußischen Statistischen Landesamtes, 48. Jahrg., 1908.

60. Zeitschrift des Preußischen Statistischen Landesamtes, 65. Jahrg., 1925.

61. Zurhorst: Gelsenkirchen im Zahlenspiegel in: (s. Nr. 44).

62. Derselbe: Gelsenkirchen, seine Entwicklung und Bedeutung. Gelsenkirchen 1922.

# Lebenslauf

Ich, Else Sczesny, geboren am 17. Februar 1899 zu Wartenburg, Ostpr., als Tochter des Strafanstaltspfarrers Paul Sczesny und seiner Frau Elise, geborene Gawlick, besuchte das Lyzeum und Oberlyzeum zu Thorn, Westpr. Dort legte ich am 18. Juli 1919 die Reifeprüfung ab. Ich studierte seit 1924 Pädagogik, Philosophie und Staatswissenschaften an den Universitäten Greifswald, Jena, Berlin und Münster und bestand hier die mündliche Prüfung am 20. Juli 1928 in der Philosophischen und Naturwissenschaftlichen Fakultät der westfälischen Wilhelms-Universität. — Von meinen verehrten Lehrern habe ich in erster Linie Herrn Professor Dr. Kabitz für die besonders eingehende und entscheidende Förderung meiner Ausbildung und meiner Promotionsarbeit zu danken.